

JUSOS THÜRINGEN

EUER KONSENS IST NICHT **UNSERE IDEE.**

BESCHLÜSSE DER LANDESKONFERENZ 2010

Bearbeitungsstand: 10.01.2011



INHALTSVERZEICHNIS

AUSEINANDERSETZUNG MIT DER SPD

- A1 Euer Konsens ist nicht unsere Idee 3
A2 Ja zum Mitgliederentscheid zur Nominierung der
nächsten Bundeskanzlerkandidat_in 6

BILDUNG

- B1 Gute Bildung für Thüringen 6
B2 Demokratie in der Bildung ausbauen! 8
B3 Bildungscard ohne uns! 9
B4 Umbenennung des Unterrichtsfaches „Wirtschaft/
Recht“ in „Kapital und Privateigentum“ 9

WIRTSCHAFT UND SOZIALES

- C1 Ausgehartz?! Eine solidarische
Arbeitsmarktpolitik ist möglich 10
C2 Ein solidarisches Rentensystem
möglich machen! 14
C3 Neuregelung der Kindergrundsicherung 17
C4 Rückzug der Regierung aus der Initiative
Finanzstandort Deutschland 18
C5 Klare Regeln für Leiharbeit 18
C8 Geoscoring verbieten 18
C9 klüger, schneller, besser – Gehirndoping für
eine leistungskranke Gesellschaft 19
C10 Prävention durch Präsenz 19

DASEINSVORSORGE / KOMMUNALES

- D1 Schluss mit Sparen!
Kommunale Finanzen stärken 20
D3 Ausbau der Mitte-Deutschland-Verbindung jetzt.. 23
D4 Kennzeichnungspflicht für schlechte
Autofahrer_Innen 23
D6 Südthüringen nicht abhängen –
Ausbau der B62 voranbringen 24
D8 Flächenbahn statt Korridorbahn 24

NACHHALTIGKEIT

- E1 Bekenntnis zur Nachhaltigkeit
der Jusos Thüringen 25
E2 Dezentrale Energie – Für Kleinkonzessionen 27
E4 Energiepolitisches Konzept 29

ANTIFASCHISMUS

- F2 Straßennamen umbenennen29

GLEICHSTELLUNG

- G1 Für eine konsistente Gleichstellungspolitik –
Gegen das Modell des männlichen
Alleinernährers29
G2 Geschlechtergerechte Sprache – aber richtig!33
G7 Wer braucht schon Männer?!34

INNERES UND JUSTIZ

- H1 Keine Körperscanner an deutschen Flughäfen! ...43
H2 Staatlich Ausgrenzung abschaffen45

INTERNATIONALES

- J2 No nation, no border45

SONSTIGES

- K1 Demokratischer Sozialismus47

Herausgeberin:
Jusos in der SPD Thüringen
Juri-Gagarin-Ring 37, 99084 Erfurt
Telefon: (0361) 2 28 44 18
Telefax: (0361) 2 28 44 28
www.jusosthueringen.de

AUSEINANDERSETZUNG MIT DER SPD**A1****EUER KONSENS IST
NICHT UNSERE IDEE**

Sozialdemokratische Identität neu
finden, den Neoliberalismus
bekämpfen!

**Ein Jahr nach dem „Schock“ – Die Devise
lautet erneuern!**

Im Zuge der katastrophalen Verluste bei der letzten Bundestagswahl wurde auch in der SPD die Erkenntnis wach, dass ein einfaches „weiter so“ nicht möglich ist. Der Wunsch und die Forderung nach der Erneuerung der SPD waren geweckt und sollten ihre erste Entsprechung auf dem Dresdener Parteitag finden. Mit der Neuwahl des Parteivorstandes schien die personelle Erneuerung der SPD einen Anfang zu haben und auch die inhaltliche Erneuerung war bereits Thema: Im Leitantrag des neuen Parteivorstandes wurden die Zukunftswerkstätten und damit ein wesentlicher Rahmen für die Gestaltung der inhaltlichen Erneuerung der SPD geboren.

Fast ein Jahr nach dem Dresdner Ankündigungsparteitag ist Ernüchterung eingeleitet. Bislang ist immer noch unklar, wie die Zukunftswerkstätten konkret gestaltet und wie gewährleistet werden soll, dass die Meinung der Parteibasis an den Parteivorstand weiter geleitet wird. Stattdessen wird im Willy-Brandt-Haus um die Mittagszeit zu verschiedenen Themen per Livestreamübertragung diskutiert. Dieses Konzept stammt scheinbar aus dem Schröderschen Handbuch „Wie suggeriere ich Basisdemokratie“.

Zweifelhaft erscheint auch die Einbindung der Ortsvereinsbefragung in den Erneuerungsprozess der Partei. Die Zusammenstellung der Fragen und die schlechte methodische Umsetzung haben für breite Kritik unter den Genossen und Genossinnen gesorgt.

Der Erneuerungsprozess der SPD verkommt langsam zu einer scheinsozialdemokratischen Verbalrevolution. Entscheidungen zu Themen werden nach wie vor im Hinterzimmer getroffen und nicht im innerparteilichen Diskussionsprozess. Beispielhaft sei hier das Positionspapier des SPD-Parteivorstandes „Fairness

auf dem Arbeitsmarkt genannt“. War es der deutliche Wunsch der Genossinnen und Genossen auf dem Dresdner Parteitag die Hartz-Reformen mit der Parteibasis auf verschiedenen Ebenen zu diskutieren, hat es kein halbes Jahr gedauert bis der Parteivorstand ohne Diskussion die neue Ausrichtung der SPD festgelegt hatte. Nach stattgefundener öffentlicher Diskussion darf der Bundesparteitag ein weiteres halbes Jahr später das Papier noch abnicken.

Bislang hinkt die SPD ihrem in Dresden formulierten Anspruch der Erneuerung sowie der stärkeren Beteiligung der Parteibasis hinterher. So groß die Ernüchterung nach dem Bundestagswahlergebnis auch gewesen sein mag, heute scheint kaum noch etwas davon übrig. Im Gegenteil: Parteivorstand und Fraktion strotzen vor Kraft und Sicherheit, die Meinung aller Mitglieder wiedergeben zu können, ohne sie je gefragt zu haben. Wir fordern mehr Mitsprache bei inhaltlichen Festlegungen ein. Wir wollen, dass die SPD wieder eine Mitgliederpartei wird und mit gemeinsam entwickelten Konzepten in der Gesellschaft für sozialdemokratische Politik und Mehrheiten fernab von schwarz-gelb werben. Unser Ziel ist klar: Die SPD muss wieder stärkste Kraft im Bundestag werden und für mehr soziale Gerechtigkeit kämpfen!

**Es gibt kein Oppositionsministerium – SPD
wieder erkennbar machen!**

Auch gut ein Jahr nach der Wahl scheint die SPD noch nicht neu aufgestellt. Ihre Rolle als Oppositionspartei scheint sie dabei weder im noch außerhalb des Parlaments gefunden zu haben. Bei wichtigen Fragen, wie beispielweise die Auseinandersetzung um die Rente mit 67, werden medienwirksam Auseinandersetzungen zwischen Partei- und Fraktionsvorsitzenden dargestellt, in deren Konsequenz inhaltlich unbefriedigende Kompromisse stehen. Die Debatten zwischen Steinmeier und Gabriel wirkten eher wie ein Schaukampf als ein ernst zu nehmender und durch die Partei gestützter Diskurs. Eine ähnlich schwache Position nahm die Bundestagsfraktion in der Debatte um die Abschaffung der Wehrpflicht ein. Von der antimilitaristischen Perspektive, die noch in den 1990er noch parteiinterner Konsens gewesen ist, ist kaum etwas übrig geblieben. Neuerliche Diskussionen um das Sparpaket offenbaren ebenfalls die oppositionelle Schwäche der SPD. Getreu dem Motto „Wir sparen sozialer“ werden die Sparvorschläge der Bundesregierung durch eigene konterkariert, ohne

das Dogma der Schuldenbremse selbst in Frage zu stellen.

Insgesamt agiert die SPD bislang kaum als Oppositionspartei. Bei vielen Themen bleibt ihre eigene Vision unklar, häufig positioniert sie sich eher als etwas bessere CDU. Vielmehr scheint es, als befände sich die SPD in Lauerstellung für die nächste Bundestagswahl. Die Angst, zu viele der eigenen Forderungen umsetzen zu müssen, hat verkürzte Diskussionen in wenigen Parteigremien zufolge.

Die SPD nimmt in der Auseinandersetzung mit der schwarz-gelben Regierung bislang eine zu passive Rolle ein. Eine eigenständige soziale Idee formuliert sie weder im noch außerhalb des Parlamentes. Wir regieren nicht mehr mit – und so müssen wir uns jetzt auch verhalten! Wir brauchen eine klar von schwarz-gelben Neoliberalismus abgrenzbare Idee, für die die Sozialdemokratie kämpft. Kennzeichen dieser gesellschaftlichen Idee muss soziale Gerechtigkeit, Integration statt Ausgrenzung, mehr Demokratie, Ausbau von Beschäftigung, gute Arbeit, internationale Solidarität, Frieden und ökologische Verantwortung sein. Statt sich von links abzugrenzen brauchen wir ein linkes Bündnis, welches glaubhaft für eine politische und gesellschaftliche Alternative wirbt.

Wir haben es geschafft – Die SPD regiert Thüringen

Für die Thüringer SPD war das Landtagswahlergebnis ein Erfolg. Zwar konnte nur eine mäßige prozentuale Steigerung erreicht werden, allerdings war eine Regierungsbildung nur unter Beteiligung der SPD möglich. Im Zuge der Koalitionsbildung mit der CDU konnten wesentliche sozialdemokratische Projekte vereinbart werden: Die bereits lange geforderte Kita-Reform, welche die SPD zuvor auch im Rahmen des Volksbegehrens für eine bessere Familienpolitik gefördert und unterstützt hat, die Einführung der Gemeinschaftsschule als gleichberechtigte Option zu den anderen thüringer Schulformen oder die Etablierung des Landesprogramms gegen Rechtsextremismus, welches auch wir Jusos immer wieder gefordert haben sowie die Umsetzung des Vergabegesetzes für öffentliche Aufträge.

Die CDU blieb in den Koalitionsverhandlungen sowie den ersten Monaten nach der Wahl eher blass und unscheinbar. Die Fortsetzung der ideenlosen Regierungsjahre ließ die CDU-regierten Ministerien, im Vergleich zu den sozialdemokratischen Ministerien, eher unscheinbar wirken. Die zunächst vermutete konsensuale Beziehung zwischen SPD und CDU blieb

jedoch nur von kurzer Dauer. Waren die sozialdemokratischen Projekte zunächst medial und öffentlich sehr gefragt, dauerte es nicht lange, bis die CDU – nach Jahren der Stagnation – eigene Vorstellungen formulierte und immer wieder versuchte, die Vereinbarungen der Koalitionsvereinbarungen zu konterkarieren. Die Betonung von Projekten gegen „Linksextremismus“ oder die neuerliche Forderung nach einer Oberschule waren immer wieder Versuche, sich öffentlich zu positionieren und Gegenentwürfe zu den vereinbarten Koalitionshalten zu formulieren. Immer wieder macht die CDU-Fraktion Forderungen nach anderen Inhalten auf und zwingt damit die SPD und ihre Minister_innen zu einer permanenten öffentlichen Auseinandersetzung bereits ausgehandelter und beschlossener Themen.

Der Landesverband erscheint indes farblos. Weder gibt er den SPD-regierten Ministerien, respektive der Fraktion, inhaltliche Impulse, noch agiert er offensiv gegen die Angriffe der CDU. Gerade im Kontext der zu erwartenden Kürzungen im neuen Haushaltsjahr ist eine offensive Positionierung der Partei notwendig, um die sozialdemokratischen Projekte zu schützen und eine nachhaltige Politik möglich zu machen, aber auch einzufordern.

Die SPD hatte in den ersten Regierungsmonaten einen guten Start. Dennoch, oder gerade deswegen, versucht jetzt die CDU mit aller Kraft die ersten Erfolge zu torpedieren. Aufgabe der Ministerien, der Fraktion aber auch der Partei ist es, die Erfolge des Regierungshandelns sichtbar nach außen zu tragen und deutlich zu machen, welchen Fortschritt sozialdemokratische Regierungsbeteiligung in Thüringen zur Folge hat. Gleichzeitig muss die Partei der Regierung kritisch Impulse mitgeben. Die SPD-Fraktion muss mutiger nach außen auftreten und die CDU unter Druck setzen. Wir dürfen unsere eigenen Inhalte aufgrund des Koalitionswangs nicht aufgeben. Es gibt im Landtag deutliche Mehrheiten bspw. für die Abschaffung der Residenzpflicht oder eine stärkere Betonung von Gleichstellungspolitik im Vergabegesetz.

Jetzt wird gespart – Wir kämpfen für mehr Gerechtigkeit!

Für das neue Haushaltsjahr werden viele der neu umgesetzten Projekte schon wieder in Frage gestellt. Im Kontext einer vermeidlich notwendigen Konsolidierung des Haushaltes werden bereits jetzt notwendige Kürzungen angekündigt. Die Ursachen für die Mehrausgaben und die zunehmende

Verschuldung werden vor allem den neuen Projekten zugeschrieben. Angeschürt wird die Diskussion immer wieder durch die einseitig geführte Debatte Generationengerechtigkeit bzw. die Verantwortung für die nachwachsenden Generationen.

Das einzusparende Volumen wird auf eine Größenordnung zwischen 300 und 600 Mio. Euro beziffert. Nicht unerheblich sollen die Einsparungen im Sozialbereich sein. Glaubt man den unterschiedlichen Aussagen, dann steht damit unter anderem auch die Jugendpauschale – in den letzten Jahren bereits sukzessive zurückgefahren – aber auch die erst zum August dieses Jahres umgesetzte KitaG in Frage. Auch die Privatisierung öffentlicher Infrastruktur wird offen diskutiert.

Dabei bedeuten derartige Sparmaßnahmen nicht nur einen Raubbau und die Aufgabe sozialpolitischer Verantwortung. Die derzeit diskutierten Sparvorschläge sind auch wirtschaftspolitisch unvernünftig. Den Landeshaushalt in einem Jahr mit durchaus immensen, aber sinnvollen und berechtigten Investitionen zu belasten und die Förderung bereits im nächsten Jahr wieder einzustellen ist weder sinnvoll noch nachhaltig.

Die Konsolidierung des Haushaltes ist nur unter der Maßgabe der sozialen Gerechtigkeit möglich. Einsparungen im Haushalt werden sonst nicht für – sondern auf dem Rücken der nächsten Generationen umgesetzt. Wir dürfen uns nicht die Kerne sozialdemokratischer Politik wegsparen lassen. Investitionen in öffentliche Infrastruktur, Umweltschutz und Bildung sind Zukunftsinvestitionen und keine belastenden Schulden für junge Menschen. Wir lassen uns nicht von der CDU unsere Zukunft verbauen!

Neue Projekte für das Land – Auch die Basis hat Ideen

Die Einbindung der Parteibasis war eine der zentralen Maßgaben des Dresdener Parteitages. In der mangelnden Berücksichtigung wurde eine der Ursachen für die inhaltliche Fehlentwicklung der SPD gesehen. Mit den Zukunftswerkstätten wurden Gremien geschaffen, die diese Entwicklung korrigieren sollten; ein Fehlschuss, wie es bisher scheint. Weder den Landes-, noch den Kreisverbänden ist bislang klar, wie die Zukunftswerkstätten vor Ort organisiert und wie gewährt werden soll, dass die Meinung von unten nach oben transportiert wird. Neuerliche Aussagen des Parteivorsitzenden lassen die Mutmaßung zu, dass die Arbeit im Ortsverein schlichtweg fortgesetzt werden soll. Ohne Zweifel ist die Arbeit in den

Gremien vor Ort wichtig und eine Stütze für die höheren Gremien, allerdings besitzen sie zur Organisation von Beteiligung nur begrenzte Potentiale. Den Mitgliedern Angebote zu machen, die tatsächlich deren aktive Mitarbeit ermöglicht ist, auch Aufgabe des Landesvorstandes. Er muss versuchen, die Meinung der Parteibasis zu bündeln.

Auch die SPD als Regierungspartei in Thüringen muss ein Interesse an der stärkeren Einbindung der Mitglieder haben. Allein Parteitage können dies kaum leisten. Eine Entfremdung zwischen Parteibasis, Fraktion und Regierungsmitgliedern darf es nicht geben.

Die Einbindung der Basis ist für die inhaltliche Erneuerung der SPD ein wichtiger Schritt. Nicht nur, dass unsere Mitglieder die Ideen und Vorstellungen der Partei nach außen vertreten müssen, viele gute Ideen und Konzepte werden bislang nicht berücksichtigt. Potentiale für die Entwicklung der Partei gehen damit verloren. Zur besseren Vernetzung von SPD-Ministerien, Fraktion und Parteibasis müssen Instrumente wie Regionalkonferenzen, Podiumsdiskussionen und Workshops stärker als bisher und flächendeckend in ganz Thüringen angeboten werden. Der SPD-Landesvorstand muss Zukunftsthemen setzen, aber auch Inhalte aufnehmen und die Debatte in Kreisverbänden, Arbeitsgemeinschaften und Ortsvereinen forcieren. Vor Ort müssen die inhaltlichen Diskussionen geöffnet werden, für eine stärkere Verankerung sozialdemokratischer Themen. Wir wollen die SPD Thüringen zu einer wirklichen Ideenwerkstatt entwickeln und für politische Alternativen werben.

Regierungsjugend? Nein Danke!

Die neue Rolle der Thüringer SPD stellt auch an uns als Jugendverband neue Anforderungen. Viele der sozialdemokratischen Projekte auf Landesebene haben auch wir Jusos mitentwickelt und wollen, dass sie jetzt erfolgreich umgesetzt werden. Unsere Loyalität gehört jedoch vor allem unseren Inhalten und Idealen. Wir sehen es als unsere Aufgabe, die Arbeit der Regierung, der Fraktion und der SPD kritisch zu begleiten. Für uns darf es kein Tabu sein, auch deren Initiativen zu hinterfragen.

Unsere Aufgabe sehen wir darin, die SPD auch in den Regierungsjahren kritisch zu begleiten. Will die SPD tatsächlich gestärkt aus der schwarz-roten Koalition gehen, muss sie sich als soziale Alternative etablieren. Hierbei wollen wir sie unterstützen, indem wir unsere Anforderungen immer wieder formulieren.

A2

JA ZUM MITGLIEDERENTSCHIED ZUR NOMINIERUNG DER NÄCHSTEN BUNDESKANZLER- KANDIDAT_IN

Die Jusos Thüringen begrüßen grundsätzlich den Vorschlag des SPD Parteivorsitzenden Sigmar Gabriel, in sogenannten Vorwahlen den nächsten SPD-Spitzenkandidaten für die Bundestagswahl 2013 zu bestimmen. Eine Öffnung des Verfahrens für Nichtmitglieder lehnen wir ab.

BILDUNG

B1

GUTE BILDUNG FÜR THÜRINGEN

Was ist Bildung?

Bildung ist ein Prozess, den jeder Mensch durchlebt. Bildung muss allen zugänglich sein und darf nicht vom sozialen Status einer Person abhängen. Sie soll ein erfülltes Leben und freie Entfaltung ermöglichen. Bildung selbst stellt einen ersten Schritt zur gesellschaftlichen Teilhabe dar. Sie ist eine nützliche Voraussetzung für die kritische Betrachtung der Welt.

Für uns Jusos steht fest, Bildung als elementarer Bestandteil unseres Lebens muss gebührenfrei sein und bleiben. Weiterhin ist die Hürdenfreiheit eines jeden Bildungssystems zu gewährleisten, denn Menschen sollte nicht vorgeschrieben werden wie und wo sie sich bilden innerhalb eines Bildungssystems. Dabei wollen wir sowohl den Übergang von der Grundschule zur weiterbildenden Schule, als auch den Übergang zu Studium oder Berufsausbildung möglichst durchlässig gestalten.

Kindertagesstätten

Frühkindliche Bildung spielt eine entscheidende Rolle für den späteren Bildungserfolg des Kindes. Für viele Fähigkeiten werden vor allem in jungen Jahren wichtige Grundlagen gelegt werden. Damit aber der spätere Bildungserfolg nicht von den zufälligen

Fähigkeiten und Neigungen der Eltern abhängt, fordern wir Jusos ein fundiertes Konzept zur frühkindlichen Bildung, in dessen Rahmen die Einführung pädagogischer Hochschulen, Betreuungspflicht und pädagogischer Anspruch der Kindertagesstätten diskutiert und geklärt werden soll.

Wir fordern eine strukturierte und andauernde, berufsbegleitende Qualifikation des Betreuungspersonals, weil in den Kindertagesstätten von morgen vielfältige neue Aufgaben auf das Personal zukommen werden. Dazu gehört die altersgerechte, spielerische Vermittlung von Fähigkeiten, die konstruktive Zusammenarbeit mit den Eltern verschiedenster sozialer und kultureller Milieus. Vor allem gehört dazu die Fähigkeit junge Menschen so lange wie möglich vor den Reproduktionsbestrebungen der bürgerlichen Gesellschaft zu schützen, eine Fähigkeit die nur in einem von der kapitalistischen Praxis losgelösten Bereich wie einer pädagogischen Hochschule gelernt werden kann.

Wir halten an einer Betreuungspflicht ab dem dritten Lebensjahr fest, weil es nur so gelingen kann, den vorurteilslosen, sozialen Umgang mit Menschen anderer sozialer und kultureller Herkunft frühzeitig zu vermitteln. Zudem betrachten wir die Kindererziehung als eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, die sich nicht auf Einzelpersonen, insbesondere nicht auf das klassische Rollenbild der Frau, reduzieren lässt.

Gemeinschaftsschule – neue Inhalte und Methoden

Gemeinschaftsschule bitte freiwillig?

Die Gemeinschaftsschule ist in Thüringen in diesem Jahr als Pilotprojekt angelaufen. Damit startet ein Versuch gegen die soziale Selektion der Menschen schon nach der 4. Klasse vorzugehen. Kurz vor Anfang des Schuljahres, forderten die Linken einen Volksentscheid zur geplanten Schulreform. Der Weg der SPD diese Schulart ohne Zwang von Oben einzuführen, ist sinnvoll um anfängliche Bedenken langsam aus dem Weg zu schaffen und die Gemeinschaftsschule nicht als Zwanghaftes Modell darzustellen. Allerdings muss gewährleistet werden, dass es in jeder Stadt eine solche Schule gibt. Keinem Schüler sollte die Möglichkeit eine Gemeinschaftsschule besuchen zu können verwehrt sein. Dies würde ungerecht sein und das dreigliedrige Schulsystem welches bekannter Weise veraltet ist würde nicht überwunden werden. Das Resultat wäre eine gescheiterte Schulreform, um dies zu verhindern ist die freiwillige Einführung der Gemeinschaftsschule

ein Übergang und nur dann weiter zu verfolgen, wenn die oben genannten Ziele so erreicht werden können.

Wir Jusos Thüringen halten an unserer Forderung fest. Die Gemeinschaftsschule, in der bis Klasse 10 gemeinsam gelernt wird, muss das alte mehrgliedrige Schulsystem ablösen. Ein nebenher der Gemeinschaftsschule mit Regelschule und Gymnasium ist zum Schaden aller Schulformen und damit auch zum Schaden der Schüler_innen.

Regionale Bildungslandschaften verwirklichen!

Schule und Bildung findet in den Kommunen, Landkreisen und Stadtteilen vor Ort statt. Hier entstehen spezifische Probleme, auf die Schulen und Lehrer_innen immer wieder zeitnah Antworten finden müssen. Die Rigidität und strenge Hierarchie des Thüringer Bildungssystems machen ein Handeln im Sinne von mehr Qualität und mehr Chancengleichheit in unseren Schulen kaum möglich.

Wir fordern im Rahmen von bundesweiten Bildungsstandards mehr pädagogische Eigenverantwortung. Schulen brauchen die Freiheit zur Entwicklung eigener Profile und Schulprogramme. Eine pädagogische Vielfalt und die freie Schulwahl durchbrechen das System der Wohnortschule und ermöglichen eine soziale Durchmischung und die Verwirklichung von Chancengleichheit in unserem Bildungssystem.

Ziel unserer Bildungspolitik muss ebenso die Öffnung und Zusammenarbeit von Schulen mit örtlichen Vereinen, sozialen und kulturellen Einrichtungen, Unternehmen und der Jugendhilfe sein. Wir wollen regionale Bildungslandschaften fördern, für mehr Qualität und Chancengleichheit im Sinne der Schüler_innen.

Einheitliche Abschlüsse

In der BRD gibt es 16 verschiedene Bildungslandschaften. Jedes Bundesland kann selbst entscheiden, wie es seine Bildungslandschaft ausgestaltet, besonders im Blick auf die Schulen, ist dies nicht die optimale Lösung. Auch der Lehrplan stellt ein weiteres Problem dar, jedes Land hat für jede Schulform seinen eigenen erstellt, was das Wechseln noch schwieriger macht. Doch das Hauptproblem, bzw. der größte Unterschied liegt bei den Abschlüssen. Diese werden nicht als gleichwertig angesehen, die Begründung dafür sind die unterschiedlich schweren Prüfungen. So wird z.B. eine 2 in der Abiturprüfung danach bewertet wo die Prüfung abgelegt wurde, somit steht fest, dass junge Menschen Nachteile haben wenn sie sich in anderen Bundesländern bewerben. Die Jusos Fordern daher

gleichwertige Abschlüsse und Abschlussprüfungen in der BRD.

BLF

Die Besondere Leistungsfeststellung kurz BLF wurde in Thüringen als eine Art Abschluss eingeführt, damit SchülerInnen die das Abitur nicht schaffen, eine Absicherung haben. Diese BLF wird innerhalb Thüringens als gleichwertig angesehen. Allerdings wird die BLF nicht in der gesamten Bundesrepublik anerkannt. Das macht sie schon wieder fast wertlos bzw. nutzlos. Es wäre sinnvoller, mit dem erfolgreichen Bestehen der 10. Klasse automatisch einen Realschulabschluss zu erhalten.

Berufliche Ausbildung

Die Jusos Thüringen, erkennen die duale Berufsausbildung als ideale Form der Ausbildung an. Der Auszubildende bzw. die Auszubildende erhält eine gute soziale Absicherung, wie in kaum einem anderen Ausbildungsmodell. Wir fordern eine Mindestausbildungsvergütung in Höhe der Pfändungsfreigrenze. Ein Vorteil der dualen Ausbildung ist der hohe Anteil der Praxis. Das in der Berufsschule angeeignete Wissen kann somit sofort auch angewendet werden. Ein fließender Übergang in die Erwerbsarbeit ist wahrscheinlicher.

Umlagefinanzierung

Immer wieder hört man in den Medien über Fachkräftemangel und freie Ausbildungsplätze. Doch diesem Mangel stellt sich eine hohe Zahl an jungen Menschen gegenüber, die keine Ausbildungsplätze bekommen. Statt ihnen einen Ausbildungsplatz zu verschaffen, werden sie zum Beispiel im Berufsvorbereitenden Jahr geparkt, welches ihnen nur wenig über eine Ausbildung vermittelt. Vielmehr sind sie durch ein solches Programm, als Verlierer oder gar, nicht gesellschaftsfähig abgestempelt und eine gesellschaftliche Teilhabe bleibt ihnen verwehrt. Sinnvoller wäre es, dass Betriebe die nicht ausbilden in einen Fonds einzahlen, entsprechend der Kosten einer Ausbildung. Mit diesem Geld können dann neue Ausbildungsplätze finanziert werden. So werden gerechterweise alle Unternehmen an den Ausbildungskosten beteiligt und den jungen Menschen wird eine Zukunft geboten.

Hochschulausbildung

Die Ziele des Bologna-Prozesses wurden bislang nicht umgesetzt. Weder ist ein Anstieg von Studierenden aus sozial schwachen Familien zu verzeichnen, noch konnte die Mobilität der Studierenden wirklich umgesetzt werden. Aktuelle Studien zeigen, dass durch die Einführung von Bachelor und Master wiederum eine Hürde einzieht. Der Anteil von Kindern aus ArbeiterInnenfamilien, welche den Übergang von Bachelor zum Master schaffen deutlich geringer ist als für Kinder aus AkademikerInnenfamilien.

Weiterhin ist die Vergleichbarkeit der Bildungsabschlüsse ist nach wie vor nicht gewährleistet. Einheitliche europäische Standards zu Leistungsbewertung fehlen nach wie vor. In Deutschland wird die Problematik durch den Föderalismus zusätzlich erschwert.

Für Studierende hat sich die Situation ebenfalls dramatisch verschlechtert: Die Anpassung ehemaliger Magister- oder Diplomstudiengänge ist in vielen Fällen nicht gelungen. Während DozentInnen versuchen den Lernstoff aus fünf in drei Jahren Unterzubringen, sind StudentInnen mit einer erheblichen Prüfungsdichte und steigenden Leistungsanforderungen konfrontiert.

Wir fordern die Umsetzung der Ziele der Bolognareform!

Auch in der Hochschulbildung halten wir am Grundsatz der Gebührenfreiheit fest. Weder generelle Studiengebühren, noch Langzeit-, Zwei- und SeniorInnenstudiengebühren werden wir akzeptieren. Studiengebühren durch die Hintertür, wie die Verwaltungskostenbeiträge lehnen wir ab.

Wir stehen außerdem für die stärkere Mitbestimmung an Hochschulen. Im Rahmen der Änderungen des Hochschulrahmengesetzes wurden die Mitbestimmungsrechte aller Statusgruppe zugunsten der Verwaltung unverhältnismäßig stark eingeschränkt. Studierende und der wissenschaftliche Mittelbau haben kaum noch Möglichkeiten ihre Meinung an der Hochschule zu vertreten. Wir setzen uns für eine echte Mitbestimmung ein.

B2

DEMOKRATIE IN DER BILDUNG AUSBAUEN!

Die Jusos Thüringen fordern von der Landesregierung und insbesondere vom sozialdemokratisch geführten Kultusministerium Aspekte der Demokratiepädagogik

verstärkt in ihre Arbeit aufzunehmen. Forciert werden soll ein Zentrum für Demokratiepädagogik, welches in Zukunft die Ausbildung von DemokratieberaterInnen in ganz Thüringen zentral steuert und somit mittelfristig ermöglichen soll, dass an jeder weiterführenden Schule im Freistaat entsprechend ausgebildete Lehrkräfte nicht nur zur Verfügung stehen, sondern vielmehr den schrittweisen Demokratisierungsprozess vorantreiben und begleiten. Zudem sollten demokratiepädagogische Ansätze verstärkt in der Lehramtsausbildung berücksichtigt werden.

Der Demokratiepädagogik geht es vermehrt darum, Demokratie nicht nur und nicht vorrangig als Herrschafts- und Gesellschaftsform zu betrachten, sondern ebenso als Lebensform zu sehen. Schulpolitisch folgt daraus die zentrale Forderung, Demokratie nicht mehr nur als zu vermittelnden Stoff im Sozialkundeunterricht u.a. zu verstehen, sondern demokratische Lebens- und Mitbestimmungsformen im gesamten Lehr- und Lernbetrieb zu implementieren.

Bereits vorhandene demokratische Strukturen, die die Mitbestimmung der Schüler ermöglichen, müssen durch die entsprechend ausgebildeten Lehrkräfte stärker unterstützt werden. Außerdem sind den SchülerInnenvertretungen, von Landesebene bis Schulebene, weitergehende Rechte zuzusprechen, die ein umfangreiches demokratisches Handeln erst ermöglichen.

B3

BILDUNGSCARD OHNE UNS!

Die Jusos Thüringen wenden sich entschieden gegen die Pläne der Bundesregierung, die Aufforderung des Bundesverfassungsgerichtes zur Neureglung der Bedarfssätze für Kinder aus finanziell benachteiligten Familien für Zwecke der Haushaltskonsolidierung zu missbrauchen.

Ausgangspunkt der Diskussion ist ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts aus dem Februar 2010, welche die derzeitig noch gültige Regelung zur Berechnung der Bedarfssätze für Kinder verwarf und die Bundesregierung aufforderte eine neue, nachvollziehbare Regelung zu erarbeiten und sicherzustellen, dass die Bildungschancen der betroffenen Kinder verbessert werden.

Um der Forderung des Bundesverfassungsgerichtes nachzukommen, strebt die Bundesregierung die Einführung der Bildungscard an. Mit dieser Karte können Kinder in verschiedenen Einrichtungen (Zoo, Schwimmbad, Kino, Theater, Nachhilfe und anderes) die Eintrittspreise beziehungsweise Gebühren bezahlen.

Durch eine solche spitze Abrechnung erhoffen sich die FinanzexpertenInnen des Bundesarbeitsministeriums jährliche Einsparungen in Millionenhöhe. Man geht also davon aus, dass die Kinder die Angebote nicht annehmen. Eine solche Herangehensweise ist aus unserer Sicht nicht akzeptabel, zumal das Bundesverfassungsgericht auch die Höhe der derzeitigen Bedarfssätze angeprangert hat.

Darüber hinaus ist eine Bildungscard diskriminierend. Einerseits wird Eltern pauschal unterstellt, dass sie aus ihrer Lebenssituation heraus nicht befähigt sind, eine für ihre Kinder angemessene Förderung zu organisieren. Andererseits werden die Kinder durch Ausstattung mit dieser Karte öffentlich einem bestimmten Stereotyp zugeordnet. Dies ist zu verhindern, da gerade Kinder weder für ihre Lebenssituation verantwortlich gemacht werden können, noch die Chance besitzen an diesem Zustand etwas Wesentliches zu ändern.

Zwar ist das System der Bildungscard aus finanzpolitischer Sicht hocheffizient, da nur die tatsächlich angefallenen Kosten getragen werden müssen. Eine Verbesserung der Bildungschancen findet dadurch nicht statt, ungeachtet der Tatsache,

dass von der finanziellen Situation nicht pauschal auf den Bildungsstand des Einzelnen rückgeschlossen werden kann.

Will die Bundesregierung die Bildungschancen der Jugend verbessern, dann geht das nicht mit der Einführung einer „Diskriminierungscard“, sondern mit der Verbesserung des Bildungssystems, wie beispielsweise der Gebührenfreiheit aller Bildungsgänge, dem flächendeckendem Ausbau der Ganztagsbetreuung oder der Integration von Instrumenten der individuellen Förderung. Wir fordern stattdessen gebührenfreien Eintritt in kommunale Kultur- und Freizeiteinrichtungen, wie Zooparks, Theater, Sportstätten und Museen für alle Kinder.

Die Bildungscard ist nichts weiter als ein diskriminierendes Sparinstrument, welches die Verantwortung für die jüngeren Generationen abschiebt.

B4

UMBENENNUNG DES UNTERRICHTSFACHES „WIRTSCHAFT/RECHT“ IN „KAPITAL UND PRIVATEIGENTUM“

Die Landeskonzferenz der Jusos möge die Umbenennung des Wirtschaft-Recht-Unterrichts (WR) in „Kapital und Privateigentum“ beschließen.

Jeder Juso der den WR-Unterricht besucht oder besucht hat, wird festgestellt haben, dass sich das Hauptaugenmerk des Unterrichts auf kapitalistische Ausbeutung, die sogenannten „Gesetze des Marktes“ beschränkt. Alternative Wirtschaftsweisen werden nur am Rande erwähnt, Sozialismus wird als Staatskapitalismus á la DDR und Sowjetunion dargestellt und Karl Marx wird mit Lenin und Stalin in eins gesetzt. Bewusst wird den Schülern die uneingeschränkte Überlegenheit des „freien Marktes“ erklärt, während Finanzkrise und Ausbeutung nur als Ausnahmen unreflektiert zur harmlosen Normalität des Systems abgewertet werden.

Auch im Fachbereich Recht ist die Hauptaussage lediglich die Unverletzlichkeit des Privateigentums, die

Wahrung der kapitalistischen Gesellschaftsstruktur und Lebensverhältnisse.

Deshalb wird der Name „Wirtschaft-Recht“ dem Inhalt des vermittelten Unterrichts nicht gerecht. Die Jusos Thüringen fordern deshalb die Umbenennung in „Kapital und Privateigentum“.

WIRTSCHAFT UND SOZIALES

C1

AUSGEHARTZT?! EINE SOLIDARISCHE ARBEITSMARKTPOLITIK IST MÖGLICH

Kein Ende der Diskussion!

Kaum eine politische Reform der letzten Jahre hat die öffentliche Debatte so sehr bestimmt wie die Gesetze zur Modernisierung des Arbeitsmarkts der rot-grünen Bundesregierung. Dabei scheint auch fünf Jahre nach Inkrafttreten des Vierten Hartz-Gesetzes eine Diskussion um Arbeitslosigkeit und staatliche Leistungen längst nicht abgeschlossen, vielmehr wird die in diesen Tagen neu entfacht. Einen Vorgeschmack auf die politischen Ziele der schwarz-gelben Koalition hat Guido Westerwelle mit seinen Äußerungen über die „spätromische Dekadenz“ erwerbsloser Menschen in unserer Gesellschaft gegeben. Statt einer neuen, progressiven Beschäftigungspolitik, die Arbeitslosigkeit als gesellschaftliches Problem versteht, werden wohl weitere Jahre verstreichen, in denen Betroffene stigmatisiert und als „faule Schmarotzer“ dargestellt werden. Gleichzeitig hat das Zusammenspiel aus Arbeitszwang, hervorgerufen durch die Ausweitung von Sanktions- und Zumutbarkeitsregelungen, und zunehmender Deregulierung des Arbeitsmarktes eine Expansion prekärer Beschäftigung zur Folge. Die Bundestagswahlen 2009 haben der SPD nochmals vor Augen geführt, dass die Hartz-Reformen zu einem großen Vertrauensverlust geführt haben. Ursache dafür ist kein Kommunikations- sondern ein neoliberales Ideologieproblem der Sozialdemokratie.

Die Mär vom aktivierenden Sozialstaat

Mit den Hartz-Reformen, deren Leitbild „Fördern und Fordern“ sowie „Eigenaktivitäten auslösen - Sicherheit einlösen“ war, wurde der Paradigmenwechsel vom

aktiven zu einem aktivierenden Sozialstaat vollzogen. Der/die moderne, innovative und flexible BürgerIn soll mehr Eigenverantwortung und Initiative übernehmen für die er/sie belohnt und im Notfall abgesichert werden würde. Staatliche Unterstützung beschränkt sich danach vorrangig auf den Aufbau individuellen Humankapitals, um die marktgerechte Verwertbarkeit des Individuums und dessen Bestehen in der politisch forcierten Wettbewerbsgesellschaft sicherzustellen. Arbeitslosigkeit ist demnach ein individuelles und kein gesellschaftliches Problem mehr.

Effekt dieses Ansatzpunktes ist eine Stigmatisierung und Ausgrenzung erwerbsloser Menschen. Am Ende einer langen Kette aus Sanktionen und Zumutbarkeiten, die den Druck zur Arbeitsaufnahme erhöhen sollen, steht der gebrochene und gedemütigte Mensch. Seinen Rechten entzogen und als „Kunde“ einen oktroyierten Vertrag – der Eingliederungsvereinbarung – zur Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt einwilligen muss, da dieser sonst qua Verwaltungsakt umgesetzt werden kann. Dieses Zwangsprinzip steht diametral zum Prinzip der Eigeninitiative, da sie unterstellt, dass es diese Motivation nicht gäbe.

Gerade der Zwang, Einbußen bei der Entlohnung, dem Qualifikationsanspruch einer Arbeitsstelle oder räumliche Mobilität aufzuweisen, die mit den Zumutbarkeitsregelungen im SGB II eingeführt wurden sind, sind volkswirtschaftlich unvernünftig. Menschen sind in ihren gelernten Berufen in der Nähe ihres Wohnorts motivierter, flexibler einsetzbar und produktiver. Mit der Sanktionskeule in der Hand wird versucht, genau diese Zumutbarkeitskriterien umzusetzen.

Die Sozialdemokratie muss für einen aktiv fürsorgenden Sozialstaat stehen, der Menschen nicht gesellschaftlich ausgrenzt und stigmatisiert. Es ist Aufgabe von Staat und Gesellschaft Lebensrisiken abzusichern und zu bekämpfen. Die Förderung sozialer Netzwerke und individueller Freiheit sind für uns Maßgabe einer gerechten Politik. Sanktionen und Zumutbarkeiten lehnen wir ab.

Jobwunder Hartz-Reformen?

Im März 2003 begründete Gerhard Schröder die Agenda 2010 und die darin enthaltenen Hartz-Reformen damit, dass es nur so möglich sei „wieder an die Spitze der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung in Europa zu kommen“. Im Februar 2002 beauftragte die rot-grüne Regierung die Kommission „Moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt“ damit, Maßnahmen und Strategien zu entwickeln, mit denen

die Arbeitslosigkeit bis zum Jahr 2005 um zwei Millionen verringert werden kann.

Eine ausschließlich angebotsseitige Arbeitsmarktpolitik, welche die Ursachen für Arbeitslosigkeit bei den Erwerbslosen sucht, kann keinen Erfolg haben. Die Konzentrierung auf Mismatch-Arbeitslosigkeit und das Ausblenden struktureller und konjunktureller Arbeitslosigkeit aufgrund einer schwachen Binnenkonjunktur sind deutlich sichtbare Mängel des Reformversuches.

Die BefürworterInnen der Agenda-Reformen beziehen sich oftmals auf die positive Entwicklung der Arbeitslosenzahlen von 2005 bis 2008 und sehen darin den Erfolg der sozialdemokratischen Arbeitsmarktreformen bestätigt. Bei dieser Argumentation bleibt allerdings offen, warum der Arbeitsmarkt zwischen Inkrafttreten von Hartz I und II im Jahre 2002 bis 2005 eher stagnierte oder sich gar zum Negativen entwickelte.

Bei der quantitativen Betrachtung fällt auf, dass die Arbeitslosigkeit im Rechtskreis des SGB III zwischen 2005 und 2009 wesentlich stärker sank als im Rechtskreis des SGB II. Zwischen 2003 und 2006 ging die Zahl an sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten sogar zurück. Entgegen dem Umfang der Arbeitslosigkeit hat sich die Lage im Hinblick auf den Bestand der Langzeitarbeitslosigkeit und der durchschnittlichen Dauer einer Arbeitslosigkeitsperiode seit den Hartz-Reformen signifikant verschlechtert. Der Anteil an Langzeitarbeitslosen stieg von 34,8 Prozent (2003) auf 40,3 Prozent (2007). Die durchschnittliche Dauer einer abgeschlossenen Arbeitslosigkeitsperiode ist von 37,4 Wochen (2003) auf 42,1 Wochen (2007) angewachsen. Trotz guter konjunktureller Entwicklung waren rund 5,575 Millionen Menschen, inklusiver verdeckter Arbeitslosigkeit und „stiller Reserve“, ohne Erwerbsarbeit.

Die Hartz-Reformen haben nicht zu mehr Durchlässigkeit für Langzeitarbeitslose in Erwerbsarbeit geführt. Stattdessen wurde die Dynamisierung von un stetigen Erwerbsbiografien forciert und Langzeitarbeitslosigkeit manifestiert. Die Hartz-Reformen sind damit deutlich am Anspruch gescheitert, Langzeitarbeitslosigkeit zu bekämpfen. Der repressive Umgang der Grundsicherung hat es Unternehmen möglich gemacht, zu immer schlechteren Konditionen einzustellen und dennoch die „besten“ Arbeitslosen auszusuchen. Nicht zuletzt führten die Arbeitsmarktreformen zur Angst vor dem Abstieg, welcher zur Folge hat, dass auch EmpfängerInnen des ALG I bereits massive

Zugeständnisse bei den Anforderungen an einen neuen Arbeitsplatz machen.

Ebenso ist unter qualitativen Gesichtspunkten fraglich, wohin die ehemaligen Arbeitslosen gingen. Es zeigt sich, dass nur ein Bruchteil die Arbeitslosigkeit in Richtung ersten Arbeitsmarkt beendete. Die Zahlen der Abgangsquoten in den zweiten Arbeitsmarkt steigen seit 2003 stetig und auch die Abgänge, bspw. in den Vorruhestand, steigen an.

Die Hartz-Reformen haben auch nicht, wie oft behauptet, zum Beschäftigungsaufschwung in Deutschland beigetragen. Vielmehr hat ein besonders kräftiger weltweiter konjunktureller Aufschwung zwischen 2005 und 2008 zu mehr Beschäftigung geführt. Reallohnverluste, atypische Beschäftigung und sinkende Transferleistungen haben sich eher blockierend auf einen stärkeren und nachhaltigen Aufschwung des Arbeitsmarktes ausgewirkt. Im internationalen Vergleich zeigt sich auch, dass die Flexibilität des Arbeitsmarktes keine positiven Auswirkungen auf die Beschäftigung hat.

Eine ehrliche und weitreichende Analyse der Hartz-Arbeitsmarktreformen ist notwendig, um angemessene Reformideen entwickeln zu können. Für uns als SozialdemokratInnen bedeutet sie auch eine Auswertung unserer Arbeit in der Bundesregierung. Sie ist die Basis für moderne und progressive, sozialdemokratische Politik.

Zäsur Bundestagswahl

Das massive Abwenden von WählerInnen bei der letzten Bundestagswahl hat auch der SPD die Augen geöffnet. Die SPD – nach 11 Jahren nicht mehr als Regierungs- sondern als Oppositionspartei, scheint in ihrer neuen Rolle noch nicht ganz angekommen. Eine Erkenntnis scheint jedoch in zwischen gereift. Die SPD wird – so die überwiegende Einschätzung – nicht mehr mit sozialen Ideen, sondern im Wesentlichen mit neoliberalen Ideologien verknüpft. Dies manifestiert sich vorrangig an der Bewertung der Sozial- und Arbeitsmarktpolitik der Partei. Ergebnis ist eine Debatte auch um die inhaltliche Erneuerung der SPD, welche vor allem im Kontext des Paradigmas von mehr Mitwirkung, sprich: der stärkeren Einbindung der Parteibasis, steht. Herausgekommen ist mit den Zukunftswerkstätten ein Konstrukt, über dessen Erfolg sich bislang nur spekulieren lässt. Fraglich ist, ob man tatsächlich an inhaltlichen Debatten und Reformen interessiert ist oder ob man lediglich öffentlichkeitswirksam Schönheitsreparaturen vornehmen will.

Den Erneuerungsprozess in der SPD begrüßen wir. Eine breite Basis ist eine wichtige Grundlage. Meinungen die in den letzten Jahren untergegangen sind, müssen sich in Zukunft wieder stärker in der Partei wieder finden. Die Arbeit des neuen Bundesvorstandes werden wir an diesem Versprechen messen.

„Fairness auf dem Arbeitsmarkt“

Aus dem Dornröschenschlaf erwacht, fordert die SPD im Vorfeld der Wahlen in Nordrhein-Westfalen erstmals umfangreiche, konkrete inhaltliche Reformen der Arbeitsmarktpolitik. Diese Auseinandersetzung mit den Entscheidungen der Regierungsjahre begrüßen wir ausdrücklich. Auch wenn die SPD damit von ihrem alten Kurs abrückt, bleibt sichtbar, dass es keinen vollständigen Abschied vom „alten“ Denken geben wird.

Die Arbeitsmarktreformen waren ein wichtiger – und nach Jahren der arbeitsmarktpolitischen Stagnation unter der Regierung Kohl – längst überfälliger Schritt für eine Reform des Arbeitsmarktes. Viele möglicherweise positive Intensionen sind jedoch gescheitert. Weder die Gewährung der Leistungen aus einer Hand kann als wirklich geglückt bezeichnet werden, noch die stärkere Förderung von ehemaligen SozialhilfeempfängerInnen verläuft erfolgreich. Im Gegenteil: Vermittlungsleistungen kommen vor allem denen zu Gute, die ohnehin schon verhältnismäßig gute Chancen auf Wiedereingliederung haben. Diese Entwicklung ist auch im Kontext der Anforderungen an die MitarbeiterInnen der Grundsicherungsträger zu sehen: hier entscheidet vorrangig Leistung über den beruflichen Erfolg – gemessen an den Übergängen in den Arbeitsmarkt.

Zwar ist die Arbeitslosigkeit seit 2005 deutlich gesunken, jedoch ist dies weniger auf die Reformen, als auf die bessere konjunkturelle Situation zurückzuführen. Gleichzeitig ist der Anteil der Normalarbeitsverhältnisse deutlich gesunken, neue Arbeitsverträge wurden vor allem im prekären Bereich abgeschlossen. Auch dazu haben die Arbeitsmarktreformen beigetragen. Ein Erfolg ist das nicht. Weiterhin wurde der Druck auf die Löhne, nicht nur durch die globalen Märkte sondern auch durch die Zwangsmechanismen in der Grundsicherung, forciert.

Die Sensibilisierung für die Situation von Frauen am Arbeitsmarkt ist unbedingt erforderlich. Der Zugang zum Normarbeitsverhältnis und zu angemessen entlohnter Beschäftigung muss dringen gewährt werden. Konkrete Maßnahmen werden jedoch nicht formuliert.

Die Begrenzung von Leiharbeitsverhältnissen ist zu begrüßen. Gleicher Lohn für gleiche Arbeit ist das Minimum. Die Wiedereinführung des Synchronisationsverbotes ist darüber hinaus ein wichtiger Schritt, um Leiharbeitsbeschäftigten wieder eine längerfristige Planungsperspektive zu bieten. Auch der Flexibilisierung von Arbeitszeitkonten stehen wir kritisch gegenüber; sie verlagern Risiken des Unternehmers auf die Beschäftigten.

Die Intension der stärkeren Mitbestimmung begrüßen wir. Allerdings ist die reale Umsetzung nach wie vor schwierig. Selbst in Betrieben mit ausgeprägten Mitbestimmungsstrukturen zeigen sozialwissenschaftliche Studien auf, dass das sog. Co-Management eine stärkere Orientierung der Beschäftigtenvertretung an betrieblichen Belangen als an Beschäftigteninteressen zur Folge haben kann. Eine stärkere Beteiligung der Belegschaften ist in diesen Fällen nur bedingt gewährleistet.

Die Forderung nach einer Aufhebung der Anrechnung von Schonvermögen ist konsequent und richtig. Allerdings betrifft sie nur einen verschwindend geringen Anteil der (potentiellen) ALG II-EmpfängerInnen. Die Verlängerung der Bezugszeiten im ALG I sind dringend erforderlich, da sie die wesentliche Voraussetzung für die soziale Sicherung im Falle der Arbeitslosigkeit sind. Die Differenzierung nach Dauer der Einzahlung benachteiligt jedoch vor allem jüngere Arbeitslose und damit nicht zuletzt junge Familien.

Wir begrüßen den beginnenden Erneuerungsprozess der SPD. Mit „Fairness auf dem Arbeitsmarkt“ kann jedoch nur ein Anfang geschaffen sein. Inhaltliche Debatten müssen mit der Parteibasis geführt werden um ein neues arbeitsmarktpolitisches Konzept zu entwerfen.

Wir wollen mehr!

Wir fordern eine ehrliche Auseinandersetzung der SPD mit den Arbeitsmarktreformen. Grundlage ist notwendigerweise eine ehrliche Analyse der Stärken, aber insb. der Schwächen der Reformen. Wir wollen uns nicht länger Fehlentscheidungen schön reden, sondern endlich die Basis für eine ernstgemeinte Reform der Arbeitsmarktpolitik schaffen. Grundlegendes Verständnis muss sein, dass Arbeitslosigkeit strukturelle und nicht nur individuelle Ursachen hat. Auf dieser Basis müssen arbeitsmarktpolitische Entscheidungen getroffen werden.

Eine stärkere Absicherung prekärer Beschäftigungsverhältnisse ist unabdinglich.

Leiharbeit steht hier nur exemplarisch für viele Beschäftigungsverhältnisse, die zu niedrig entlohnt oder unsicher sind oder kaum Aufstiegs-, Mitbestimmungs- und Weiterbildungsmöglichkeiten bieten. Für Leiharbeitsbeschäftigte muss der Grundsatz „equal pay und equal treatment“ gelten. Neben der gleichen Entlohnung, sind betriebliche Mitbestimmungsmöglichkeiten sowie die Integration in den betrieblichen Arbeits- und Gesundheitsschutz zu garantieren. Die Sicherheit des Arbeitsplatzes muss außerdem über den Einsatz in einem Entleihbetrieb hinaus gesichert sein. Die Wiedereinführung des Synchronisationsverbotes ist dringend notwendig. Eine Millionen Menschen in Deutschland erhalten zusätzlich zu ihrem Lohn aufstockende Leistungen durch die Grundsicherungsträger. Diesen Zustand lehnen wir ab. Die permanente Subvention von Unternehmen durch das Hartz IV-Regime und den Niedriglohnsektor, motiviert Unternehmen geradezu das Niedriglohnsegment massiv auszubauen.

Die Gleichstellung von Frauen stellt in unserer Gesellschaft nach wie vor ein zentrales Aufgabengebiet dar. Es gibt vielfältige Vorschläge zur Verbesserung der Situation von Frauen am Arbeitsmarkt. Der Arbeitszeitverkürzung kommt ein zentraler Stellenwert zu, wenn man die Integration, wenn man die Integration von Frauen am Arbeitsmarkt, außerhalb prekärer Beschäftigung, stärken möchte.

Die Stärkung eines öffentlichen Beschäftigungssektors mit sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung und angemessener Entlohnung ist dringend notwendig. Ziel muss es sein einen Zugang zum Arbeitsmarkt auch für diejenigen zu schaffen, die derzeit keinen Zugang zum Arbeitsmarkt haben. Erwerbsarbeit ist nach wie vor zentrales Moment gesellschaftlicher Integration, diesen Anspruch haben wir auch an einen öffentlichen Beschäftigungssektor.

Dringenden Reformbedarf gibt es auch im Bereich der Arbeitslosenversicherung sowie in der Grundsicherung. Der Arbeitslosengeld I-Bezug muss unabhängig von den Beitragsmonaten für alle Arbeitslosen für mind. 24 Monate gelten. Eine Staffelung benachteiligt insb. Junge und Geringqualifizierte, MigrantInnen und Frauen. Diese werden damit zusätzlich für ihre schlechteren Arbeitsmarktchancen bestraft. In der Grundsicherung für Arbeitssuchende besteht ebenfalls Handlungsbedarf. Die Höhe der Regelsätze ist nur ein medial besonders stark inszeniertes Thema, dass sie zur Gewährleistung einer kulturellen und sozialen Teilhabe nicht ausreichen steht außer Frage. Die Abschaffung der Zumutbarkeitskriterien und

Sanktionsregelungen und damit die Aufhebung des Arbeitszwangs sind Basis für eine progressive Arbeitsmarktpolitik. Die Abschaffung der Bedarfsgemeinschaften ist nicht nur aus feministischer Perspektive notwendig, auch die Anrechnung des Einkommens von PartnerInnen und Kindern auf das Einkommen der/s Hilfebedürftige/n lehnen wir ab. Die Abschaffung der „Stallpflicht“ für unter 25jährige ist darüber hinaus dringend erforderlich.

Die SPD braucht ein neues arbeitsmarktpolitisches Konzept. Die bisherigen Reformvorschläge sind allenfalls ein Anfang. Dabei muss es vor allem darum gehen das Grundverständnis vom aktivierenden Sozialstaat zu überdenken. Wir brauchen eine Arbeitsmarktpolitik, die die Ursachen der Arbeitslosigkeit in gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Verhältnissen identifiziert und nicht beim Menschen. Es entspricht nicht unserem Menschenbild, davon auszugehen, Erwerbslose müssten mittels Sanktionen und Zumutbarkeiten motiviert werden eine Tätigkeit aufzunehmen.

Und weiter?!

Um grundlegende Veränderungen in der Arbeitsmarktpolitik herbeizuführen braucht es zunächst einen Paradigmenwechsel, welche Ursachen und Risiken von Arbeitslosigkeit nicht länger individualisiert. Wir stehen zu unserem Bekenntnis zur aktiven Arbeitsmarktpolitik.

Die Aufgabe von Gesellschaft ist es Strukturen zu schaffen, die allen Mitgliedern eine aktive Teilhabe ermöglichen. Erwerbsarbeit stellt nach wie vor einen zentralen Mechanismus gesellschaftlicher Integration dar. Auch aus diesem Grund halten wir am Ziel der Vollbeschäftigung fest. Der Ausbau und die Stärkung des Öffentlichen Beschäftigungssektors, Arbeitszeitverkürzung, die Eindämmung prekärer Beschäftigung sowie eine armutsfeste, sanktionsfreie Mindestsicherung sind wesentliche Eckpfeiler auf dem Weg zur Vollbeschäftigung. Den Ausbau von Arbeitsplätzen zu Lasten der Beschäftigten über die zunehmende Etablierung atypischer Arbeitsverhältnisse lehnen wir weiterhin ab.

Die Jusos Thüringen stehen zu ihrem Bekenntnis zur aktiven Arbeitsmarktpolitik. Ohne Abkehr vom Paradigma der Aktivierung kann es keine linke, progressive Arbeitsmarktpolitik geben. Der Weg zur Vollbeschäftigung führt über die Stärkung Öffentlicher Beschäftigung, Arbeitszeitverkürzung und den Ausbau der Mindestsicherung.

G2

EIN SOLIDARISCHES RENTENSYSTEM MÖGLICH MACHEN!

Solidarität oder Kampf der Generationen?

Die Debatte um die langfristige Finanzierung der Rente ist häufig verknüpft mit Argumenten um Generationengerechtigkeit respektive der Aufrechterhaltung finanzieller Handlungsspielräume für die nachfolgende Generation. Ausgangspunkt dieser Auseinandersetzung sind Aussagen über die Entwicklung der Bevölkerungsstrukturen. Diese konstatieren i.d.R. einen massiven Bevölkerungsrückgang, in Verbindung mit einem steigenden Anteil älterer Bevölkerung, welche sich außerhalb des aktiven Erwerbslebens befindet und eines erheblichen Rückgangs der jüngeren, noch erwerbstätigen Generation. In dieser Entwicklung werden die zentralen Finanzierungsprobleme der staatlichen Rentenversicherung, aber auch anderer Sozialversicherungen, zusammengefasst. Ausgangspunkt der Diskussion ist dabei, dass der immer geringer werdende Teil der Erwerbstätigen nicht in der Lage sein wird, für einen immer größeren, rentenanspruchsberechtigten Bevölkerungsteil aufzukommen, zumindest nicht ohne die Sozialkassen oder den Haushalt des Bundes nachhaltig zu schwächen. Die Probleme der Rentenversicherung, aber auch anderer Sozialkassen, werden in diesem Kontext immer wieder als Ausgabenproblematik dargestellt.

Konsequenz dieses Diskurses ist eine anhaltende Suche nach Möglichkeiten, die Kosten der Rente zu verringern. Die Einführung der Riester-Rente sowie die - wenig populäre - Anhebung des Renteneintrittsalters, sind erste Ergebnisse dieses Diskurses. Im Zuge dieser Debatten wird ein zentrales Ziel der staatlichen Rente in Frage gestellt: die Verhinderung der Altersarmut. Schon heute bekommen viele Renter_innen eine Rente, die sich unter oder auf dem Niveau des Sozialhilfesatzes bewegt. In den nächsten Jahren wird ihr Anteil noch einmal deutlich steigen.

Rente mit 67 – und weiter?

Die Lösung dieser Problematik wird in diesen Tagen immer wieder in der Anhebung des Renteneintrittsalters gesehen. Debatten um die Rente mit 67 oder 70 sind omnipräsent und dominieren von

seriöser Presseberichterstattung bis hin zum Polittalk beinahe alle öffentlichen Medien. Die Jusos haben sich in diesen Debatten bislang offensichtlich zu wenig präsent gezeigt, wie wäre es sonst zu erklären, dass eine große, überregionale Zeitung titelt: „Sogar Jusos sind gegen die Rente mit 67“.

Dabei stellt die Rente mit 67 bislang vor allem eins dar: die Anhebung des Renteneintrittsalters soll nicht nur längeren Beitrag sichern, sie verkürzt damit auch den Rentenanspruch um zwei Jahre und hat damit eine Senkung der Ausgaben zufolge.

Beiden Debatten versuchen die Diskussion um das Rentensystem und seine Finanzierung verkürzt zu betrachten. Alle Sozialkassen sind geprägt durch ein Einnahmeproblem: der Anteil der Sozialausgaben am BIP ist – relativ betrachtet – seit Jahren konstant. Sowohl das BIP, als auch Sozialausgaben steigen zwar absolut betrachtet, prozentual hat sich ihr Verhältnis jedoch kaum geändert. Demgegenüber steht jedoch eine seit Jahren stagnierende Lohnquote. Die Einnahmen der Sozialkassen basieren jedoch auf größtenteils auf den lohnabhängigen Beitragszahlungen. Im Zuge der Hartz-Arbeitsmarktreformen konnte Arbeitslosigkeit zwar abgebaut und Menschen in Beschäftigung überführt werden. Der Anteil sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung an allen Beschäftigungsverhältnissen ist jedoch im gleichen Zeitraum gesunken. Eine überdurchschnittliche Zunahme verzeichnen hingegen vorrangig sog. prekäre, zumeist schlecht entlohnte, Beschäftigungsverhältnisse. Mini- und Midijobs sowie Leiharbeit seien an dieser Stelle nur exemplarisch benannt.

Letztendlich verkürzt die Diskussion um den Stichtag des Eintrittsalter die Debatte: Es geht eben nicht allein darum, ob Beschäftigte mit 65 oder 67 in den Ruhestand gehen können. Eine grundsätzliche Reform des Rentensystems ist erforderlich, um langfristig eine angemessene Alterssicherung für alle gewähren zu können.

Ein solidarisches Rentensystem möglich machen! – Einnahmehasis stärken

Die Einnahmen der Rentenversicherung ergeben sich aus den Beiträgen zur Rentenversicherung der heute abhängig Beschäftigten. Die Einkommen von Selbstständigen, Freiberufler_innen und Beamte_innen werden nur in verschwindend geringem Ausmaß erfasst. Die Beitragsbemessungsgrenze gibt an, wie hoch das Einkommen ist, auf dessen Basis die Abgaben für die Rentenversicherung berechnet werden. Demnach sinkt die durchschnittliche Belastung für Einkommen oberhalb der

Beitragsbemessungsgrenze umso mehr, je höher das individuelle Einkommen liegt.

Die Einnahmen der Sozialkassen werden demnach weitgehend determiniert durch die Höhe der Löhne, die berücksichtigten Einkommen und die Beitragsbemessungsgrenze. Um die Einnahmehöhe zu verbessern, sind hier also wesentliche Stellschrauben zu verorten.

Die Berücksichtigung aller Berufsgruppen ist ein wichtiger Schritt, die Finanzbasis der Rentenkasse zu stärken. Auch Selbstständige und Freiberufler_innen sollen demnach Beiträge in die gesetzliche Rentenversicherung zahlen. Die Versicherungspflichtgrenze ist daher abzuschaffen. Überführt man nur neu eingestellte Beamt_innen in die allgemeine Rentenversicherung, erübrigen sich hohe Rentenzahlbeträge aus dem System, ohne vorherige Einzahlungen geleistet zu haben.

Weitere zentrale Aspekte stellen das aktuelle Lohnniveau sowie die Entwicklung sozialversicherungspflichtiger, respektive prekärer Arbeitsverhältnisse, dar. Das Lohnniveau war in den letzten Jahren durch Stagnation gekennzeichnet. Es ist auch im Zusammenhang mit der Entwicklung typischer und atypischer Beschäftigung zu sehen. Der Rückgang sozialversicherungspflichtiger und der Anstieg prekärer – häufig schlechter entlohnter – Tätigkeiten haben auch Rückwirkungen auf die Belastbarkeit der Rentenversicherung. Ein angemessener Lohnanstieg, verbunden mit Entprekarisierung von Beschäftigung, trägt damit auch dazu bei, unsere Sozialkassen zu stabilisieren.

Dementsprechend ist das heutige Lohnniveau entscheidend für die Ausgestaltung der Rentenkasse.

Daneben wird die demografische Entwicklung häufig als Argument dafür angeführt, die gesetzliche Altersvorsorge sei heute nicht mehr finanzierbar. Tatsächlich ist ein Abschmelzen der Beschäftigtenzahlen nicht unproblematisch. Allerdings ist dabei auch zu beachten, dass diejenigen, die sich an der Finanzierung der Renten beteiligen, auch nachfolgende Generationen immer mitfinanzieren haben. Die Wandelung der Alterspyramide vollzieht sich jedoch auch im unteren Bereich, im Vorfeld des Erwerbslebens. An dieser Stelle wird das Argument der demografischen Entwicklung erstmals relativiert. Außerdem muss auch bedacht werden, dass die Finanzierung aller gegenwärtigen Rentenzahlungen stark von der Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt abhängig ist, von kontinuierlichen Beitragszahlungen und Lohnzuwächsen als Teilhabe an der wirtschaftlichen Entwicklung. Die Probleme auf dem Arbeitsmarkt, verbunden mit einer Ausweitung

prekärer Beschäftigungsverhältnisse und niedrig bezahlter Beschäftigung, wurden bereits angeführt. Daneben wurde die wirtschaftliche Entwicklung in den letzten Jahren nur unzureichend an die Beschäftigten weitergereicht. Aber auch die Erwirtschaftung hoher Unternehmensgewinne erfolgt immer häufiger zu Lasten der Lohnarbeit. Begünstigt wurde diese Entwicklung durch die Einführung der Abgeltungssteuer und die Unternehmenssteuerreformen zum Jahrtausendwechsel und wenig später im Jahr 2005. Die Gewinne der Unternehmen werden jedoch regelmäßig durch die Beschäftigten erwirtschaftet. Bricht man die Gewinnzuwächse auf die einzelnen Beschäftigten herunter, ist eine deutliche Zunahme auch der Produktivität der Arbeitnehmer_innen zu verzeichnen. Diese Produktivitätszuwächse können für die Finanzierung der gesetzlichen Rentenversicherung herangezogen werden. Insofern sind Unternehmensgewinne stärker zu besteuern und die steuerlichen Zuschüsse zur solidarischen Rentenversicherung zu erhöhen. Unter diesen Voraussetzungen können auch weniger Beschäftigte die Finanzierung der gesetzlichen Altersvorsorge bei einer Zunahme älterer Versicherungsnehmer_innen sicherstellen.

Ein solidarisches Rentensystem möglich machen! – Alterssicherung für alle

Der steigende Anteil prekärer Beschäftigung sowie hohe Arbeitslosigkeit haben nicht nur zur Folge, dass die Finanzbasis öffentlicher Kassen geschwächt wird. Konsequenz ist auch ein steigender Anteil von Renter_Innen, deren Rentenansprüche unter den Sozialhilfesatz fallen. Diese Entwicklung ist politisch und gesellschaftlich forciert und in weiten Teilen akzeptiert. Dementsprechend müssen Gesellschaft und Politik auch für die Folgen dieser Entwicklungen aufkommen.

Entscheidend ist es daher, Beschäftigungschancen zu bieten und individuelle Versicherungslücken zu schließen. Darüber hinaus dürfen Armutslöhne nicht auf politische Akzeptanz stoßen, da diese zwangsläufig auch zu Armutslöhnen führen. Nur mit einem ausreichenden Rentenniveau kann Altersarmut vermieden werden.

Aus diesen Gründen sprechen wir uns für eine Wiedereinführung der „bewerteten Anrechnungszeiten“ für Zeiten der Arbeitslosigkeit, bei Pflege-, Erziehungszeiten sowie während der Ausbildung aus. Solche bewerteten Anrechnungszeiten gehen dann mit 75 Prozent des persönlichen Einkommensdurchschnitts des

gesamten Versicherungslebens in die Rentenberechnung ein.

Außerdem sind wir für die Einführung einer Mindestrente. Dies soll einerseits durch die Festsetzung sogenannter Mindestentgeltpunkte in der persönlichen Erwerbsbiografie geschehen, andererseits durch die Garantie eines Mindestbetrags bei der Rentenzahlung mindestens in Höhe der jeweils geltenden Pfändungsfreigrenze.

Die gesetzliche Rentenversicherung soll allerdings nicht den jeweils erreichten Lebensstandard am Ende eines Erwerbslebens sichern. Sie soll Altersarmut verhindern und einen gewissen Wohlstand am Lebensabend garantieren. Da die Absicherung dieses Wohlstandes keine Höchsteinkommen garantiert, erscheint in Anbetracht einer nur begrenzten Beitragsleistung, nämlich allein bis zum Erreichen der Beitragsbemessungsgrenze, nur sachlogisch.

Bezieher_innen hoher Einkommen werden zwar in der gesetzliche Altersvorsorge zwangsversichert. Ihnen steht es allerdings frei, ihren erworbenen Lebensstandard über die Leistungen der gesetzlichen Rentenversicherung hinaus durch private Vorsorge sicherzustellen. Würde man die Leistungen aus der Umlageversicherung dem jeweils erwirtschafteten Lebensstandard anpassen, wäre dies durch ein Festhalten an der Beitragsbemessungsgrenze eine Umverteilung von niedrigen zu hohen Einkommen.

Wir stehen für ein flexibles Renteneintrittsalter, welches jeder und jedem nach einer bestimmten Anzahl von Beitragsjahren, die sich am aktuellen, realen Renteneintrittsalter orientiert, eine armutsfeste Alterssicherung sichert.

Ein solidarisches Rentensystem möglich machen! – Staatlich hat Vorfahrt

Als im Juni 2001 mit dem „Altersvermögensgesetz“ und dem „Altersvermögensergänzungsgesetz“ die Alterssicherung auf ein Drei-Säulen-Modell umgestellt wurde, ging man davon aus, dass die gesetzliche Rentenversicherung ohne eine private Absicherung nicht überlebensfähig sein würde. Aus diesem Grund standen fortan neben der gesetzlichen auch die betriebliche Absicherung und die privater Rentenversicherungsträger. Staatlich gefördert wurde dies etwa über die Abgabefreiheit der Entgeltumwandlung in der betrieblichen Absicherung und staatliche Zuschüsse bei der privaten Rentenversicherung, etwa in Form des sogenannten Riesterbonus. Damit wurde die gesetzliche Rentenversicherung aber nicht etwa gestärkt. Mit der Förderung privater Vorsorge sollte vor allem auch das

Absinken des Rentenniveaus auf nur noch 43 Prozent des persönlichen Durchschnittsverdienstes gerechtfertigt werden. Nicht mehr die soziale Absicherung im Alter war nunmehr Ziel staatlicher Rentenpolitik sondern vordergründig Beitragsstabilität bei den Arbeitslöhnen. Dadurch wurden Unternehmen auf Kosten der Rentenkasse besonders gefördert. Die paritätische Finanzierung der Altersvorsorge wurde zugunsten der Arbeitgeber_innen aufgegeben.

Die Reformen beruhen jedoch auf irreführenden Annahmen und übertriebenen Renditeversprechungen der privaten Rentenversicherung.

Ein Ausgleich des sinkenden Sicherungsniveaus in der gesetzlichen Rentenversicherung kann von vielen Menschen gar nicht getragen werden. Die sich vollzogene Ausweitung des Niedriglohnsektors sowie eine zunehmende Unsicherheit auf dem Arbeitsmarkt führten im Wesentlichen dazu, dass gerade Menschen mit niedrigen Einkommen oder in prekären Beschäftigungsverhältnissen keine private Altersabsicherung betreiben. Die finanziellen Mittel für eine private Rentenversicherung sind oftmals einfach nicht vorhanden oder lohnen sich schon deshalb nicht, weil die Zukunft im Alter vorhersehbar von Transferleistungsbezug geprägt sein wird. Im Bereich der Mini- und Midi-Jobs wäre es zudem lachhaft, über eine Entgeltumwandlung für die betriebliche Alterssicherung nachzudenken.

Das Drei-Säulen-System fördert daher vor allem diejenigen mit hohem Einkommen, in erster Linie solche, die sich womöglich ohnehin für eine private Absicherung entschieden haben. Es ist insofern geprägt von systematischer Fehlsubventionierung und Mitnahmeeffekten und verstärkt die Gefahr von Altersarmut in breiten Bevölkerungsschichten.

Außerdem bestehen zwischen der ersten Säule einerseits und den privat organisierten Säulen andererseits derartige Unterschiede in den Strukturprinzipien, dass das abgesenkte Sicherungsniveau im gesetzlichen Umlagesystem nicht kompensiert werden können. Während die erste Säule der Altersvorsorge vom Pflichtversicherungsprinzip und Umlagesystem geprägt ist, beruhen die privaten Versicherungen auf Freiwilligkeit und Kapitaldeckung. Voraussetzungen für die Kompensation des Rentenniveaus wären aber eine weitgehende Deckungsgleichheit und eine obligatorische zusätzliche betriebliche oder private Altersvorsorge.

Die bereits erwähnte Entgeltumwandlung bei der betrieblichen Absicherung geht außerdem zu Lasten der ersten Säule. Arbeitnehmer_innen können sich entscheiden, ob sie Teile ihres Bruttolohns als

betriebliche Rentenversicherung ansparen wollen. Dann wird ein gewisser Betrag bis zum Renteneintritt zurückgelegt. Dies wird insofern gefördert, als dass die so umgewandelten Arbeitsentgelte frei werden von Sozialversicherungsabgaben und Steuern. Das heißt, der gesetzlichen Rentenversicherung gehen zusätzlich Beitragsleistungen verloren, wenn vom Bruttolohn weniger an Sozialabgaben gezahlt werden.

Zudem fehlt es sowohl bei der betrieblichen als auch bei der privaten Altersvorsorge an der Entsprechung von versichertem Arbeitslohn und Rentenanspruch. Es fehlt die Teilhabe an der allgemeinen Lohnentwicklung nach Maßgabe der früheren Entgeltpositionen. Nach dem der gesetzlichen Rentenversicherung innewohnenden Prinzip der Teilhabeäquivalenz soll nämlich gewährleistet werden, dass alle Rentner_innen gemäß ihrer früheren Stellung im Einkommensgefüge an der allgemeinen Lohnentwicklung teilhaben. Die beiden zusätzlichen Säulen können daher die Einkommensersatzfunktion der gesetzlichen Vorsorge nicht übernehmen.

Die bisherige Funktion der gesetzlichen Rentenversicherung, neben der Altersvorsorge auch das Hinterbliebenenrisiko und das Risiko der Erwerbsminderung abzudecken, ist bei der privaten Absicherung völlig unzureichend.

Ein weiteres Manko der privaten Altersvorsorge ist die fehlende Markttransparenz und mangelnder Verbraucher_innenschutz. So kommt es, dass die Anbieter_innen von Altersvorsorgeprodukten vielfach die staatliche Förderung abschöpfen, so dass die eingesetzten Steuergelder nicht die Altersversorgung verbessern, sondern die Gewinne der Anbieter_innen erhöhen.

Ausgangspunkt der Rentenreform war eine völlig unplausible Renditeerwartung der damaligen Rürup-Kommission bei der privaten Altersvorsorge von etwa 4 Prozent bei Kapitalverzinsungen. Derartige Renditen wären jedoch regelmäßig mit einer Umverteilung von Arbeit zu Kapital verbunden, wodurch Kapitaleinkommen in der Regel besonders begünstigt werden. Die Zusicherung von Renditen hätte zudem nur auf Grundlage sicherer Anlageformen erfolgen dürfen, wie etwa deutscher Staatsanleihen. Zu beobachten ist dieses Erfordernis aktuell an der Gefährdung britischer Rentenfonds durch den Wertverfall von BP-Aktien durch die Ölkatastrophe im Golf von Mexiko. Die Gefahr gravierender Finanzmarktkrisen wurde überdies völlig ausgeblendet.

Hinzu kommen hohe Verwaltungsgebühren der privaten Versicherungsunternehmen, unter anderem

durch Gewinnausschüttungen bei Aktien und Provisionen für Versicherungsmakler_innen.

Des Weiteren konnte in den sechs Jahren nach der Rentenreform ein geringerer Anstieg des BIP um insgesamt 1 Prozent und ein damit einhergehender Beschäftigungsabfall von etwa 0,5 Prozent festgestellt werden. Dies hängt zusammen mit Kürzungen bei den Rentenzahlungen und einer Dämpfung des realen Konsums um 1,5 Prozent durch die veränderte Einkommensverteilung und verstärkte Sparanstrengungen der privaten Haushalte.

Im Ergebnis ist daher festzuhalten, dass eine solidarische Altersvorsorge nur in der gesetzlichen Rentenversicherung möglich sein wird, an der sich alle Einkommensschichten und Arbeitgeber_innen wie Arbeitnehmer_innen gleichermaßen beteiligen.

C3

NEUREGELUNG DER KINDERGRUNDSICHERUNG

Die wachsende Kinderarmut in Deutschland ist aus sozialen Gründen nicht hinnehmbar und muss wirksam bekämpft werden. Zurzeit leben etwa 1,7 Millionen Kinder in Hartz-IV-Familien und ihre Zahl könnte noch weiter zunehmen.

Anfang des Jahres haben die Karlsruher Richter die bisherige Hartz-IV-Regelung für Kinder beanstandet und eine Neuregelung bis Anfang 2011 gefordert. Allein daran lässt sich schon erkennen, dass es politischen Handlungsdruck gibt. An dieser Stelle besteht die Chance große Teile des Steuer- und Sozialsystems zu reformieren und dabei auch die Familienförderung neu zu gestalten. Dazu fordern wir eine elternabhängige Kindergrundsicherung, wobei jedes Kind einen eigenen Rechtsanspruch besitzen möge. Kinder sollen als eigenständige Menschen behandelt werden, unabhängig vom Status ihrer Eltern.

Richtig umgesetzt kann die Kindergrundsicherung ein Instrument zur Umverteilung werden. Während Kindergeld und Kinderfreibeträge, reichere Familien stärker als ärmere fördern, soll die Einführung einer Kindergrundsicherung dieses Prinzip umkehren. Jedem Kind wird bis zum Ende des ersten Bildungsabschlusses eine Kindergrundsicherung in Höhe von 500 Euro erhalten. Abhängig von der Höhe des elterlichen Einkommens wird dieser

Betrag besteuert, so dass Vielverdiener_innen maximal eine Leistung in Höhe des jetzigen Freibetrages erhalten und damit nicht weniger Geld als bisher. Kinder in Familien mit geringeren finanziellen Spielräumen hingegen erhalten bis zu 500 Euro. Auf diese Weise ist es möglich, den Anteil der in Armut lebenden Kinder deutlich zu reduzieren.

Außerdem fordern wir gleichzeitig weitere Investitionen in die Infrastruktur des Bildungssystems, um Einrichtungen für Kinder weiter auszubauen. Dazu gehören neben flächendeckenden und qualifizierten Betreuungsangeboten im vorschulischen Bereich auch der Ausbau der Schulen und bessere Freizeitangebote für Kinder. Auf diesem Weg soll eine Verbesserung der Bildungschancen herbeigeführt werden und einer Perspektivlosigkeit der Jugendlichen entgegen gewirkt werden. Jedes Kind sollte die Chance auf ein Abitur besitzen, unabhängig vom Geldbeutel der Eltern. Neben der Ausbildung kann dabei auch die Integration mit anderen Menschen gefördert werden und Kinder in ihrer Entwicklung unterstützen.

C4

RÜCKZUG DER REGIERUNG AUS DER INITIATIVE FINANZSTANDORT DEUTSCHLAND

Die Bundesregierung wird aufgefordert sich umgehend aus der Initiative Finanzstandort Deutschland zurückzuziehen.

Wir Jusos haben uns immer gegen eine Deregulierung der Finanzmärkte stark gemacht. Die Finanzmarktkrise hat uns recht gegeben, dass die Argumente der Befürworter nicht im Interesse der Allgemeinheit lagen, sondern im reinen Interesse des Kapitals. Die Initiative Finanzstandort Deutschland hat in den letzten Jahren immer wieder einseitigen Druck auf die Politik gemacht bspw. verschiedene Finanzmarktprodukte gesetzlich zu erlauben, um die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands auszubauen.

Einer wirklichen Erneuerung und Regulierung der Finanzmärkte steht die Initiative Finanzstandort Deutschland damit entgegen.

C5

KLARE REGELN FÜR LEIHARBEIT

Die Jusos Thüringen fordern klare Regeln für die Leiharbeit. Diese müssen dem Ziel genügen, dass die Leiharbeit für den Arbeitgeber so unattraktiv wie möglich ist. Unsere Minimalforderung ist, die vorbehaltlose und vollständige Anwendung der Europäischen Leiharbeitsrichtlinie sowie die Gewährung eines finanziellen Zuschlags an die Arbeitnehmer_innen zur Entschädigung der prekären Arbeits- und Lebensverhältnisse

Die Regelungen der Konzentrierten Aktion Thüringens sind, sofern möglich und in einzelnen Bundesländern nicht bereits vorhanden, bundesweit umzusetzen. Diese sind die Anwendung der DGB-Tarifverträge in der gesamten Unternehmensgruppe, die korrekte tarifliche Eingruppierung, keine Behinderung von Übernahmen beim Entleiher, Förderung von Qualifizierungs- und Weiterbildungsmaßnahmen, die regelmäßige Betreuung von MitarbeiterInnen im Entleihbetrieb, das Bestehen einer betrieblichen Interessenvertretung, die ungehinderte Wahl eines Betriebsrates durch LeiharbeiterInnen, Neueinstellungen auch aus „schwierigeren“ Personengruppen des Arbeitsmarktes, kein Preisdumping, sowie das Vorhandensein eines Frauenförderplanes.

C8

GEOSCORING VERBIETEN

Die Jusos Thüringen sprechen sich dafür aus, die Vergabe von Krediten an Privatpersonen nach ihrem Wohnort, das so genannte „Geoscoring“ zu verbieten. Menschen dürfen nicht pauschal nach ihrem Wohnort eingeordnet werden, egal in welcher Hinsicht und erst Recht, wenn davon ihre finanzielle Liquidität abhängig ist.

C9

KLÜGER, SCHNELLER, BESSER – GEHIRNDOPING FÜR EINE LEISTUNGSKRANKE GESELLSCHAFT

Die Jusos Thüringen betrachten mit Sorge die zunehmenden Tendenzen der nichttherapeutischen Einnahme von verschreibungspflichtigen Medikamenten als sogenannte "Brainbooster".

So nutzen etwa StudentenInnen oder ManagerInnen Medikamente, die eigentlich unter das Betäubungsmittelgesetz fallen und einer besonderen Verschreibungspflicht unterliegen, um über eine gewisse Zeit effektiver lernen und arbeiten zu können ohne dabei Müdigkeit und Erschöpfung zu spüren.

Beliebt für diese Art von Gehirndoping, von Forschern auf diesem Gebiet als "Neuro-Enhancement" bezeichnet, wohl nicht zuletzt um die negativen Aspekte zu verschleiern, ist beispielsweise Methylphenidat (allgemein als Ritalin bekannt).

Dieses Medikament, das Kindern mit ADHS (Aufmerksamkeitsdefizit- / Hyperaktivitätssyndrom) helfen soll, sich längere Zeit zu konzentrieren und ruhig zu verhalten, hat bei gesunden Erwachsenen eine antriebssteigernde Wirkung, vergleichbar mit Kokain bloß ohne einen "Kick", da die Wirkung verzögert eintritt.

Es handelt sich hierbei um Medikamentenmissbrauch, und ist somit illegal. Immer öfter werden aber Forderungen nach der Möglichkeit laut, solche Medikamente in Zukunft rezeptfrei erwerben zu können.

Grund dafür sind der wachsende Leistungsdruck in der heutigen Gesellschaft und die steigenden Anforderungen auf dem Arbeitsmarkt, denen immer mehr Menschen sich hilflos gegenüber sehen.

Wir Jusos aber sprechen uns ganz klar gegen eine eventuelle zukünftige Änderung des Betäubungsmittelgesetzes aus. Nicht nur aufgrund der bisher zu geringen Erkenntnisse über Neben- und Langzeitwirkungen, sondern auch, weil dies die Resignation vor einem gesamtgesellschaftlichen Problem darstellen würde.

Der stetig zunehmende Leistungsdruck in unserer Gesellschaft ist eine Folgeerscheinung des kapitalistischen Systems, in dem bereits SchülerInnen

zu Konkurrenzdenken erzogen werden, welches sich im Studium und auf dem Arbeitsmarkt fortsetzt. Der Mensch wird als Arbeitskraft angesehen und definiert sich auch innerhalb der Gesellschaft über seine Arbeit. Dies ist ein Zustand den es zu überwinden gilt.

Für uns Jusos ist die Idee gesunder Menschen die starke Medikamente einnehmen um sich dem unterdrückenden Kreislauf von Leistungsdruck und übersteigerten Anforderungen leichter unterwerfen zu können völlig inakzeptabel. Die effizientere Nutzung des Gehirns mag ohne Zweifel ein interessantes Forschungsfeld für MedizinerInnen darstellen. Zukunftsvisionen von Menschen mit unterdrückten menschlichen Bedürfnissen zugunsten effizienteren Studierens und Arbeitens allerdings stellen unserer Meinung nach eher eine Dystopie dar.

Unser heutiges Arbeitsmarktsystem ist ein von Menschen geschaffenes. Sich diesem völlig zu unterzuordnen hieße das (teilweise überholte) menschliche Ideen über Menschen bestimmen, und nicht Individuen ihr Handeln selbstbestimmt ausüben.

Ziel muss es sein die Bedeutung von Arbeit in unserer Gesellschaft zu überdenken und gegebenenfalls das bisherige System an die Bedürfnisse, Möglichkeiten und Potentiale der Menschen anzupassen, nicht Menschen mittels Medikamenten zu Maschinen zu machen um sie an das System anzupassen.

C10

PRÄVENTION DURCH PRÄSENZ

Am 26. April 2002 hat das Schulmassaker am Gutenberggymnasium in Erfurt ganz Deutschland in Schrecken versetzt. Schon zwei Tage danach sagte der damalige Bundesinnenminister Otto Schily: „Ich bin der Meinung, dass jede Schule einen eigenen Schulpsychologen / eine eigene Schulpsychologin braucht.“

Von allen Seiten wurden schnell Forderungen nach Konsequenzen laut, und seitens der Politik wurde umgehend gehandelt: Das Waffengesetz wurde verschärft und Computerspiele, die Gewalt enthalten werden inzwischen nur noch gemäß des Alters freigegeben. In Thüringen gab es eine zügige Änderung des Schulgesetzes: Bereits 2003 wurde die Besondere Leistungsfeststellung eingeführt, damit SchülerInnen nicht ohne Abschluss verlassen, sollten sie die Abiturprüfung nicht bestehen. Auf die

SchulpsychologInnen warten SchülerInnen, Lehrkräfte und Eltern noch heute.

Tatsächlich kommen bundesweit auf eine Schulpsychologin bzw. einen Schulpsychologen zwischen 5 500 und 26 000 SchülerInnen. In Thüringen sind es ca. 17 000. (Stand 2008 – Berufsverband Deutscher Psychologinnen und Psychologinnen.) Der Berufsverband Deutscher Psychologinnen und Psychologen empfiehlt ein Verhältnis von 1 zu 5000. Dies ist immer noch wenig, wenn man berücksichtigt, dass 20 Prozent der SchülerInnen psychologische Hilfe bräuchte. Diese Empfehlung beruht auf einer fachlichen Einschätzung des Verbandes. Die/der Schulpsycholog_in soll nicht Teil des Systems Schule sein, sondern als AußenstehendeR eine Vertrauensperson für die/den Schüler_in darstellen.

Die Gründe dafür sind unterschiedlich: Bei der Einschulung, vor allem von Fünfjährigen, sind das oft Trennungängste von den Eltern oder Verhaltensschwierigkeiten. Später kommen Lernstörungen, soziale Ängste, Mobbing, Prüfungsangst, Magersucht und vieles mehr hinzu.

Auch dass der Leistungsdruck in der Gesellschaft stetig zunimmt und bereits in der Schule immer häufiger zum Ausdruck kommt, ist den Jusos Thüringen bewusst.

Uns Jusos ist es wichtig, dass SchülerInnen angstfrei am Unterricht teilnehmen können und sich mit ihren Problemen ernst genommen und nicht alleine gelassen fühlen. Bisher können sie sich meiste nur an sogenannte VertrauenslehrerInnen an ihrer Schule wenden, es wichtig wäre aber eine neutrale Person. Durch die ärztliche Schweigepflicht wissen sie zudem ihre Privatsphäre gewahrt und können SchulpsychologInnen eher Vertrauen entgegenbringen.

Des Weiteren sollen die SchulpsychologInnen auch den Lehrkräften als AnsprechpartnerInnen dienen, wenn diese Verhaltensauffälligkeiten bei SchülerInnen bemerken. Durch frühzeitiges Erkennen von Warnsignalen und umgehende psychologische Hilfe könnte somit sogar eine wirksame Prävention von Schulmassakern gewährleistet werden.

Sie sollen bei Mobbingfällen intervenieren und wenn nötig SchülerInnen für eine längerfristige psychologische Beratung bzw. Psychotherapie überweisen können.

Um den Problemen, Nöten und Sorgen von SchülerInnen trotz steigender psychischer

Belastungen gerecht werden zu können und auch Eltern und Lehrkräfte nicht ohne Unterstützung zu lassen, fordern wir Jusos daher, dass der Empfehlung des Bundesverbandes Deutscher Psychologinnen und Psychologen auf 5000 Schüler_innen eine Schulpsychologin oder einen Schulpsychologen einzustellen gefolgt wird.

DASEINSVORSORGE UND KOMMUNALES

D1

SCHLUSS MIT SPAREN! KOMMUNALE FINANZEN STÄRKEN

Kommunen sind kein Sparpaket – Die Situation ist prekär!

Kommunen spielen für uns Jusos eine zentrale Rolle bei der Bereitstellung von öffentlichen Gütern und Dienstleistungen. Energieversorgung, Wasserversorgung, Wohnraum, Schulen, Kindertagesstätten, Pflegeeinrichtungen, medizinische Versorgung, Museen, Musik- und Kunstschulen, Obdachlosen-versorgung und eine bürger_innenfreundliche Verwaltung sind für uns zentrale Bereiche der kommunalen, öffentlichen Daseinsfürsorge, denn wir wollen gesellschaftliche Teilhabe, Existenzsicherung und Lebensqualität allen Menschen ermöglichen. Privatisierungswahn und eine unzureichende finanzielle Ausstattung der Kommunen hat diesen politischen Anspruch ins Wanken gebracht.

Ein dramatisches Bild zeigen die finanziellen Fakten der kommunalen Haushalte für das Jahr 2010. Rund 12 Milliarden Euro wird das Defizit der deutschen Kommunen im Jahr 2010 betragen, nach einem Defizit von 4,45 Milliarden Euro im Jahr 2009.

Zum einen sind die Steuereinnahmen der Kommunen massiv eingebrochen. Seit 2008 sind etwa 10 Milliarden Euro weniger an Einnahmen aus Steuern erzielt worden. Allein um 6,5 Milliarden Euro ist dabei der Anteil der Gewerbesteuer geschrumpft. Auch der Anteil aus Gemeinschaftssteuern ist in den letzten zwei Jahren gesunken. Der 15prozentige Anteil aus der Einkommenssteuer fiel um etwa 4 Milliarden Euro niedriger aus.

Auf der anderen Seite haben auch die Ausgaben zugenommen. Vor allem die kommunalen Ausgaben

für soziales sind zwischen 2008 und 2010 um etwa 3 Milliarden Euro gestiegen.

Die Gründe für die schlechte finanzielle Situation der Kommunen sind nicht nur in der Wirtschafts- und Finanzkrise, sondern auch in den steuer- und sozialpolitischen Entscheidungen der letzten Jahre zu finden.

Wir wollen diese Entwicklungen stoppen und die finanzielle Situation der Kommunen nachhaltig stärken. Denn nur dann können Bürger_innen und kommunale Verantwortungsträger_innen zum Wohle der Kommunen politische Entscheidungen treffen. Mitbestimmung und Demokratie dürfen nicht wegen finanziellen Gegebenheiten, wie im Extremfall einer Zwangsverwaltung, ausgehöhlt werden. Die in Art. 28 Abs. 2 GG garantierte fiskalpolitische Souveränität muss gesichert bleiben.

Die Finanz- und Wirtschaftskrise – Von Steuerausfällen und Cross-Border-Leasing

Die Finanz- und Wirtschaftskrise hat die Situation der Kommunen verschärft. Die hohen Ausfälle der Gewerbesteuer und des Einkommenssteueranteils können auf die Krise zurückgeführt werden.

Vor allem haben aber riskante Finanzgeschäfte der Kommunen zur schlechten Situation beigetragen. Cross-Border-Leasing-Geschäfte (CBL), die einst vom neoliberalen Mainstream als neue Haushaltswunderwaffe angepriesen wurden, haben Kommunen nahe an den Ruin geführt, da häufig US-amerikanische Banken und Versicherungen als Leasinggeber auftraten. In vielen Verträgen haben die Kommunen die Haftung für die Liquidität des Leasinggebers übernommen und sich vertraglich dazu verpflichtet, wenn die Bonität schlechter als die Ratingklasse AAA ist, einen neuen Vertrag mit einem anderen Versicherer abzuschließen. Diese neuen Verträge sind jedoch mit erheblichen Mehrkosten verbunden, so dass letztlich auf einen einzelnen kommunalen Haushalt Mehrbelastungen in Millionenhöhe zukommen. Zudem denken viele Finanzinvestoren angesichts ihrer Milliardenverluste an den Ausstieg aus den laufenden CBL-Verträgen. Beispielsweise beklagten die Leipziger Wasserwerke aufgrund von CBL-Geschäften einen Verlust von 250 Millionen Euro im Januar 2010 und brachten damit die Stadt Leipzig in eine fast unlösbare finanzielle Schieflage. Folge ist nun ein Rechtsstreit zwischen den Wasserwerken Leipzig und der Schweizer Bank UBS. Ob die geschlossenen Verträge für nichtig erklärt werden bleibt offen und damit auch das finanzielle Risiko der Stadt Leipzig.

Public-Private-Partnerships, die in den letzten Jahren ebenso vermehrt abgeschlossen wurden, haben die finanzielle Situation der Kommunen ebenfalls nachhaltig geschwächt. Durch den Abschluss von langfristigen Verträgen haben die Kommunen an Handlungsspielraum verloren und bleiben für Jahre auf Mehrkosten sitzen.

Allein die Konjunkturpakete der Bundesregierung, als konjunkturpolitisch sinnvolle Maßnahme gegen die Wirtschafts- und Finanzkrise, konnten die Investitionen der Kommunen erhöhen und das Ausmaß der Krise in den kommunalen Haushalten eindämmen.

Es war richtig, dass wir Jusos Thüringen Cross-Border-Leasing abgelehnt und Public-Private-Partnership-Projekte scharf kritisiert haben. Wir wollen eine nachhaltige und transparente Haushaltspolitik, die für jede_n Bürger_in nachvollziehbar ist und kommunale Dienstleistungen sichert. Finanzmarktprodukte sind für uns kein Mittel einer seriösen Haushaltspolitik!

Bundespolitik – Wir machen mal eine Steuerreform

Viele, im Bund getroffenen finanzpolitischen Entscheidungen der letzten Jahre und Jahrzehnte haben sich massiv auf die finanzielle Situation der Kommunen ausgewirkt. Zum einen wurden zusätzliche Aufgaben an die Kommunen übertragen, wie steigende Zuschüsse für die Kosten der Unterkunft für ALG II Empfänger, zunehmende Eingliederungsbeihilfen, Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz sowie die Anforderungen aus der Grundsicherung im Alter. Andererseits wurde durch Steuerpolitische Reformen die Einnahmehasis der Kommunen verkleinert. Das Steuersenkungsgesetz der ehemaligen rot-grünen Bundesregierung aus dem Jahr 2000 und die damit verbundene Einkommens- und Unternehmenssteuerreform haben zu langfristigen Einnahmeausfällen bei Bund, Land und Kommunen geführt. Aufgrund der Einnahmeausfälle der Länder durch das Steuersenkungsgesetz, wurden die Kommunen doppelt herangezogen, durch daraus resultierenden Sparanstrengungen der Länder beim kommunalen Finanzausgleich. Zwischen 2001 und 2005 hat diese Reform zu Einnahmeausfällen von mehr als 11 Milliarden Euro für die Kommunen geführt.¹ Die Unternehmenssteuerreform 2008 führt aufgrund spezifischer Änderungen bei der Gewerbesteuermesszahl und der Einführung der Abgeltungssteuer auch zu mehrjährigen Einnahmeausfällen bei den Kommunen. Hinzu

¹ Vgl. Kai Eicker-Wolf und Achim Truger, Entwicklung und Perspektiven der Kommunalfinanzen in Hessen, Studie im Auftrag von ver.di Hessen, Frankfurt, Februar 2010

kommen Änderungen durch das Bürgerentlastungsgesetz das 2010 in Kraft trat. Die Gesamteinnahmeausfälle für Kommunen und Gemeinden durch Steuerreformen zwischen 2000 und 2010 belaufen sich bis 2013 auf etwa 56 Milliarden Euro.²

Wir Jusos fordern eine Einkommenssteuerreform die mehr soziale Gerechtigkeit schafft und die Einnahmesituation von Bund, Ländern und Kommunen verbessert. Hohe Einkommen und Unternehmen müssen stärker an den gesellschaftlichen Kosten beteiligt werden. Wir lehnen eine schleichende Übertragung der Finanzierung der Sozialpolitik an die Kommunen ab. Der Bund muss sich zu seinen sozialpolitischen Pflichten bekennen und darf nicht mehr den Kommunen Pflichtaufgaben ohne finanziellen Ausgleich auferlegen. Ärmere Kommunen werden dadurch überproportional zu reichen Kommunen belastet, was zu einer stärkeren Ausdifferenzierung regionaler Unterschiede führt.

Schwarz-Gelb – Hotelloobby statt Schulen

Trotz der schweren Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise auf die öffentlichen Kassen hat die schwarz-gelbe Bundesregierung ihr sogenanntes Wachstumsbeschleunigungsgesetz im Dezember 2009 gegen harte Kritik der Kommunalen Spitzenverbände im Deutschen Bundestag verabschiedet. Bundesweit kostet das Gesetz die Kommunen rund 1,8 Milliarden Euro. Das Gesetz schafft vor allem mehr soziale Ungerechtigkeit durch Änderungen bei der Erbschaftssteuer, Erhöhung der Kinderfreibeträge und der Einführung des ermäßigten Mehrwertsteuersatzes für Hotelübernachtungen.

Welche Maßnahmen die Regierungskoalition zur besseren Ausfinanzierung der Kommunen ergreifen wird, bleibt unklar, denn der Koalitionsvertrag enthält dazu keine ernsthafte Aussage. Die FDP macht sogar kein Geheimnis daraus, die wichtigste kommunale Einnahmequelle, die Gewerbesteuer, abschaffen zu wollen.

Wir Jusos wollen eine Zurücknahme des sozial ungerechten

Wachstumsbeschleunigungsgesetzes. Öffentliche Haushalte sind für uns kein Spielball von Lobbyinteressen sondern müssen sich am gesellschaftlichen Gemeinwohl orientieren. Wir fordern ein Maßnahmenpaket über das

Konjunkturpaket II hinaus, das den Kommunen öffentliche Investitionen in Bildung, Umwelt und Infrastruktur ermöglicht. Erhöhte öffentliche Investitionen schaffen Arbeit und Wachstum!

Schuldenbremse und Schuldenverbot – Na da holen wir es bei denen

Die ab 2016 gültige Schuldenbremse für den Bund und das ab 2020 gültige Schuldenverbot der Länder wird die Kommunen in besonders harter Weise treffen. Schon jetzt zeigt sich, dass Bund und Länder versuchen Aufgaben an die Kommunen abzuschieben, um ihre eigenen Haushalte zu konsolidieren. Die Länder werden versuchen über Kürzungen beim kommunalen Finanzausgleich das Schuldenverbot einzuhalten. Die Disparität zwischen wirtschaftlich starken Regionen mit starker Einnahmehasis aus kommunalen Gebühren und Steuern und strukturschwachen Regionen wird weiter wachsen. Nahenden politischen Herausforderungen wie dem demographischen Wandel werden einige Kommunen nicht begegnen können, da Investitionsmittel fehlen. Öffentliches Vermögen wie Straßen, Gebäude, Kraftwerke etc. werden vernachlässigt werden müssen. Schuldenbremse und Schuldenverbot werden den Investitionsstau erhöhen, Arbeitsplätze vernichten und öffentliches Vermögen vernichten und damit einen Bumerangeffekt für die öffentlichen Haushalte auslösen. Bundesweit wird der öffentliche Investitionsstau mit rund 85 Milliarden Euro beziffert.

Wir Jusos lehnen Schuldenbremse und Schuldenverbot ab! Eine einseitige Betrachtung der Schulden ohne die Einberechnung des öffentlichen Vermögens ist unseriös. Wir wollen einen handlungsfähigen Staat, der sich zu einer nachhaltigen Haushaltspolitik bekennt aber in Krisensituationen Initiative ergreift und soziale Sicherheit bietet. Die Schuldenbremse ist eine Investitionsbremse für öffentliches Vermögen. Der Investitionsstau in bspw. Schulgebäude oder Straßen ist bereits heute kaum abbaubar. Wir stellen die öffentliche Infrastruktur und Bildung nicht in Frage!

Situation in Thüringen – Kommunaler Finanzausgleich muss unangetastet bleiben!

Bis 2020 wird der Thüringer Landeshaushalt um etwa 1/3 gekürzt aufgrund des bis dahin gültigen Schuldenverbots. Bereits für den Haushalt 2011 hat die Landesregierung Einsparungen in Höhe von 600 Millionen Euro angekündigt. Bereits jetzt sind viele

² Vgl. ebd.

Kommunen am Rande ihrer Handlungsfähigkeit angekommen. 2009 gingen die Einnahmen der Thüringer Kommunen um etwa 27 Millionen Euro zurück aber die Ausgaben stiegen um etwa 235 Millionen Euro. Nicht wenige Kommunen haben nur mit größten Anstrengungen einen genehmigungsfähigen Haushalt für das Jahr 2010 beschließen können. Die geplanten Sparmaßnahmen der Landesregierung fressen die für 2011 steigenden Gewerbesteuern völlig auf und verstetigen die prekäre Situation.

Wir Jusos fordern die Landesregierung auf, sich beim Bund für eine bessere Ausstattung der Länderfinanzierung und einer Reform der Gemeindefinanzierung einzusetzen. Wir werden jeden Haushalt ablehnen der in unverhältnismäßigem Maße die Kommunen zusätzlich belastet. Wir Jungsozialist_innen und Sozialdemokrat_innen müssen gemeinsam für starke Kommunen und eine flächendeckende kommunale Daseinsfürsorge kämpfen. Die Lebensqualität und Lebenschancen der Menschen stehen im Mittelpunkt unserer Politik. Wir machen uns unglaublich wenn Rot-Grün in NRW ein Rettungspaket für Kommunen beschließt und in Thüringen mit den Stimmen der SPD Fraktion die Kommunen im starken Maße zur Haushaltskonsolidierung des Landes Thüringen herangezogen werden.

Kommunale Finanzen stärken – Wir brauchen eine Reform der Gewerbesteuer!

Wir Jusos setzen uns für eine nachhaltige finanzielle Besserstellung der Kommunen ein. Dafür schlagen wir folgende Reformschritte vor:

- **Wir brauchen eine breitere Bemessungsgrundlage für die Gewerbesteuer. Durch die stärkere Hinzurechnung von Fremdkapitalzinsen, Mieten, Pachten, Leasingraten und Lizenzgebühren zum Unternehmensgewinn wird die Gewerbesteuer weniger konjunkturabhängig. Mittelfristig soll die Gewerbesteuer durch Einbeziehung der Lohnsummen zu einer kommunalen Wertschöpfungssteuer weiterentwickelt werden.**
- **Kommunen müssen ein stärkeres Mitwirkungsrecht bei der Steuergesetzgebung des Bundes bekommen. Kommunen sind eigenständige**

politische Einheiten und keine Bittsteller gegenüber Land und Bund.

- **Kommunen müssen von den auch mit der Krise wachsenden Sozialausgaben, die ihnen in den letzten Jahren zugerechnet wurden, schnellstens entlastet werden. Dies trifft vor allem die Kosten der Unterkunft für ALG-II-Empfänger_innen, Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderung, sowie die Grundsicherung im Alter.**
- **Das Konnexitätsprinzip ist strikt einzuhalten, getreu dem Grundsatz „Wer bestellt, bezahlt“.**

D3

AUSBAU DER MITTE-DEUTSCHLAND-VERBINDUNG JETZT

Die Landesregierung wird aufgefordert, sich mit Nachdruck beim Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung für die Fortführung der Sanierungs- und Ausbaumaßnahmen auf der Mitte-Deutschland-Verbindung einzusetzen.

Ziel der Bemühungen muss die Fertigstellung des zweigleisigen, elektrifizierten Ausbaus der Trasse zwischen Erfurt und Gera bis zur Inbetriebnahme der ICE-Neubaustrecke Erfurt-Leipzig im Jahr 2015 sein, um die drohende vollständige Abkoppelung Thüringens vom Fernbahnnetz östlich von Erfurt abzuwenden.

Gleichzeitig wird die Landesregierung aufgefordert, über die landeseigene Nahverkehrsgesellschaft, eine Nachverdichtung durch mögliche weitere Haltestellen entlang der Trasse wohlwollend zu prüfen und bei positivem Ergebnis entsprechende Maßnahmen zu ergreifen.

D4

KENNZEICHNUNGSPFLICHT FÜR SCHLECHTE AUTOFAHRER_INNEN

AutofahrerInnen, die durch besonders schlechte Fahrweise und tadelnswertes Benehmen im Straßenverkehr auffallen, werden ab sofort Fahnen ausgehändigt. Die Fahnen sind an den Farben rot mit einem schwarzen Streifen oben und einem gelben Streifen unten zu erkennen. Die Fahnen müssen unbedingt gut sichtbar an eines der hinteren Fenster angebracht werden.

Bei wiederholtem Auffallen oder besonders schlechter Fahrweise, müssen zwei Fahnen angebracht werden.

Sollte es zu einem dritten Verstoß kommen, so sind unverzüglich Autospiegel-Fahnen in entsprechenden Farben anzubringen, um andere Verkehrsteilnehmer vor dieser grottigen Fahrweise zu warnen.

D6

SÜDTHÜRINGEN NICHT ABHÄNGEN – AUSBAU DER B62 VORANBRINGEN

Die Jusos Thüringen fordern die SPD auf, sich weiterhin für den Ausbau der Bundesstraße 62 in der Region um Bad Salzungen sowie deren Verlängerung über Schmalkalden bis zur Autobahnanschlussstelle Suhl/Zella-Mehlis einzusetzen. Diese Bundesstraße hat für Südthüringen eine große überregionale Bedeutung, da sie eine wichtige Verbindung nach Ost-Hessen darstellt.

D8

FLÄCHENBAHN STATT KORRIDORBAHN

Die Jusos Thüringen verfolgten gebannt die Debatte zum Börsengang der Deutschen Bahn AG. Darin ging es um sehr viele staatseigene Güter (Schienennetz, Grundbesitz und den Fahrzeugfuhrpark), und um viel Einfluss in der Verkehrspolitik, die für uns ein wichtiger Bestandteil der öffentlichen Daseinsvorsorge ist.

Schließlich konnte aufgrund der Krise des Kapitalismus der Supergau eines Börsenganges verbunden mit der Verscherbelung von Staatseigentum vorerst gestoppt werden.

Doch wohin steuert die Bahn aktuell?

Hier fehlt eine Prioritätensetzung seitens der Deutschen Bahn über die reinen Prestigeobjekte (ICE-Hochgeschwindigkeitstrassen, teure ICE-Knotenbahnhöfe, Expansion als weltumspannender Logistikkonzern) hinaus. So ist es trotz milliardenschwerer Investitionen mittels Steuergeldern nicht gelungen mehr Personen- bzw. Güterverkehr auf die Schiene zu bringen und die Bahn ist abseits der schicken neuen Bahnhöfe im ländlichen Raum oftmals nur noch ein Restverkehrsmittel. Damit erfüllt sie die eigentliche Kernaufgabe der „Grunderschließung des Landes“ mehr als mangelhaft.

Deswegen fordern wir eine Flächenbahn statt einer teuren prestigeträchtigen Börsenbahn, deren Aufbau sich nach unserer Vorstellung wie folgt gestaltet:

- Der Infrastrukturausbau erfolgt in zielgerichteter, systematischer Weise, die Investitionsmittel für den Infrastrukturausbau werden nicht länger in Milliardengräbern der Hochgeschwindigkeitstrassen verbaut, die nur von einem marginalen Prozentsatz der Bahnkunden genutzt werden und für den Güterverkehr gänzlich ungeeignet sind.
- Ein Netz, das entsprechend diesen Anforderung leistungsfähig ausgebaut ist umfasst folgende Leistungen: dezentrale und flexible Betriebssteuerung, 4-gleisigen Zulaufstrecken zwischen den urbanen Regionen, Lückenschlüssel und Wiederherstellung bereits stillgelegter Trassen, Beseitigung der Langsamfahrstellen.
- Schaffung neuer S-Bahnsysteme und Regionalbahnsysteme im Personen- und Güterverkehr, da 80 Prozent aller Bahnkunden im ÖPNV unterwegs sind und der Konzern auch damit den größten Gewinn erwirtschaftet.
- Dichter Bahntakte bei S- und Regionalbahnen.
- Engere Verzahnung des Angebotes von Bahn und Bus.
- Wiedereinführung eines kostengünstigen nationalen IR-System im Stundentakt, auf den Hauptrelationen im Halbstundentakt.
- Renaissance der vernachlässigten Bahnhöfe, ausgestattet mit Personal und Kundenservice.

Diese Kraftanstrengung kann jedoch nicht allein von einer Gebietseinheit gestemmt werden, deswegen setzten wir uns für einen weiteren Besitz der Bahn in Hand des Staates ein. Hierbei muss endlich Schluss sein, mit einer Unternehmensführung die völlig

losgelöst von den Interessen der Bürger agiert. Deswegen muss das jetzige Geschäftsmodell in seiner aktuellen neoliberalen Form zerschlagen werden und direkt der Gebietskörperschaft Bund überstellt werden

NACHHALTIGKEIT

E1

BEKENNTNIS ZUR NACHHALTIGKEIT DER JUSOS THÜRINGEN

Viele Aspekte begünstigen Klimaveränderungen, internationale soziale Ungerechtigkeit und die Vernichtung von Rohstoffen.

Täglich werden Ressourcen vernichtet, kostbare Erdölprodukte in Müllverbrennungsanlagen verbrannt, da dies billiger und einfacher ist als Recycling. 2003 wurde bundesweit das Dosenpfand eingeführt. Doch nach einigen Jahren Gewöhnungsphase ist heute ersichtlich, die Dose ist zurückgekehrt in die Regale und es wird willig Pfand gezahlt. Es ist notwendig, ein generelles Verbot für Einweggetränkeverpackungen zu erwirken. Zudem müssen Verpackungen recyclingfreundlicher gestaltet werden, z.B. werden viele Verpackungen aus Mischmaterialien verwendet, welche schlecht zu trennen und fast nicht recycelbar sind. Dies kann durch reduzierten Konsum und die Wiederverwendung von Recycling- oder Mehrwegverpackungen verhindert werden.

Der Ausstoß von CO₂ durch die Verbrennung von fossilen Brennstoffen führen mit vielen anderen Treibhausgasen zur irreversiblen Klimaverschiebung. Es ist essenziell den Ausstoß von CO₂ zu reduzieren, in dem von der Energiegewinnung aus fossilen Brennstoffe abgesehen wird. Hierzu ist es notwendig erneuerbare Energien zu Stromerzeugung zu nutzen und PKW mit Verbrennungsmotoren sukzessiv zu reduzieren.

Fleisch ist der Hauptbestandteil der traditionellen Thüringer Küche. Der Fleischverbrauch ist seit 1950 in Deutschland von 26,2 kg pro Jahr auf über 60 kg im Jahr 2007³ gestiegen. Trotz der Krise blieb der Fleischkonsum 2009, mit 60,5 kg⁴ konstant. Nach einer Studie der OECD wird der Fleischverbrauch

innerhalb der nächsten Jahre auf über 70 kg pro Person ansteigen. Fleisch hat sich als preiswertes Grundnahrungsmittel etablieren können. Dennoch fällt der Preis pro Kilo. Die ökologischen und wirtschaftlichen Auswirkungen eines solch hohen Konsums werden in öffentlichen Debatten jedoch nicht in befriedigendem Maß diskutiert. Das mag auch darauf zurückzuführen sein, dass die Folgen vor allem in der globalen Perspektive und nicht nur regional zu beobachten sind.

Durch die Erzeugung von tierischen und pflanzlichen Produkten werden innerhalb verschiedener Produktionsschritte große Mengen an Methan, Lachgas und Kohlendioxid durch die Landwirtschaft und Monokultur emittiert. Insgesamt kam die Landwirtschaft in Deutschland im Jahr 2005 auf 133,2 Mio. Tonnen Co₂-Äquivalent. Im gleichen Zeitraum verursachte die deutsche Eisen- und Stahlindustrie 43 Mio. Tonnen Co₂-Äquivalent, der Straßenverkehr 152 Mio. Tonnen. Daher sollte es Ziel sein, eine emissionsarme Landwirtschaft anzustreben und unvermeidbare Emissionen z.B. für Bio-Gas-Anlagen zu verwenden.

In allen Lebensmitteln versteckt sich virtuelles Wasser, in Fleisch mehr als in jedem anderen Nahrungsmittel.⁵ Der in den 1990er Jahren von dem englischen Geografen John Allen geprägte Begriff des virtuellen Wassers gilt als Meilenstein innerhalb der Umweltforschung und versinnbildlicht die Wassermenge, die bei der Erzeugung eines Produktes aufgewendet werden muss, bis es schließlich beim Endverbraucher ist. Für den Endverbraucher ist kaum vorstellbar, wie viel Wasser zur Erzeugung eines Produktes aufgewendet werden muss: im Durchschnitt verbraucht jeder Deutsche ca. 130 l Trinkwasser pro Tag, hinzu kommt noch die Wassermenge von etwa 4.000 l(!), welche erforderlich ist, um unsere Alltagsprodukte herzustellen - statistisch sind. Der letzte Wasserbericht der UN weist auf die steigende Wasserknappheit hin, welche vor allem die Menschen in ärmeren Ländern treffen wird. Eine Versorgung aller Menschen mit sauberem Trinkwasser ist in Zukunft bei einem sich nicht ändernden Verbraucherverhalten nicht mehr gewährleistet, wenn man berücksichtigt wieviel virtuelles Wasser in Fleisch gebunden ist.

Ein unverhältnismäßig hoher Anteil ist dabei auf die (herkömmliche) Fleischproduktion zurückzuführen. Dazu ein paar Zahlenbeispiele: zur Herstellung von 1

³ Vgl.: http://www.fleischerhandwerk.de/upload/pdf/GB08_Fleischverzehr.pdf. (Letzter Zugriff: 13.08.2010)

⁴ Vgl.: http://www.marktundpreis.de/ueber_ami/presse/2010_05_06_Fleischkonsum.asp (Letzter Zugriff: 14.08.2010)

⁵ Vgl. zum Thema Wasser: <http://blog.save-your-future.com/wp-content/uploads/2009/08/the-water-footprint-for-products.pdf>; http://www.wwf.de/presse/details/news/arme_menschen_in_der_wasserkrise/; http://www.virtuelles-wasser.de/das_projekt.html. (Letzter Zugriff: 14.08.2010)

kg Rindfleisch werden 15.500 l Wasser benötigt. Somit werden rein rechnerisch für einen Hamburger durchschnittlich 2.400 l Wasser aufgewendet. Zum Vergleich: Für 1 kg Tomaten werden ca. 184 l Wasser, für 1 kg Bananen 859 l und für 1 Glas Apfelsaft 950 l Wasser zur Erzeugung benötigt. 1 kg Rindfleisch benötigt also - vor allem im Vergleich zu pflanzlichen Produkten - eine überdurchschnittlich große Menge Wasser.

Der Fleischkonsum wird damit auch zum Ansatzpunkt innerhalb einer Politik, die sich zum Ziel gesetzt hat, Ressourcen zu sparen und einen nachhaltigen Umgang mit unserer Umwelt zu sichern. Überdies führt der Wassermangel zunehmend zu Wasserkrisen, was eine weitere Ursache für Konflikte innerhalb oder zwischen Staaten sein kann. Dem wachsenden Problem von Wasserkrisen können wir nur beikommen, wenn wir uns bewusst werden, wieviel Wasser in unseren täglichen Produkten steckt. Ein steigender Fleischkonsum ist deshalb die falsche Richtung und wird von den Jusos kritisiert.

Es sollte über den bedenklichen Wasserverbrauch hinaus auch bedacht werden, dass Nutztiere sich nicht nur von dem ernähren, was für den Menschen unverwertbar ist. Vielmehr werden Nutztiere mit sog. Kraftfutter (z.B. Getreide, Sojaschrot; usw.) gemästet. Diese „Veredelung“ pflanzlicher Nahrung zu tierischen Produkten stellt eine Verschwendung von Nährstoffen dar. Im Ergebnis haben wir Fleischprodukte, die ein Vielfaches an Energie für ihre Produktion benötigen und nur ein Weniger an Nährstoffen enthalten. Macht man diese Aussage an Zahlen fest, wird es besonders deutlich: kann ein Hektar Kulturland den Kalorienbedarf von neun Menschen decken, so werden durch dieselbe Fläche mit Viehzucht nur zwei Menschen ernährt.

Förderung der biologischen Landwirtschaft bzgl. Tierhaltung und Futtermittelanbau:

Laut einer Studie von foodwatch verursacht die Landwirtschaft etwa zehn Prozent der Treibhausgasemissionen in Deutschland. Bei Umstellung auf Ökolandwirtschaft mit entsprechendem Verzicht auf Mineraldünger und Pflanzenschutzmittel könnte man die Emissionslast um 65 Prozent (ca. 50 Mio. Tonnen) senken. Foodwatch hat in der Studie „Was kostet ein Schnitzel wirklich?“ von 2004 präzise errechnet, dass ein Schweineschnitzel aus konventioneller Haltung viermal soviel Treibhausgase wie eines aus ökologischer Haltung verursacht. Nur durch eine Umstellung und Förderung der Landwirtschaft auf ein mehr an Bio-Produkten können diese ökologischen Folgen landwirtschaftlicher Produktion stark reduziert

werden. Bio-Produkte werden immer bezahlbarer und es sollte angestrebt werden, dass sich künftig jeder diese leisten kann. Biofleisch ist nicht nur gesünder, sondern auch umweltschonender in der Herstellung. Deshalb muss an dieser Stelle ebenfalls intensivere Informations- und Aufklärungsarbeit geleistet werden, bspw. über den Verbraucherschutz, in den Medien oder direkt im Supermarkt. Es muss gelten Bio für alle, dies darf keine Sparte für Besserverdiener und Selbständige sein, denn soziale Gerechtigkeit umfasst alle Lebensbereiche und macht nicht an den Grenzen Deutschlands halt.

Die Auseinandersetzung mit der Problematik Nachhaltigkeit muss innerhalb des Bildungswesens und in der Zivilgesellschaft stattfinden. Im Lehrplan sind Themen der Nachhaltigkeit zwar vorgesehen, aber für eine intensive Auseinandersetzung ist zu meist kein Platz. Interesse am Umweltschutz muss fester in den Köpfen verankert werden, dies sollte über intensiveren Kontakt mit der Materie geschehen, vor Ort, Umwelt zu erleben. Hierzu können auch unabhängige Gruppen ihren Beitrag leisten. NGO's beschäftigen sich z.B. schon sehr lange mit dem Thema Nachhaltigkeit und sind auf diesem Gebiet bereits sehr erfahren. Alternative Bildungswege können zu dem viele Aspekte offen legen.

Nachhaltigkeit darf nicht mehr nur als Umweltschutz von wenigen verstanden werden. Es muss sich vielmehr um ein gesellschaftliches Gesamtziel handeln. Zudem müssen die breiteren Aspekte der Nachhaltigkeit Einzug in Bildung und Gesellschaft finden, denn es geht um mehr als die Reduzierung von Co2, es geht um die Zukunft von uns allen, der gesamten Weltgesellschaft.

Die Jusos Thüringen sind ein umweltbewusster, weltgewandter Jugendverband.

Wir Jusos stehen für eine gerechte Gesellschaft und nachhaltige Entwicklung. Mit dieser Einstellung dürfen wir nicht an den Grenzen Thüringens oder Deutschlands Halt machen. Die globalen Umweltprobleme und die ungerechte internationale Verteilung verurteilen wir aufs schwerste. Wir fordern internationale soziale Gerechtigkeit und eine gerechte Weltwirtschaft. Wir sind davon überzeugt, dass nur durch das Zusammenspiel von Veränderung im Kleinen und im Großen eine Neugestaltung der Gesellschaft stattfinden kann.

Der Konsum in unserer Gesellschaft steht diesen Zielen klar entgegen, da er weltweit stark zu Lasten der weniger entwickelten Länder geht. Das primäre Ziel sollte daher sein, z.B. Fleisch bewusster zu konsumieren und zu produzieren, um langfristig den Fleischkonsum und damit auch die Fleischproduktion

wieder zu senken. Sowie die Vernichtung anderer natürlicher Ressourcen, wie der Verbrauch von Papier und fossilen Brennstoffen. Auf dem Weg dahin sollte eine offene Diskussion zu dem Thema angeschoben werden, die das Bewusstsein der Verbraucher/-innen stärkt. In diesem Zusammenhang muss über die Folgen des Fleischkonsums, des Energieverbrauchs und die Vernichtung weiterer Rohstoffe aufgeklärt werden, um einen bewussten Umgang mit diesen herzustellen.

Die Jusos gehen mit gutem Beispiel voran. Daher verpflichten sich die Jusos Thüringen zu folgenden Maßnahmen:

- Es wird möglichst Recycling-Papier, als Druckpapier in jeglicher Form, für Flyer und Toilettenpapier verwendet.
- Grundsätzlich wird auf allen Veranstaltungen der Jusos vegetarisches Essen angeboten, auf Anfrage können Alternativen gewählt werden. Die Jusos Thüringen beteiligen sich an der Kampagne zum Veggietag.“
- Grundsätzlich werden Reisekosten nur bei Anreisen mit ÖPNV erstattet.
- In den Räumlichkeiten, sowie bei Veranstaltungen wird auf Mülltrennung geachtet.

Die Jusos Thüringen fordern die SPD Thüringen im Weiteren auf, die oben genannten Punkte zu übernehmen. Weiterhin fordern wir die SPD-Fraktion im Landtag auf:

- den ökologischen Landbau in Thüringen stärker zu fördern,
- den öffentlichen Personenverkehr, besonders die Ost-West-Trasse, zu verbessern,
- Erneuerbare Energien in Thüringen zu fördern und eine möglichst schnelle Unabhängigkeit von fossilen Brennstoffen zu schaffen,
- den Ökotourismus zu stärken,
- selbstverwaltete und kreative Freiräume zuzulassen und zu fördern,
- eine stärkere Kooperation mit Umweltverbänden einzugehen,
- einen thüringenweiten Tag der Nachhaltigkeit einzuführen, an welchem Informationsveranstaltungen und Projekttag in den Bildungseinrichtungen stattfinden.

E2

DEZENTRALE ENERGIE – FÜR KLEINKONZESSIONEN

Energie als öffentliche, konzernfreie, regenerative Aufgabe

Energie muss für alle bezahlbar und ökologisch verträglich bleiben. Dazu fordern wir kompromisslos den schrittweisen Atomausstieg entsprechend dem 1999 vereinbarten Restlaufzeiten deutscher Kernkraftwerke.

Derzeit kommen bei den VerbraucherInnen hauptsächlich steigende Energiepreise an. Das Monopol der großen Energiekonzerne verhindert eine wachsende energiewirtschaftliche Eigentätigkeit von Kommunen und Kleinerzeugern im Bereich Strom-, Wärme- und Trinkwasserbereitung. Daher treten wir für eine Marktregulierung ein, die regenerative Energieeinspeisung kleiner Erzeuger ermöglicht und spekulationsbedingte Preisgestaltung der 4 großen Energiekonzerne unterbindet. Schon jetzt gibt es erste Musterbeispiele „autarker“ Kommunen¹ oder auch unabhängige Verbundnetzregionen: Sie erzeugen autark Energie und Heizmedien, behandeln ihr Wasser und Abwasser selbst.

Formen der Bürgerbeteiligung an regenerativen Energieanlagen und Kraft-wärme-kopplungsanlagen in Stadtquartieren soll vorangetrieben werden: Über Anteilsscheine partizipieren und investieren Bürgerinnen und Bürger so in regenerative und preisstabile „Energieanlagen“.²

Die Handlungsspielräume der Stadtwerke und kleinen Energieversorger müssen erhalten und ausgebaut werden, statt durch die Bundesnetzagentur behindert werden.

Die Rekommunalisierung von Stadtwerken, soweit nicht ausschließlich in öffentlicher Hand (Sonderfall Thüringen), ist ein wichtiger Schritt hierfür. Mit kommunalen Stadtwerken ist eine zuverlässige, dezentrale, nachhaltige und Energieversorgung möglich, die sich an lokale, regenerative energetische Gegebenheiten anpasst.

Nur durch demokratisch kontrollierte Stadtwerke kann, bei entsprechenden Rahmenbedingungen, Preisstabilität und Konzernunabhängigkeit garantiert werden. Zum anderen können kommunale Energieerzeuger dezentral auf vorhandene regenerative Ressourcen vor Ort besser und

nachhaltiger (entsprechend Vorhandensein von Wasserkraft, Biomasse, Wind oder Sonne) zurückgreifen.

Zur Zeit macht die Bundesnetzagentur BNA den Energieerzeugern Auflagen³ bezgl. Mindestversorgungsgröße, Versorgungssicherheit, Umweltverträglichkeit und Effizienz, die Klein- und Kleinsterzeugern unter Fusionsdruck stellt und es ihnen unmöglich macht, sich am liberalisierten Energiemarkt zu behaupten. Von der Liberalisierung des Strommarktes profitieren de facto z.Zt. lediglich die 4 großen Stromkonzerne. Wir Jusos fordern die BNA auf, zumindest die marktbehindernden Auflagen zu lockern – sie verhindert somit jede dezentrale, regenerative und nachhaltige Energieerzeugung. Indirekt werden die 4 Stromkonzerne so vor Konkurrenzdruck geschützt. Wir stehen für ein Aufbrechen des derzeitigen Monopols und eine Regionalisierung der Energieproduktion. Die Verantwortung für essentielle Grundbedürfnisse darf nicht in den Händen von 4 Konzernen liegen – vielmehr müssen sie auf wettbewerbsverträgliches Maß reduziert werden, um kleinen Anbietern regenerativer Energie die Chance eines Zugangs zu Netz und Markt zu erleichtern. Die bisherige Verwaltung der Netze über die großen Energieanbieter schadet der regionalen und regenerativen Energieerzeugung, dem Preisniveau und durch den fossilen Strommix auch dem Klimaschutz.

Für uns gehört Energieversorgung zur öffentlichen Daseinsvorsorge, welche nicht ausschließlich von privater Hand übernommen werden darf. Ziel ist für uns ein europäisches, dezentrales Energienetz unter Bürgerbeteiligung³ und eine Gewährleistung sauberer und sicherer Energie zu erschwinglichem Preis.

Die Liberalisierung des Strommarktes hat nicht zu dem gewünschten Wettbewerb am Strommarkt im Sinne des Verbrauchers geführt, sondern führte vor allem zu einer Gewinnsteigerung und Marktbeherrschung der 4 Stromkonzerne.

Bisher wird das Netz bei Überlast aus Sicherheitsgründen abgeschaltet und überschüssige Energien werden geerdet⁴. Zum Schutz vor Über- und Unterlast und zur Koordinierung der vielen Einspeisestellen regenerativen Energie in Europa benötigen wir eine unabhängige, europäische Verbundnetzgesellschaft, die das gesamteuropäische Stromnetz zentral verwaltet, wartet und ausbaut: Z.B. benötigt Europa zur Nutzung von europäischer Wasserkraft im Norden (fällt nachts an) und europäischer Solarenergie im Süden (fällt tags an) vertikale Verbundnetztrassen. Diese stärken durch Ausgleich der Tag-Nachtschwankungen europaweit

die regionale, regenerative Energieerzeugung. So wird z.Zt. europäischer Stromüberschuss aus nächtlicher Windkraft in Österreichischen Pumpwasserspeichern gespeichert. Konkret wird deshalb die 980 KV-Verbundleitung durch Europa gebraucht, um Tag-Nacht-Schwankungen auszugleichen und Verbräuche und Überschüsse durch regenerative Energien zu kompensieren. Dies gehört zu einem europ. Energiekonzept aus nachhaltigen Gründen dazu. Dadurch werden auch die Bedingungen für eine dezentrale Energieversorgung aus erneuerbaren Energien verbessert. Um die Verwaltung der Netze neutral und fair zu koordinieren stehen wir für die Gründung einer unabhängigen europ. Netzgesellschaft, deren mehrheitliche Anteile je nach lokalem Konzessionsvertrag den regionalen Energieerzeugern (und Kommunen) unterstellt sind. Nach Ablauf der i.d.R. 20-jährigen Konzession kann somit die lokale Energieerzeugerlizenz (entsprechend Bewerbung) auch an andere Erzeuger oder Kommunen wechseln. Dies kommt einer Demokratisierung des Strommarktes nahe. Kontrolliert werden soll diese Netzgesellschaft von der Bundesnetzagentur und der Bundesregierung.

1 Misslareuth im Vogtland oder das brandenburgische Feldheim sind dank eigener kommunaler Wind-, Sonnen- und Biogaserzeugung völlig autark von überregionalen Energie- und Wärmeerzeugern

2 In Offenburg beteiligt die kommunale SOH-Genossenschaft über Anteilsscheine die BürgerInnen an Solardächern in ihrem eigenen Wohnquartiere

3 Mit Umsetzung der europäischen Beschleunigungsrichtlinien für Strom und Gas für mehr Wettbewerb im liberalisierten [Energemarkt](#) (harmonisiertes Energierecht der EG) wurde das [Energiewirtschaftsgesetz](#) EnWG 2005 überarbeitet. Besonderes Merkmal ist nun, dass die Bundesnetzagentur nun auch die Aufsicht über die [deutsche Energiewirtschaft](#) für die Strom- und Gasmärkte übernahm. Ihre wesentliche Aufgabe ist dabei die Kontrolle und Genehmigung der [Netznutzungsentgelte](#)/Durchleitungsentgelte und der Schaffung des Zugangs zu Stromversorgungs- und Gasnetzen, Versorgungszwang (Kontrahierungszwang), Missbrauchsaufsicht und Netzstabilität. Damit wurden wesentliche Auflagen hinsichtlich Versorgungssicherheit, Effizienzsicherstellung, Entflechtung der verschiedenen Netzbereiche (Unbundling), Anreizregulierung und Systemverantwortung der Versorgungsnetzbetreiber gesetzlich korsettiert. Der Netzbetrieb ist als [natürliches Monopol](#) Gegenstand zahlreicher staatlicher Eingriffe: Den sonst durch den Markt geregelten Bereichen wie der Preisbildung und der unternehmerischen Aufgabengestaltung werden durch das EnWG erhebliche Grenzen gesetzt; das EnWG greift nicht zuletzt erheblich in die Struktur der Netzunternehmen ein.

4 nach TEAG

E4

ENERGIEPOLITISCHES KONZEPT

Der Landesvorstand wird gebeten, bis zur Landeskonzferenz 2011 ein energiepolitisches Konzept unter Einbeziehung der Mitglieder zu erarbeiten.

Neben der aktuellen politischen Diskussion sollen auch vorhandenen Beschlusslagen kritisch überprüft, fortgeschrieben bzw. revidiert werden.

ANTIFASCHISMUS

F2

STRASSENAMEN UMBENNEN

Straßen, die nach Personen benannt sind, die in ihrem öffentlichen Wirken gegen die unverbrüchlichen Ideen der Menschenrechte, der Freiheit und Gerechtigkeit sowie der demokratischen Ideale verstoßen haben, sind umzubenennen. Genauso sollen Straßen umbenannt werden, die offensichtlich rassistische Begriffe tragen.

GLEICHSTELLUNG

G1

FÜR EINE KONSISTENTE GLEICHSTELLUNGSPOLITIK – GEGEN DAS MODELL DES MÄNNLICHEN ALLEINERNÄHRERS

Familienpolitik als Gleichstellungspolitik

Seit Familienministerin Renate Schmidt (SPD) in der zweiten Legislaturperiode der rot-grünen Bundesregierung zwei Gutachten zur „Nachhaltigen Familienpolitik“ erstellen ließ, hat sich das beherrschende Leitbild in der Gleichstellungspolitik entscheidend gewandelt. Wurde bis dahin Gleichstellung vor allem als Frauenförderung verstanden, wurde ab diesem Zeitpunkt

Gleichstellungspolitik zunehmend in die Familienpolitik integriert. Wenngleich in der rot-grünen Regierung die, in den Gutachten vorgeschlagenen, Maßnahmen nicht umgesetzt wurden, hatten sie doch einen nachhaltigen Einfluss auf die Familienpolitik der Großen Koalition ab 2005. So lehnte sich vor allem die Einführung des Elterngeldes an die in den Gutachten vorgeschlagenen Modelle an.

Aktive Bevölkerungspolitik

Ein Novum der Nachhaltigen Familienpolitik ist, dass sie als aktive Bevölkerungspolitik angelegt ist, welche als explizites Ziel verfolgt, die Geburtenraten in Deutschland zu steigern. Wenngleich die Debatte um die demographische Zukunft Deutschlands vor allem unter dem Aspekt der Finanzierung der Sozialsysteme geführt wurde, sollte es dennoch zu denken geben, dass von staatlicher Seite, aus erstmals seit der nationalsozialistischen Diktatur, wieder eine Politik forciert wird, welche die Geburtenraten aktiv steigern möchte.

Ein weiterer neuer Aspekt dieser Familienpolitik ist, dass Gleichstellung vor allem unter dem Aspekt der Vereinbarkeit von Familie und Beruf betrachtet wird. Dabei besteht das erklärte Ziel – neben der bereits erwähnten Steigerung der Fertilität – darin, die Gleichheit der Geschlechter zu fördern, indem die Frauenerwerbstätigkeit erhöht und die Beteiligung von Männern an der Familienarbeit gesteigert wird. Zugrunde liegend ist dabei die Annahme, dass ein Großteil von Frauen zwar Kinder bekommen möchte, dies aber aufgrund ungünstiger Rahmenbedingungen nicht tut. Dabei wird der Fakt übersehen, dass in zunehmendem Maße auch Männer einen Kinderwunsch zurückstellen, weil sie sich dadurch auf die Rolle des Alleinernährers reduziert sehen.

Der konservative Wohlfahrtsstaat

Nach dem Modell des dänischen Politikwissenschaftlers Gösta Esping-Andersen lässt sich Deutschland als konservativer Wohlfahrtsstaat beschreiben, der eine spezifische Geschlechterrollenteilung nach Art eines männlichen Alleinernährermodells aufweist. Männern kommt dabei die Rolle des Familienversorgers zu. Sie sollen Arbeit nicht in sondern für die Familie leisten, was sich vor allem in ihrer Funktion als Geldbeschaffer manifestiert. Im Gegensatz dazu ist die soziale Rolle der Frauen auf die Familienarbeit zugeschnitten. So kommt beispielsweise auch der vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend erstellte Gender Datenreport zu dem Schluss: „Die Erwerbsbiografien von Frauen sind enger an ihre

familiäre Lebenssituation gekoppelt als die der Männer. Bei Männern sind familienbedingte Erwerbsunterbrechungen bisher kaum zu beobachten.“ Dieser Schluss bestätigt sich auch, wenn man betrachtet, dass zwar 77Prozent der verheirateten Männer erwerbstätig sind, aber Frauen nur zu 59Prozent einer Erwerbsarbeit nachgehen. Bei einer Differenzierung nach Arbeitszeit wird dieser Schluss noch offensichtlicher. Der Gender Datenreport offenbart: „Teilzeitarbeit ist eine "weibliche Domäne". Abhängig erwerbstätige Frauen stehen 2004 zu 43 Prozent in Beschäftigungsverhältnissen von 31 Stunden die Woche und weniger. Bei den Männern sind dies nur 7 Prozent.“ Weiterhin wird außerdem festgestellt, dass die Teilzeitquote vor allem bei den Arbeitnehmerinnen konstant ansteigt.

Diese asymmetrische Verteilung der Erwerbsarbeit ist ein spezifisches Charakteristikum des konservativen Wohlfahrtsstaatsmodells. Wir Jusos fordern stattdessen, dass eine konsistente Gleichstellungspolitik das Ziel haben muss, dieses Modell zu transformieren. Dabei steht für uns ein Doppelpersorger_innenmodell als zu erreichendes Ziel, bei welchem Familien- und Erwerbsarbeit zwischen beiden Partner_innen egalisiert sind. Im Sinne einer solchen Gleichstellungspolitik müssen Instrumente, die das männliche Alleinversorgermodell erhalten, beseitigt werden und im Gegenzug Maßnahmen geschaffen werden, die Frauen zu einer gleichberechtigten Teilhabe an der Erwerbsarbeit befähigen. Auch im Hinblick auf die Familienpolitik müssen diese Grundsätze Anwendung finden. Nur so lassen sich Geschlechterrollenbilder nachhaltig beseitigen.

Das Elterngeld: sozial-selektive Geburtenkontrolle

Mit der Einführung des Elterngeldes durch die Große Koalition im Jahr 2007 wurde die alte Regelung des Erziehungsgeldes abgelöst. Nach dem neuen Modell werden 67Prozent des durchschnittlichen Monatsnettoeinkommens des letzten Jahres vor der Geburt als Elterngeld ausgezahlt. Der Satz ist auf 1.800 Euro gedeckelt. Für Menschen die im Jahr vor der Geburt keiner Erwerbstätigkeit nachgingen, wird ein Sockelbetrag von 300 Euro monatlich ausgezahlt. Weiterhin besteht für die Eltern im Jahr nach der Geburt die Möglichkeit, einer Teilzeiterwerbstätigkeit nachzugehen, wobei die Differenz zum durchschnittlichen Einkommen zu 67Prozent ersetzt wird. Eine wesentliche Neuerung ist daneben die Einführung von Partner_innenmonaten, die den Erhalt der vollen 14 Monate Elterngeld daran koppeln, dass ein_e Partner_in mindestens 2 Monate für die

Kinderbetreuung verantwortlich ist. Die Verteilung der Elternzeitmonate kann flexibel zwischen den Partner_innen erfolgen. Empfänger_innen von Arbeitslosengeld II erhalten seit dem Sparpaket der Bundesregierung im Juni 2010 kein Elterngeld mehr.

Zunächst ist offensichtlich, dass sich im Unterschied zum Erziehungsgeld einige Veränderungen feststellen lassen. So wurde die Bezugsdauer der staatlichen Förderung halbiert. Außerdem handelt es sich nun nicht mehr um ein Instrument, welches einen sozialen Ausgleich zwischen einkommens-starken und einkommensschwachen Familien schaffen möchte. Stattdessen sollen Anreize für die Eltern geschaffen werden, möglichst schnell in eine Erwerbsarbeit zurückzukehren. Wir begrüßen es daneben ausdrücklich, dass das Elterngeld unabhängig von der Art der Partner_innenschaft ausgezahlt wird und daher beispielsweise auch Alleinerziehenden zur Verfügung steht.

Allerdings sind mit der Art der Ausgestaltung auch spezifische Probleme verbunden. So sorgt vor allem die im europäischen Vergleich niedrige Lohnersatzquote von 67Prozent⁶ dafür, dass sich Geschlechterrollenbilder weiter verfestigen. So liegt es für Partner_innen nahe, aufgrund des Lohngefälles von rund 23Prozent zwischen den Geschlechtern zulasten von Frauen, den höheren Arbeitslohn zu realisieren. Dies führt dazu, dass das Elterngeld vor allem von Frauen in Anspruch genommen wird. 3 Jahre nach der Einführung nehmen zwar bereits 20Prozent der Männer die Partner_innenmonate in Anspruch, allerdings ist eine Gleichverteilung zwischen den Partner_innen eher untypisch und auch die Höchstbezugsdauer von 12 Monaten wird nur von 1Prozent der Männer in Anspruch genommen.

Daneben kritisieren wir die Festlegung, dass keine zwingende Parität für die Verteilung der Elternzeit besteht. Dadurch werden die vorhanden Geschlechterrollen zementiert. Wie die oben angeführten Zahlen beweisen, wird die überwältigende Mehrheit der Elternzeit von Frauen geleistet, wodurch sie in eine soziale Rolle als Familienarbeiter_innen gedrängt werden. Auch wenn Frauen trotz Geburt eine Karriere anstreben, erweist es sich als rational, dem Partner dieses Privileg vorzubehalten, weil zu erwarten ist, dass dieser das höhere Einkommen erwirtschaftet und sich auch der zu erwartende Einkommensverlust nicht kompensieren lässt, wenn stattdessen der Mann den Großteil der Elternzeit beansprucht.

⁶ In Schweden beträgt die Lohnersatzquote 80% und in Estland werden sogar ein Jahr lang 100% Elterngeld bezahlt.

Die spezifische Konstruktion des deutschen Elterngeldes trägt auch dazu bei, dass in der Privatwirtschaft ein Abbau der Geschlechterrollen eher schwierig zu bewerkstelligen ist. Noch immer wird von Männern erwartet, dass sie die Rolle des männlichen Alleinernährers aufrecht erhalten. Nur so ist es zu erklären, dass auch drei Jahre nach der Einführung des Elterngeldes der Anteil der Väter, welche das Elterngeld in Anspruch nehmen, zwar kontinuierlich gestiegen ist, aber trotzdem vergleichsweise niedrig liegt. Außerdem bestätigen Erfahrungsberichte, dass Väter es deutlich schwerer haben, in Unternehmen ihren Anspruch auf Elternzeit durchzusetzen und das dies häufig mit schlechteren Karrierechancen einhergeht. Auch dieses Indiz ist eine Erklärung, warum bisher so wenige Väter ihren Anspruch auf Elterngeld umsetzen. Familienpolitisch muss daneben eine Entwicklung stattfinden, die sich davon wegbewegt, die Frage der Vereinbarkeit von Beruf und Familie vor allem als Problem von Frauen zu verstehen. Diese Sichtweise reduziert Frauen auch weiterhin auf das Gebären und spricht Männer von ihrer Verantwortung für die Familie frei. Ein egalisiertes Geschlechterverhältnis ist auf diesem Wege nicht zu bewerkstelligen.

Die größte Problematik liegt allerdings darin, dass das Elterngeld sozial-selektiv wirkt. Dadurch, dass der Satz des Elterngeldes einkommensabhängig gestaltet ist, bietet er vor allem für Familien aus oberen Einkommensschichten einen Anreiz, Kinder zu bekommen. Allerdings zeigen Studien auch, dass für Eltern aus diesen Schichten Karriere und Beruf als nicht synchronisierbar aufgefasst werden. Es ist daher nur eine notwendige Folge, dass die Einführung des Elterngeldes bisher sein Ziel, die Geburtenrate zu erhöhen, nicht erreicht hat. In unteren Einkommensschichten wirkt die verminderte Bezugsdauer dagegen abschreckend, um Kinder zu bekommen.

Damit der soziale Selektionsmechanismus des Elterngeldes aufgehoben wird, fordern wir neben einer Anhebung des Mindestsatzes die sofortige Wiedereinführung des Elterngeldes für Arbeitslosengeld-II-Empfänger_innen. Daneben fordern wir außerdem, dass die Lohnersatzquote auf 100 Prozent angehoben wird und gleichzeitig die Verteilung der Elternmonate, außer für Alleinerziehende, zwingend paritätisch zu erfolgen hat. Dadurch wird einerseits gewährleistet, dass es Unternehmen nicht möglich ist, ihre Mitarbeiter_innen gegen ihren Willen von der Elternzeit fernzuhalten und außerdem ist für Familien ein relativer Einkommensverlust nicht mehr die notwendige Folge, wenn der Mann das Elterngeld in Anspruch nimmt.

Das Lohngefälle zwischen den Geschlechtern würde dadurch kompensiert werden.

Gute Betreuung sichern

Allerdings korrelieren die Unzulänglichkeiten des Elterngeldes auch mit dem Problem einer schlecht ausgebauten Betreuungsinfrastruktur für Kinder. So in Deutschland haben nur 20 Prozent der unter Dreijährigen überhaupt die Möglichkeit, ein Betreuungsangebot wahrzunehmen. Die Bundesregierung hat sich verpflichtet, die Infrastrukturen bis 2013 massiv auszubauen und von da an für Kinder, welche das erste Lebensjahr vollendet haben, einen Betreuungsplatz zu garantieren. Eltern erhalten somit einen Rechtsanspruch auf Kinderbetreuung. Allerdings verkennt dies das Problem, dass das deutsche System vor allem auf Halbtagsbetreuung ausgelegt ist. Im Schnitt haben deutsche Kindergärten vier Stunden täglich geöffnet. Um Müttern die Aufnahme einer Vollzeiterwerbstätigkeit zu ermöglichen, bedarf es daher verstärkt Ganztagsangeboten, da sich ansonsten eine Vereinbarkeit von Vollzeiterwerbstätigkeit und Familie nicht vereinbaren lässt.

Darüber hinaus fordern wir Jusos, dass es bereits ab dem Tag der Geburt einen Rechtsanspruch auf Kinderbetreuung gibt und lehnen die Einführung eines staatlichen Betreuungsgeldes⁷ ab 2013 ab. Wenngleich wir die Verantwortung der Eltern für ihre Kinder achten, sind wir dennoch der Meinung, dass sich auch Karriere und Familie vollstens miteinander vereinbaren lassen müssen. Insbesondere für Mütter mit hoher Qualifikation wirkt die Unterbrechung der Erwerbstätigkeit nach der Geburt als Karrierehemmer. Um nicht nachhaltig den Karriereweg zu gefährden und um Individualität zu gewährleisten, stellen wir sicher, dass Eltern auch schon kurz nach der Geburt die Möglichkeit haben, ihr Kind extern betreuen zu lassen. Mit Verantwortungslosigkeit hat dies jedenfalls nichts gemein, weil es keine Kausalität zwischen einer schlechteren Eltern-Kind-Beziehung und externer Betreuung gibt, wie neurologische Studien beweisen.

Eheprivilegien beseitigen

Ein wesentliches Element, welches das männliche Alleinernährermodell in Deutschland zementiert, ist das Ehegattensplitting. Dieses funktioniert so, dass die Einkommen beider Eheleute addiert und der Gesamtbetrag anschließend halbiert und auf beide Ehepartner_innen gleich verteilt wird. Anschließend

⁷ Dieses wird von der CDU gefordert.

zahlen beide Partner_innen entsprechend ihres fiktiven Einkommens den Einkommenssteuersatz nach der Einkommenssteuergrundtabelle.

Die Ausgestaltung des Ehegatt_innensplittings sorgt dafür, dass eine möglichst asymmetrische Einkommensverteilung die größte Steuerersparnis verspricht. Dadurch wird vor allem ein Modell gefördert, bei dem ein_e Ehepartner_in kein Einkommen hat⁸ und der/die andere Partner_in über einen hohen Lohn verfügt. In der Praxis wird dadurch die männlich Alleinverdienerehe gefördert, was die Ehepartnerin in ein Abhängigkeitsverhältnis zum Mann stellt. Evidenz erhält diese Beobachtung durch die im europäischen Vergleich geringe Frauenerwerbstätigkeit. In Schweden liegt diese beispielsweise mit 77Prozent deutlich höher als in Deutschland.

Das Festhalten am Ehegatt_innensplitting gestaltet sich auch in der Weise problematisch, als nur Ehen davon begünstigt werden. Gerade weil sich das klassische Familienbild in Deutschland immer weiter transformiert, ist ein Festhalten daran antagonistischer Natur. Konservative Kreise stützen sich vor allem deshalb auf das Ehegatt_innensplitting, um die Erziehungsarbeit von Ehepartner_innen – welche in der Regel von Frauen geleistet wird – zu würdigen. Allerdings ist es problematisch, die Anerkennung der Erziehungsarbeit nur Eheleuten zuzugestehen, weil ein wachsender Anteil von Kindern nicht mehr in Ehehaushalten lebt. Beispielsweise wohnten im Jahr 2005 15,3Prozent der minderjährigen Kinder in Haushalten allein Erziehender und 6,7Prozent bei nichtehelichen oder gleichgeschlechtlichen Lebensgemeinschaften. Auch ist die Heiratswahrscheinlichkeit in den letzten 40 Jahren stark gesunken und das Heiratsalter steigt signifikant an. Gerade weil in Deutschland bei rückläufiger Tendenz im Jahre 2002 nur 45,6Prozent der Bevölkerung verheiratet waren, hat die Ehe als klassische Partner_innenschaft an Bindungskraft verloren. Eine weitere exklusive Förderung der Ehe ist damit für uns nicht haltbar.⁹ Neben Deutschland verfügt nur Luxemburg über das Ehegatt_innensplitting.

Um das Abhängigkeitsverhältnis von Frauen in Alleinverdiener_innenehen zu beseitigen, fordern die Jusos Thüringen die Abschaffung des Ehegatt_innensplittings und die Ersetzung durch ein Individualbesteuerungssystem. Dabei wollen wir, dass Steuergrundfreibeträge nicht auf den/die Partner_in

übertragbar sind, weil dadurch wiederum Alleinverdiener_innenpartner_innenschaften gefördert werden.

Zusätzlich sprechen wir uns gegen jegliche Form des Familiensplittings aus, weil dadurch die traditionelle Rolle der Frau als Hausfrau und Mutter weiter aufrechterhalten wird. Das Familiensplitting hat außerdem wie das Elterngeld einen Sozialdifferenzierungseffekt, weil Familien mit geringem oder fehlendem Einkommen nicht erreicht werden. Zusätzlich sind die zu erwartenden Beschäftigungseffekte für Frauen, welche die Union gern konstatiert, marginal. Mikrosimulationsstudien gehen davon aus, dass mit einem Familiensplitting bestenfalls 60.000 Mütter zur Aufnahme einer Erwerbsarbeit ermutigt werden.

Die Beseitigung des Ehegatt_innensplittings ist alternativlos, weil sie ein exklusives Vorrecht für Menschen schafft, die sich einem konservativen Familienleitbild verschreiben. Homosexuelle Lebensgemeinschaften sind von diesem Vorteil ebenso ausgenommen wie Alleinerziehende.

Wir wollen mehr!

Für uns Jusos steht fest: das Festhalten am konservativen Wohlfahrtsstaatsmodell mit seiner tradierten Geschlechterrolle ist der Emanzipation von Frauen abträglich. Wir bekennen uns deshalb zu allen Maßnahmen, die einer Beendigung dieser Geschlechterrolle entgegen streben. Im Sinne einer konsistenten Gleichstellungspolitik sprechen wir uns daher für eine Reform des Elterngeldes und für die Beseitigung der exklusiven Vorteile für die Ehe aus.

Daneben ist für aber auch klar: Gleichstellung ist für uns keine Aufgabe, die sich in der Vereinbarkeit von Familie und Beruf erschöpft. Die gleichgestellte Einbindung von Frauen in die Erwerbsarbeit ist das geeignetste Mittel, um ihre Emanzipation zu verwirklichen. Wir kritisieren deshalb aufs Schärfste die einseitige Fokussierung auf die Familienpolitik als Gleichstellungsinstrument. Als verschleierte Geburtenkontrollpolitik verschafft sie bestenfalls einem kleinen Teil von Frauen eine exklusive Emanzipation und verwehrt diese Angehörigen unterer Einkommenschichten. Wir bleiben der Auffassung: Emanzipation darf kein Vorrecht für einige wenige sein, sondern muss als gesamtgesellschaftliche Aufgabe begriffen werden. Außerdem darf Gleichstellungspolitik nicht als Instrument der Geburtenkontrolle missbraucht werden.

⁸ Es handelt sich dabei praktisch nur um Frauen.

⁹ Man beachte auch, dass das Ehegatt_innensplitting nicht Familien mit Kindern, sondern ausschließlich den Bestand der Ehe als solcher fördert.

Wir wollen darüber hinaus, dass Gleichstellung endlich als Querschnittsaufgabe verstanden wird. Dafür bedarf es spezifischer Elemente der Frauenförderung, wie beispielsweise 50Prozent-Quotierungen für die Führungsgremien von Unternehmen. Wir bekräftigen aber daneben auch, dass wir durch öffentliche Auftragsvergabe Firmen begünstigen wollen, die sich nachweisbar und nachhaltig um die Gleichstellung der Geschlechter bemühen.

Schlussendlich darf sich Gleichstellung aber auch nicht an den scheinbar biologischen Geschlechtern aufhalten. Wir fordern deshalb außerdem, dass homosexuelle Partner_innenschaften den heterosexuellen Partner_innenschaften grundsätzlich und umfassend gleichgestellt werden und sprechen uns gegen jegliche Diskriminierung aufgrund der sexuellen Orientierung aus.

G2

GESCHLECHTERGERECHTE SPRACHE – ABER RICHTIG!

Was wir schon machen

Immer wieder stellt sich uns Jusos die Frage, wie Gleichstellung wirklich zu erreichen ist. Bisher stützen wir uns dabei unter anderem auf Quotenregelungen, um die scheinbar biologischen Geschlechter gleichzustellen. Daneben verwenden wir zum Beispiel eine geschlechtersensible Sprache.

Bisher orientiert sich jedoch unser Sprachgebrauch in Anträge nur an den scheinbar biologischen Geschlechtern, ohne dabei zu reflektieren, dass die Postulierung von zwei biologischen Geschlechtern der Realität nicht gerecht wird.

Wir müssen besser werden

Mit ihrem bedeutenden Werk „Das Unbehagen der Geschlechter“ – welches unter anderem als Grundlage der Queer-Studies gilt – hat Judith Butler erstmals nachgewiesen, dass die Unterstellung einer binären Geschlechterordnung unsinnig ist und eine große Zahl von Menschen diskriminiert. Wenn in der heutigen Gesellschaft von Männern geredet wird, wird damit automatisch eine „intelligible Geschlechtsidentität“ in Verbindung gebracht. Damit ist gemeint, dass unter Mann ein spezifisch heterosexueller Mensch verstanden wird. Dies ergibt sich aus der gesellschaftlich als Norm dargestellten

Heterosexualität (Heteronormative Matrix), welche bei den Mitgliedern der Gesellschaft die Vorstellung weckt, dass Gesprächspartner_innen grundsätzlich heterosexuell sind, sofern sie nicht offensichtlich gemacht haben, dass sie diese Vorstellung nicht umsetzen. Das gleiche Bild ergibt sich übrigens auch mit dem Term Frau.

Das anatomische Geschlecht Mann ist ohne sein Gegenüber Frau nicht zu denken. Damit verbunden ist die spezifische Reproduktionslogik. Durch die gesellschaftliche Heteronormativität werden andere mögliche Konfigurationen der anatomischen Geschlechter, bspw. Transgender, Schwule und Lesben, unsichtbar gemacht. Sie tauchen damit im öffentlichen Raum praktisch nicht auf und werden, sofern sie im Diskurs doch präsent sind, als abweichend von der Norm wahrgenommen.

Weiterhin lässt sich aber auch feststellen, dass das biologische Geschlecht sich nicht in zwei eindeutig bestimmbar Kategorien fassen lässt. Intersexuelle Menschen sind hier das beste Beispiel dafür.

Wie wir das umsetzen

Für uns Jusos gilt: Sprache macht Wirklichkeit. Bisher nutzen wir eine geschlechtergerechte Sprache, die sich an das scheinbar biologische Geschlecht anlehnt. Wir wissen aber, dass auf der gesellschaftlichen Ebene ein Automatismus besteht, aus dem anatomischen Geschlecht die Geschlechtsidentität abzuleiten, auch wenn dies vielfach nicht gerechtfertigt ist. Wir erkennen auch an, dass das Geschlecht keine natürliche Kategorie ist, sondern alltäglich durch uns selbst reproduziert wird. Deshalb gilt für uns: geschlechtergerechte Sprache darf sich nicht an der binären Geschlechterordnung aus Mann und Frau orientieren. Wir setzen uns deshalb dafür ein, dass die bisher vorhandene Gendervariante mit Binnen-I durch eine Schreibweise mit Unterstrich ersetzt wird. Durch den Unterstrich werden all jene Menschen repräsentiert, die sich durch die Kategorisierung der heteronormativen Sprache nicht abbilden lassen.

Wir wirken darauf hin, dass in Zukunft alle unsere Beschlusslagen und Veröffentlichungen nur noch in geschlechtergerechter Sprache mit Unterstrich verfasst sind. Anträge, die nicht entsprechend in der genannten Form eingereicht sind, müssen von dem/der Antragsteller_in entsprechend nachgebessert werden. Wir wirken außerdem darauf hin, dass sich auch die SPD in Zukunft in diese Richtung entwickelt.

G7

WER BRAUCHT SCHON MÄNNER?!

I. Sexismus- und Patriarchatskritik reloaded

Aktuelle Debatten - Populärer Biologismus

Die letzten Jahre haben in vielfacher Hinsicht deutlich gemacht, dass die deutsche Gesellschaft weit davon entfernt ist, von „den Emanzen“ dominiert zu sein. Ein konservativer Roll-Back, auch in Bezug auf die Geschlechterrollen, ist eine reale Gefahr, vor dem Männer und Frauen gleichermaßen auf der Hut sein müssen. Es ist Aufgabe der Jusos und der SPD, im Kampf dagegen voran zu gehen.

Viele Fortschritte in Bezug auf Gleichstellung und das Geschlechterverhältnis sind in den letzten Jahren erreicht worden. In den gesellschaftlichen Debatten sind ein paar Dinge in Bewegung gekommen: Durch die „Alphamädchen“ und weitere Buchtitel, die beachtliche Popularität erreichten beispielsweise, und politisch durch die breite Debatte um Ausbau von Kinderkrippen, Ganztagschulen, dem Ziel der Erwerbstätigkeit beider Elternteile und schließlich das Elterngeld. Allein das Führen dieser Debatten in den letzten Jahren ist ein Erfolg des feministischen Slogans „Das Private ist politisch“, der so aktuell und grundlegend für jede Gleichstellungsbewegung bleibt, wie er damals war.

Aber diesen in vieler Hinsicht positiven, fortschrittlichen Entwicklungen stehen eine Reihe von Rückschlägen gegenüber: Kein Feminismusbuch der letzten Jahre konnte die Verkaufszahlen von Eva Hermanns „Das Eva -Prinzip“ oder von „Warum Männer nicht zuhören und Frauen nicht einparken können“ des Ehepaars Allan und Barbara Pease toppen. Erst recht keines der Bücher, die in direkter Reaktion vor allem auf Eva Hermanns Pamphlet veröffentlicht wurden.

Biologismus ist der (schon mit dem Begriff kritisierte) Versuch, soziale Phänomene mit Verweis auf biologische, natürliche Ursachen zu erklären. Das umfasst so unterschiedliche Dinge wie die Erklärung von Kriegen mit dem natürlichen Aggressionstrieb der Menschen auf der einen, die Behauptung natürlicher Aufgaben der Geschlechter auf der anderen Seite. Die wissenschaftliche Schule, auf die sich der Begriff kritisch bezieht, ist die „Soziobiologie“, die genau dieser Art der Erklärungen nachgeht. Seit den 1990er

Jahren sind vielfältige Bemühungen zu beobachten, deren Thesen und Ergebnisse einem breiteren, nicht nur fachinternen Publikum nahe zu bringen. Keine Tages- und Wochenzeitung, kein Magazin, das nicht schon Seiten damit gefüllt hätte, anschaulich zu machen, warum Frauen nun mal emotionaler seien und Männer den besseren Orientierungssinn hätten. Auch wenn im letzten Absatz immer gern hinterher geschoben wird, dass das alles natürlich kein Argument gegen Gleichstellung sei: Am Ende dient der Biologismus – bestenfalls ungewollt – der Rechtfertigung traditioneller Geschlechterrollen: Er zieht raus in die Welt, sie kümmert sich um die Kleinen daheim und ist von seiner Versorgung abhängig.

Konservativ motiviert ist auch das Ergebnis bei FAZ-Herausgeber Schirrmacher in seinen Publikationen zur Demographiedebatte. Das Beispiel Eva Hermann zeigt, dass Biologismus nicht nur konservativ ist, sondern ja sogar den Bezug auf menschenverachtendes und revanchistisches Gedankengut nicht scheut.

Pease & Pease und andere, die versuchen, die Soziobiologie zu popularisieren, geben sich Mühe, „wissenschaftlich“ zu erscheinen. Aber auch hier gilt: Wo von der natürlichen Aufgabe der Geschlechter geschwafelt wird, kommt am Ende der Wunsch nach einem traditionellen, konservativen Familien- und Rollenbild heraus.

Als Linke und als Jusos müssen wir feststellen, dass solche Positionen - trotz Elterngeld Kita-Ausbau und Alice Schwarzer selbst in der Bildzeitung und in Talkshows – in Deutschland auf recht große Resonanz stoßen.

Wirtschaftliche Unabhängigkeit ist eine der zentralen Grundlagen von Emanzipation. Das wusste jede Frauenbewegung. Auch im 19. Jahrhundert ging es um den Zugang zu guter Erwerbsarbeit; darum ging es wieder in der „zweiten Welle“ ab den 1960er Jahren und es ist bis heute zentrale Frage der Frauenbewegung(en).

Die Bereitschaft von jungen Frauen, bei Familiengründung ihre persönliche und wirtschaftliche Unabhängigkeit deutlich einzuschränken, in dem sie auf ein eigenes Erwerbseinkommen verzichten, ist jedoch in Deutschland weiterhin auffallend hoch. Von denjenigen Frauen, die zu einem solchen Verzicht nicht bereit sind, entscheiden sich viele gegen Familie, umso mehr, je besser ausgebildet sie sind und je höhere Einkommen sie erzielen könnten.

In den alten Bundesländern viel mehr als im Osten der Republik und in den europäischen Nachbarländern werden Beruf und Familie nicht als etwas gesehen,

was - für beide Elternteile - selbstverständlich zusammen gehen muss, sondern als etwas, das sich Frauen in einer bestimmten Lebensphase als ein Entweder-Oder darstellt.

Gleich welcher Bildungsstatus, welches Einkommen und welche soziale Lage: Für ein gerechtes Geschlechterverhältnis, das an Gleichstellung und gleichen Chancen für alle orientiert ist, ist das ein schlechte Ausgangslage.

Patriarchat (Definition)

Grundsätzlich wird unter Patriarchat eine auf persönlichen Abhängigkeiten und Fügsamkeiten der Unterworfenen gegenüber der – auf durch Tradition legitimierten Normen beruhenden - Herrschaft verstanden. In seiner ursprünglichen Form stellt das Patriarchat die durch Traditionen legitimierte, umfassende Herrschaft des Hausvaters über die Mitglieder einer häuslichen Wirtschaftsgemeinschaft dar.

Matriachale bzw. matrilineare Kulturen, welche bis heute existieren oder nur durch Gewalt zerstört wurden sind ein offensichtlicher Gegenbeweis gegen eine angeblich natürliche Unterlegenheit und Abhängigkeit der Frauen. Obwohl die meisten historischen matriachalen Kulturen durch Kolonisation und christliche Missionierung zerstört wurden, finden sich auch heute noch matriachale oder matrilineare Kulturen. Zum Teil fanden sich matrilineare Ansätze in den alten Hochkulturen (z.B. Ägypten) und sie wurden sogar in manche Religionen nachträglich eingefügt (z.B. im Judentum). Diese Beispiele zeigen offen, dass das Patriarchat nicht natürlich besteht. Für uns bleibt es das Ziel, dass Menschen selbstbestimmt und damit unabhängig von ihrem Geschlecht leben können. Daher lehnen wir matriachale Gesellschaftsstrukturen gleichermaßen ab, weil sie notwendig zu Unterdrückung führen.

Mit Durchsetzung der bürgerlichen Gesellschaft und der Herausbildung des Kapitalismus wandelte sich das Patriarchat hin zu einer auf (nicht nur sexueller) Verfügungsgewalt des Mannes über die Frau basierenden Männerherrschaft. Die männliche Herrschaft des modernen Patriarchats geht weit über die klassische Herrschaft der Väter im Kreise eines Familienverbandes hinaus. Sondern sie erstreckt sich in der gegenwärtigen patriarchalen Gesellschaft über die Ausübung von Macht durch Ehemänner, männliche Vorgesetzte, Männern in Führungsposition in zivilgesellschaftlichen Organisationen, Medien, Religionsgemeinschaften, Politik und Wirtschaft in alle öffentlichen und privaten gesellschaftlichen Bereiche hinein. Damit besitzt das moderne Patriarchat in seiner Gesamtheit einen systematischen Charakter der

weltweiten Ausbeutung und Unterdrückung von Frauen. Dieses System funktioniert so subtil, dass es vielfach nicht wahrgenommen wird, was zu der absurden Situation führt, dass auch Frauen in die Aufrechterhaltung des Patriarchats integriert sind.

Die wichtigsten Kennzeichen patriarchaler Gesellschaften sind die ungleiche Macht- und Ressourcenverteilung zugunsten des männlichen Geschlechts sowie die geschlechtlich Arbeitsteilung, die in Ehe und Familie gesellschaftlich verankert ist. Macht und Ressourcen beziehen sich dabei z. B. auf Bildung, materielle Güter, politische Mitbestimmungsrechte, soziale Positionen in Gesellschaft, Wirtschaft und Politik. Damit können Männer eine Überlegenheit ausüben und andere dazu zwingen, ihre Interessen zu befriedigen. Abgesichert wird diese Hierarchie durch die Solidarität ihrer Geschlechtsgenossen und weniger, verbündeter Frauen, da diese ebenso an den wichtigsten gesellschaftlichen Schalthebeln von Politik, Forschung, Justiz, Medien und Wirtschaft sitzen.

Komplettiert wird dies durch eine in den patriarchalen Strukturen unterbewertete gesellschaftliche Arbeit der Frau. Die Aufgabenverteilung zwischen den Geschlechtern führt zu einer sozialen Unterordnung und ökonomischen Abhängigkeit, die gesellschaftlich in „Ehe und Familie“ institutionalisiert ist. Dabei wird Männern die produktive Arbeitssphäre zugewiesen, wohingegen Frauen für den reproduktiven Arbeitsbereich zuständig sind. Beispielhaft wird dies an einer massiven Ungleichverteilung der Familienarbeit und auch wenn Frauen in Erwerbsarbeit eingebunden sind, besetzen sie zum größten Teil Positionen, die eher auf Reproduktion statt auf Gestaltung angelegt sind.

Die Verteidigung des Patriarchats mit der angeblich natürlichen Rolle, ist derselbe Trugschluss, mit dem Konservative und ReaktionärInnen (darunter auch Frauen) schon das Frauenwahlrecht aufgrund der angeblich natürlichen Bestimmung der Frau verweigerten. Diverse politische Kräfte beziehen sich dabei auf ein angebliches „Ur-Patriarchat“ und präsentieren als Beweis religiöse Schriften. Die VertreterInnen des Status-Quo und damit die VerteidigerInnen des Patriarchats berufen sich damit nicht auf wissenschaftliche Quellen, sondern auf patriarchale Wertevorstellungen, auf die Tradition. Das Patriarchat ist ein von Menschen geschaffenes Herrschaftskonstrukt. Normative Interpretationen von Aristoteles und Bibelpassagen spiegeln die Herrschaftsverhältnisse ihrer Zeit wieder. Durch solche Schriften und vor allen durch die, die daran glauben, wird das Patriarchat als Herrschaftssystem gefestigt

und eine angeblich natürliche Entwicklung vorgegaukelt. Die Herrschaft als Grundlage des Patriarchats war und ist dieselbe Grundlage wie für die Sklaverei. Dass es gelungen ist, gesellschaftlich erfolgreich gegen solche inzwischen von der Mehrheit der Gesellschaft als ungerecht empfundenen Missstände vorzugehen bedeutet, dass es möglich ist, auch gesellschaftliche Missstände wie die Unterdrückung der Frau erfolgreich zu überwinden. Was von Menschen gemacht wurde, kann auch wieder von den Menschen überwunden werden.

Patriarchat und Kapitalismus

Trotz des oben dargestellten Zusammenhangs der derzeitigen Form des Patriarchats und des Kapitalismus reicht es jedoch nicht aus, mit der Überwindung der kapitalistischen Verhältnisse die Frage der Frauenemanzipation nebenbei mit zu erledigen, wie in der Vergangenheit viele MarxistInnen mit der Abwehr des scheinbaren „Nebenwiderspruchs“ Frauenfrage (neben der sozialen Frage) behaupteten. Sondern es muss die Ausbeutung und Unterdrückung der Frauen durch die Männer eigenständig bekämpft werden, ohne aber die Einbeziehung der Auswirkungen der kapitalistischen Unterdrückung auf diesen Herrschaftszusammenhang zu vernachlässigen. Eine Analyse des Patriarchats kann auf eine antikapitalistische Zielbestimmung nicht verzichten.

Die aktuell nach wie vor gegebene Unterdrückung und Ausbeutung der Frauen kann weder allein mit den alten Formen patriarchaler Herrschaft, noch alleine durch die Funktionsweise des Kapitalismus erklärt werden. Vielmehr kann festgestellt werden, dass sich Patriarchat und Kapitalismus gegenseitig durchdringen und modifizieren. So wurden das Patriarchat nicht wie der Feudalismus im Zuge der Durchsetzungsgeschichte des Kapitalismus zerstört, sondern konnte in dessen Funktionssystem integriert werden. Daher muss der Kampf des Feminismus sich auf alle Verhältnisse im Kapitalismus beziehen und Formen wie die Frau- Mann-Beziehung, den Warencharakter der Arbeit, das automatische Subjekt, den Fetischcharakter im Kapitalismus und das Mensch-Natur-Verhältnis mit einbeziehen.

Somit stellt das Patriarchat in seiner gegenwärtigen Form im Kapitalismus ein allumfassendes, weltweites System der Unterdrückung und Ausbeutung von Frauen und Mädchen aller Altersstufen, Körperlichkeiten, Klassen, sexuellen Orientierungen, Hautfarben und Religionen auf allen Ebenen des gesellschaftlichen Lebens dar. Grundlegend ist dabei die Differenzierung und Klassifizierung nach Geschlecht, wobei dem weiblichen der

untergeordnete Status zugewiesen wird. Die männliche Verfügungsgewalt über Frauen und die geschlechtliche Arbeitsteilung, und damit die Zuweisung des reproduktiven Bereichs an die Frauen sind grundlegend für dieses Herrschaftssystem zwischen den Geschlechtern.

Patriarchat und Rassismus

Klasse, Ethnie und Geschlecht sind zentrale Strukturkategorien nach denen sich gesellschaftliche Ausschlussmechanismen vollziehen. Die Gemeinsamkeit dieser Kategorien liegt in der Bezogenheit der drei zusammenwirkenden Herrschaftsformen des Kapitalismus, Rassismus und Patriarchats auf die Arbeit. Ethnische Zugehörigkeit, das Angehören zu einer gesellschaftlichen Schicht und das Geschlecht stützen sich gegenseitig und sind damit entscheidend dafür, von welchem Ausgangspunkt Menschen einen sozialen Status innerhalb der Gesellschaft erreichen können. Für die soziale Integrationskraft einer Gesellschaft ist Erwerbsarbeit ein zentraler Faktor.

Die Diskussion um Haupt- und Nebenwidersprüche ist bei den Jusos überwunden und es gibt einen Konsens der Gleichberechtigung der zwei Hauptwidersprüche von Patriarchat und Kapitalismus.

Als sozialistischer, internationalistischer und feministischer Richtungsverband muss es jedoch unser Anspruch sein, unter Internationalismus auch zu verstehen, gesellschaftliche Machtverhältnisse zu analysieren, ohne jedoch in die Falle eines „weißen Mittelstandsfeminismus“ zu tappen. Unsere feministische Debatte braucht die gleichberechtigte Erweiterung und Integration von Rassismusanalyse in unsere Kapitalismus- und Feminismusdebatte. Die gesellschaftlichen Machtverhältnisse lassen sich nicht ohne den Ansatz der Dreifachunterdrückung analysieren: die drei zentralen Widersprüche von Kapitalismus, Patriarchat und Rassismus müssen in unserer Analyse gleichrangig nebeneinander bzw. integral miteinander verwoben betrachtet werden.

Eine kurze Lagebeschreibung von Frauen mit Migrationshintergrund zeigt: sie werden doppelt diskriminiert, als Frau und als Migrantin. Dies gilt insbesondere auf dem Arbeitsmarkt, wo es eine spezifische Unterteilung in Männer- und Frauenberufe gibt und es Frauen auch innerhalb von Berufsgruppen erheblich schwerer als ihre männlichen Kollegen haben, höhere Positionen zu erreichen. Obwohl zunehmend Frauen und darunter auch Migrantinnen über höheres kulturelles Kapital (Schul- und universitäre Abschlüsse und Noten) verfügen, gelingt es ihnen aufgrund verschiedenster Schließungsmechanismen nicht, dieses auch in

ökonomisches Kapital umzusetzen. Erfreulich zu sehen ist, dass der Geschlechteranteil bei Studierenden mit Migrationshintergrund mit 50Prozent/50Prozent ausgeglichen ist- anders bei der deutschen Studierendenschaft (47Prozent Frauen)- und dass Studentinnen mit Migrationshintergrund – im Unterschied zu ihren deutschen Mitstudentinnen – eher Studienfächer wählen, die sonst überwiegend von Männern in Anspruch genommen werden. Auf dem dualen Ausbildungsmarkt sieht die Situation für junge Frauen mit Migrationshintergrund deutlich schlechter aus: während Jugendliche mit Migrationshintergrund bei gleicher Qualifikation wie ihre deutschen Mitbewerber unterdurchschnittliche Chancen auf einen Ausbildungsplatz haben, stehen Migrantinnen im Vergleich zu ihren männlichen Mitbewerbern am untersten Ende der Chancenkette.

Auch auf der symbolischen Diskursebene zeigt sich: Migrantinnen sind nicht nur einem männlich hegemonialen Diskurs ausgesetzt, sondern auch einem monokulturell und „weiß“ geprägten politischen und öffentlichen Diskurs, in dem sie stereotyp als Opfer dargestellt werden: Migrantin=Kopftuch, Unterdrückung, Zwangsheirat und Ehrenmord. Diese Form von Hegemonie gilt es zu durchbrechen.

II. Und bei den Jusos?

Die Jusos sind keine emanzipierte Insel, sondern als Teil der Volkspartei SPD ein Spiegel der patriarchal strukturierten Gesellschaft. Unsere Gesellschaft erzeugt durch Erziehung und mediale Vermittlung von unterschiedlichen Rollenbildern unterschiedliche Voraussetzungen, Erwartungen und Verhaltensweisen bei und gegenüber Frauen und Männern, die sich politisch engagieren wollen mit. Dies zeigt uns (fast) jede KandidatInnen- und ReferentInnenuche, jede Redeliste auf Veranstaltungen wieder.

Auch bei den Jusos ist Gleichstellung noch nicht verwirklicht. Die Jusos sind Teil des institutionalisierten Politikbetriebs oder werden als solcher - und damit vorwiegend als „typisch“ männlich - wahrgenommen. Männliche Aktive geben Vorbilder für männliche Neueinsteiger und Nachfolger ab. Häufig fördern Männer unbewusst oder bewusst (bestimmte) Männer, weil sie ihnen vertraute Verhaltens- und Denkweisen positiv bewerten und abweichende negativ. Frauen haben es dann besonders schwer, gleich respektiert und gefördert zu werden. Dies ist gemeint, wenn wir davon sprechen, der Verband ist nach wie vor männlich dominiert.

Mindestens zwei Drittel der Juso-Mitglieder sind männlich, Führungspositionen und Gremien sind hauptsächlich mit Männern besetzt und damit

automatisch durch deren Arbeits- und Redestil dominiert. Die Frauenquote wird vielfach nicht eingehalten.

Sexismus und Diskriminierung von Frauen (z.B. die Bezeichnung „Quotenfrau“ als negative Abwehr gegen neue, unerfahrenere Frauen) findet flächendeckend statt. Diese Diskriminierung findet sowohl durch Männer als auch durch Frauen statt.

Inhaltlich findet zum Beispiel immer wieder eine Gleichsetzung von Frauen- und Familienpolitik statt, ein Problembewusstsein der Diskriminierung von Frauen in den eigenen Strukturen gibt es meistens nicht, das eigene Verhalten kritisch zu hinterfragen fällt schwer, diskriminieren tun nur die anderen, wir selbst urteilen doch völlig objektiv, nach Leistung?

Wir werden besser – Dinge, die sich für uns ändern

Informieren und Sensibilisieren!

Das eigene Verhalten kann sich nur ändern, wenn es ein (selbst-)kritisches Bewusstsein für die Problemlagen und unsere eigene Sozialisation und „Geschlechterbrille“ gibt, deshalb brauchen wir mehr Information und Weiterbildung für ALLE Mitglieder im Bereich Geschlechtergerechtigkeit. Dazu sollten die feministischen Beschlusslagen zugänglich gemacht werden, am besten sofort beim Eintritt. Wir brauchen Seminarangebote zum Thema theoretische Grundlagen des Feminismus (insbesondere auch neuere theoretische Ansätze) und Foren auf Unterbezirks, Landes-/Bezirks- und Bundesebene, in denen die Grundlagen diskutiert werden können.

Es ist wichtig, Argumentationshilfen für Mitglieder, die sich in diesem Bereich engagieren wollen zu liefern. Zur nachhaltigen Sensibilisierung gerade von EntscheidungsträgerInnen sind Gendertrainings auf allen Ebenen notwendig.

Sexismus bekämpfen!

Zum Umgang mit Sexismus sollten Bildungsmaßnahmen mit Argumentationstrainings zu typischen Vorurteilen / sexistischen Argumenten durchgeführt werden. Eine Vertrauensperson sollte bekannt (und gewählt) sein, an die sich Betroffene wenden und eine Unterstützung erfahren können.

Es muss auf jeder Ebene diskutiert und beschlossen werden, wann welche Instrumente wirksam werden, um konkrete Fälle von Sexismus im Verband zu thematisieren und gegebenenfalls zu sanktionieren. Diese Sanktionen dürfen nicht lächerlich gemacht werden und müssen von einer übergeordneten Ebenen sowohl geprüft als auch eingefordert werden können, damit keine Willkür entstehen kann.

Frauen für Frauen: Unterstützung und Vernetzung von politisch aktiven Frauen

Frauen sind nicht allein zuständig für Frauenförderung, doch Räume, in denen Frauen Frauen unterstützen und sich untereinander informieren und helfen, sind unverzichtbar auf dem Weg von einem männlich dominierten zu einer geschlechtergerechten Gesellschaft, weil Frauennetzwerke die jeweilige Männerstruktur leichter analysieren und sichtbar machen und ihr etwas entgegenzusetzen können.

Durch die männlich dominierte Gesellschaft und besonders der institutionalisierten Politik brauchen viele junge Frauen eine besondere Ermunterung und Unterstützung, Feedback, Training und Vorbilder, um sich eine eigene starke Beteiligung in der Politik vorstellen zu können. Dabei wollen wir Frauen nicht bewusst oder unbewusst in eine Opferrolle drängen. Es geht stattdessen darum, Frauen zu motivieren, ihre eigenen Potentiale auszuschöpfen.

Weibliche Neumitglieder und Nachwuchskräfte brauchen zur Orientierung weibliche Vorbilder und HelferInnen, dies kann durch Mentoringprogramme institutionalisiert werden. Autonome Frauennetzwerke und Foren kann es sowohl an allen Veranstaltungen auf allen Ebenen geben, wie auch durch Emailverteiler und Telefonkonferenzen. Daher sollte es regelmäßige Angebote, Foren und Räume für Frauen auf Veranstaltungen des Bundesverbandes und natürlich auch allen anderen Ebenen bei den Jusos geben.

In der Zusammenarbeit mit der ASF haben wir in den letzten Jahren gute Erfahrungen gemacht, darauf sollte weiter aufgebaut werden und – hierbei ist an Bildungsangebote, Mentoring aber gerade auch an die geschlechtergerechte Umgestaltung der Partei und Beschlusslagen der Partei zu denken.

Networking und Doppelstrategie

Zusammenarbeit mit der ASF findet bereits heute in einige Projekte statt. Auch gegenseitige Einladungen zu Konferenzen, Kooptationen, gemeinsame Arbeit in Arbeitsgruppen sind keine Seltenheit. Eine stärkere Vernetzung mit der ASF und ein aktiver Austausch ist sinnvoll, da die Gleichstellung der Geschlechter ein Thema ist, das sich beide Arbeitsgemeinschaften auf die Fahnen geschrieben haben und wir zusammen mehr Druck auf die Partei ausüben können als alleine.

Die Vernetzung mit frauenpolitisch Aktiven außerhalb der Partei lässt eher zu wünschen übrig und geht oft über eine punktuelle Zusammenarbeit selten hinaus. Aber Gleichstellungspolitik hört nicht in der Partei auf! Auch, wer in anderen Vereinen aktiv ist, muss seine gleichstellungspolitischen Prinzipien und

Überzeugungen dort vertreten und sich offensiv für eine Gleichstellung der Geschlechter einsetzen. Wir müssen außerhalb der SPD das Thema Gleichstellung inhaltlich besetzen und dafür sorgen, dass es auf der politischen Agenda steht.

Dazu müssen wir mehr Kontakte zu Fraueninitiativen, -vereinen und –organisationen aufbauen, die unsere Vorstellung einer menschlichen Gesellschaft teilen und versuchen diese dauerhaft als BündnispartnerInnen zu gewinnen. Und wir brauchen mehr öffentliche Aufmerksamkeit. Erfolgreiche Maßnahmen und Projekte sollen deshalb in Kampagnen integriert werden oder auf andere Weise publik gemacht werden.

Aktionen

Gerade zu bestimmten Themen wie der Lohn Differenz zwischen Frauen und Männern, gleicher Teilhabe an Macht etc. sowie zum bekannten Gedenktag „Internationaler Frauentag“ finden zahlreiche Aktionen statt. Mittlerweile beteiligen sich die Jusos ebenfalls am Equal Pay Day. Die Jusos werden sich weiterhin jährlich am Internationalen Frauentag öffentlich engagieren und den Equal Pay Day begleiten.

Geschlechterpolitik als Querschnittsthema

Gleichstellung als Querschnittsthema zu betrachten schreiben wir uns zwar auf die Fahnen, verlieren es aber immer wieder aus den Augen. Hier ist ein größeres Bewusstsein notwendig. In der Kampagne Gute Arbeit des Bundesverbandes wurde der Gleichstellungsaspekt sehr stark berücksichtigt, ebenso in der Wahlkampfplanung und bei Veranstaltungen (Linkswende09, Sommercamp etc.). Jedoch ist die Geschlechterperspektive bei den Perspektivprojektprojekten eher seltener zu finden; auch in der gesamtverbandlichen Arbeit wird nicht immer an die Integration des Themas gedacht. Oft findet eine Berücksichtigung auch als Anhängsel statt. Deshalb soll in Zukunft bei allen Kampagnen und Aktionen überprüft werden, wie der gleichstellungspolitische Aspekt integriert werden kann.

Verbandsarbeit geschlechtergerechter gestalten

Unser wichtigstes Ziel ist Frauen und Männer den gleichen Zugang zur und tatsächlich gleiche Beteiligung an der Arbeit und den Entscheidungen der Jusos zu verschaffen. Dazu brauchen wir mehr Frauen für die Jusos und ihre Gleichstellung innerhalb des Verbands.

Um männliche Strukturen im Verband aufzubrechen, sind das Bekenntnis zur harten Quote mit

Zurückquotierung und die Durchsetzung der harten Quote im gesamten Verband notwendig.

Eine Enthierarchisierung der politischen Arbeit und die Stärkung offener Gremien (für alle Jusos zugänglich) ist nützlich um NeueinsteigerInnen einen leichteren Zugang zu gewähren. Der Kampf gegen informelle, undurchsichtige, intransparente Strukturen hilft bei der Integration und Beteiligung neuer, unerfahrener Mitglieder jeden Geschlechts. Vermehrt projektorientiertes Arbeiten kann zur Ansprache von (neuen) Frauen nützlich sein.

Um die Integration von Frauen bei den Jusos zu verbessern, sind verschiedene Instrumente entwickelt worden. Konsequente Umsetzung vorausgesetzt, konnten und können sie dazu beitragen, den Anspruch des feministischen Verbandes in den eigenen Strukturen umzusetzen. Diese Instrumente sind weiter durchzusetzen und ergänzende neue Instrumente sollten zu ihrer Flankierung entwickelt werden.

Strukturen und Sanktionierung können ohne inhaltliche Arbeit und Debatten, sowie Bildungs- und Sensibilisierungsarbeit den Verband nicht nachhaltig verändern. Wir brauchen eine langfristige und kontinuierliche Frauenförderung, nicht nur kurzfristige Frauenförderprogramme zu Vorstandswahlen.

Zu den etablierten, wichtigen Instrumenten gehört die gleiche Beteiligung von Männern und Frauen an der „Macht“ also den FunktionärInnenposten im Verband. Es zeigt sich, dass im Verband noch immer weniger Frauen als Männer aktiv sind und das Bewusstsein für die gleiche Teilhabe von Männern und Frauen nicht überall gleich ausgeprägt ist. Solange dies so ist, ist das Instrument der Quote weiterhin nützlich und notwendig. Die Quotierung für gleiche Teilhabe setzt sich dann in Form von quotierten Redelisten auf Konferenzen und Sitzungen fort. Zur geschlechtsspezifischen Arbeit sind spezielle Frauenplena, -kommissionen oder -arbeitskreise einzurichten, damit Frauen unter sich diskutieren und Absprachen treffen können. Darüber hinaus gibt es auch Arbeitskreise und Strukturen, die sich mit dem Thema Feminismus, Gleichstellung oder Sexismus beschäftigen und die teilweise auch für Männer offen sind.

Um Gleichstellungspolitik einen institutionalisierten Raum zu geben, haben bereits einige Bezirke, Unterbezirke, Stadt- und Kreisverbände Frauen- oder Gleichstellungsbeauftragte ernannt. Dies ist jedoch nicht flächendeckend der Fall. Eine Vernetzung findet bisher nur rudimentär statt und sollte verbessert werden. Wir brauchen Gleichstellungsbeauftragte in jedem Unterbezirk und (Landes-)Bezirk, die bzw. der

AnsprechpartnerIn für alle Mitglieder ist und darauf achtet, dass sich mit dem Thema Gleichstellung wirklich inhaltlich auseinandergesetzt wird und bei Problemen mit Rat und Tat zur Seite steht.

Geschlechtergerechte Sprache wird zwar in vielen offiziellen Juso-Publikationen verwendet, ist jedoch keine Selbstverständlichkeit, wenn man sich beispielweise Pressemeldungen sowie Anträge auf Konferenzen anschaut. In Zukunft müssen alle Anträge geschlechtergerecht mit Unterstrich formuliert sein.

Politische Bildung

Zur speziellen Ansprache und Förderung von Frauen gab es sowohl auf Bundesebene bzw. gibt es auch auf Länder-, Bezirks- oder sogar Unterbezirksebene spezielle Frauenseminare (thematisch oder methodisch z.B. Rhetorik für Frauen) sowie Gleichstellungsseminare, teilweise für beide Geschlechter. In Sommerschulen oder andere Veranstaltungen integriert, gibt es oft Gender-, Gleichstellungs- oder Feminismusworkshops sowie spezielle Gender Trainings, bei denen es darum geht, Männer und Frauen sensibel für die gesellschaftliche Kategorie Geschlecht zu machen. D.h. sie sollen Strukturen erkennen, in denen das Geschlecht eine Rolle spielt, sehen, dass es geschlechtsspezifische Diskriminierung gibt und ihr Alltagshandeln unter dem Geschlechteraspekt kritisch reflektieren. Zusätzlich brauchen wir die Integration des geschlechtsspezifischen Aspekts in allen Seminaren und eine stärkere Bewerbung und Schulung bezüglich Gender Trainings.

Gleichstellungsberichte

Um die Weiter- oder auch Fehlentwicklung der Gleichstellungspolitik bei den Jusos deutlich zu machen, gibt es jährliche Gleichstellungsberichte der verschiedenen Ebenen, die Veranstaltungen bzgl. der Beteiligung von Frauen und Männern auswerten, die Maßnahmen skizzieren, die vorgenommen wurden etc. Im Bereich der Publikationen gibt es zahlreiche Broschüren, Flyer etc., die das Thema Feminismus und Gleichstellung bzw. einzelne Aspekte des Themas behandeln. Auch auf den Homepages der einzelnen Ebenen findet sich das Thema wieder. Gleichstellungsberichte sind eine geeignete Form der Transparenzschaffung und Sensibilisierung und sollten daher jährlich auf allen Ebenen als Teil der Rechenschaftsberichte oder eigener Berichte der/des Gleichstellungsbeauftragten erstellt werden.

III. Unsere Anforderungen an eine progressive Gleichstellungspolitik: Gender Mainstreaming kritisch weiterentwickeln!

Die Jusos fordern, dass Gender Mainstreaming als Gleichstellungsstrategie weiterentwickelt wird. Denn Aufhebung sozial konstruierter Rollenzuschreibungen kann durch Gender Mainstreaming allein nicht erreicht werden. Die Erkenntnis der sozialen Konstruktion der Geschlechterverhältnisse wird inzwischen auch von der Politik beachtet. Das bedeutet, dass die Ungleichberechtigung von Frauen zugunsten von Männern nicht natürlich gegeben ist, sondern durch zwischenmenschliche Prozesse zustande kommt. Das sozial konstruierte Geschlecht, englisch „Gender“, soll nun durch „Gender Mainstreaming“ gleichgestellt werden. Mit dem Schlagwort „Gender Mainstreaming“ als Gleichstellungskonzept wirbt beispielsweise das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend auf seiner Homepage für eine Gleichstellungspolitik, die sich an Gender Mainstreaming Grundsätzen orientiert.

Der Kern des Konzepts „Gender Mainstreaming“ besteht darin, für die sozial konstruierten Geschlechterrollen zu sensibilisieren und politische Prozesse, Instrumente und Strukturen mit einer geschlechtersensiblen Brille zu überprüfen und anzupassen. Dazu wurden Methoden entwickelt, die in Unternehmen, Organisationen und Institutionen klar erfassbar machen, wo eine Benachteiligung nach der Kategorie Geschlecht stattfindet: Zum Beispiel prüft die Geschlechterfolgenabschätzung Prozesse bereits im Vorfeld darauf, ob sie für eine Geschlechtergruppe benachteiligend wirkt. Das Gender-Budgeting macht in der Haushaltspolitik ungleiche Mittelverteilungen nach Geschlecht sichtbar und ermöglicht Anpassungen zu einer gerechteren Verteilung. Um diesem Erkenntnisprozess zu generieren, arbeitet Gender Mainstreaming mit Mitteln der Statistik, welche die Ungleichverteilung von Ressourcen und Macht in Institutionen oder in politischen Maßnahmen offenbar machen und ausbessern sollen. Dabei kann die Gleichverteilung nach sog. biologischem Geschlecht aber nur ein erster Schritt sein. Eine Überwindung von Geschlechterrollen ist durch eine Gleichverteilung bestenfalls ein angenehmer Nebeneffekt, nicht jedoch die zwingende Folge.

Ausgehend davon, was diese Methoden leisten, kann die Frage beantwortet werden, ob Gender Mainstreaming unsere Vorstellung von Gleichstellung erfüllt. Für uns Jusos stellen der Abbau der sozialen Konstruktion und eine damit verbundene Betrachtung jedes einzelnen Individuums fernab einer Rollenzuschreibung das zu verwirklichende Ziel eines

Gleichstellungskonzeptes dar. Die Erkenntnis der sozialen Konstruktion ist notwendigerweise auch die Erkenntnis der Gruppenkonstruktion. Die Aufteilung der Geschlechter nach dem Prinzip männlich/weiblich (Binarität) ist zunächst notwendig, damit das Problem aktiv angegangen werden kann. Nur auf diesem Weg können wir beispielsweise die gesellschaftlich verfestigte Benachteiligung von Frauen als über körperliche Merkmale definierte Gruppe überhaupt erkennen. Wo für uns die Endkonsequenz von Gleichstellung darin besteht, das Geschlecht zu überwinden und die Individualität jeder Person zu betonen, setzt Gender Mainstreaming notwendig an der konstruiert bestehenden Zweiteilung (Geschlechterdualismus) an. Anstatt Geschlechterrollen abzubauen, werden diese zur Anwendung der Methoden benötigt evtl. gar überbetont, da der Ansatz ja gerade bestehende Unterschiede bewusst macht. Schon aus der Nutzung statistischer Mittel und der sich daraus ergebenden Gruppenkonstruktion, entfernt sich Gender Mainstreaming von dem Anspruch, die Geschlechterkategorie aufzuheben. Das Problem ist also, welchen Sinn Statistiken für den Gleichstellungsprozess haben, wenn selbige das Problem – nämlich die Gruppenkonstruktion – erneut automatisch erschaffen. Es ergibt sich die Frage, wie die Gruppenkonstruktion langfristig insgesamt überwunden werden kann.

Durch das Festhalten an einer Geschlechtergruppendefinition, die nur den Gegensatz Mann/Frau kennt, bieten die Instrumente des Gender Mainstreaming nur bedingte Hilfe zum Erreichen dieses Ziels. Im gleichen Sinne ist auch die Genderkompetenz als fraglich zu bewerten. Selbige orientiert sich an der scheinbaren Binarität des biologischen Geschlechts und leitet daraus das soziale Geschlecht ab. Damit kann das Ziel der Dekonstruktion des sozialen Geschlechts nicht erreicht werden, weil jenes nicht in einer binären, sondern nur in einer individuellen und damit, gekennzeichnet durch eine beliebig hohe Anzahl an Geschlechtern, gedachten Ordnung, möglich ist. Das soziale Geschlecht ist eine Identität, die individuell und ohne den Automatismus des biologischen Geschlechts gebildet werden können muss. Klar ist auch, dass das biologische Geschlecht selbst nicht automatisch in genau zwei Ausprägungen vorhanden ist.

Gender Mainstreaming kann auch als konservatives Gleichstellungsinstrument missbraucht werden, welches im besten Fall Probleme aufdeckt, ohne sie zu lösen und im schlechtesten Fall die antiquierten Geschlechterverhältnisse nachhaltig reproduziert. Die

aktuelle Regierungspolitik verfolgt angeblich „Gender Mainstreaming“ Strategien. Anstatt aber Gender Mainstreaming für den Abbau von Rollenbildern zu nutzen, hat das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend ganz andere Ziele. So heißt es auf der Website des Ministeriums: „Deshalb gehört zu einer modernen Gleichstellungspolitik nicht nur Frauenpolitik, sondern auch eine Jungen- und Männerpolitik, die neue, männliche Rollenbilder fördert.“ Hier zeigt sich eine der größten Schwächen von Gender Mainstreaming, nämlich dass es erheblich zu Missbrauch einlädt. Im Februar dieses Jahres beispielsweise fand in Deutschland der sogenannte Männerkongress statt, welcher anschaulich darstellte, in welchen Bereichen Männer und Jungen angeblich benachteiligt seien und weshalb ein Gleichstellungsprozess notwendig wäre. Anstatt sozial konstruierte Rollenbilder als Auslöser des Problems zu sehen, wie es im Grundkonzept von Gender Mainstreaming enthalten ist, wurde jedoch die „prekäre Lage der Männer“ vor allem von der vermeintlich guten Position der Frauen abgeleitet. Dies ist im Sinne einer konservativen Gleichstellungspolitik, einem geschlechterpolitischen Roll-Back.

Für uns Jusos bleibt das Ziel klar: wir wollen die Individualität eines jeden Menschen betonen und nicht bewusst und unbewusst die Diskriminierung verstetigen! Folglich lehnen wir eine mit Gender Mainstreaming gerechtfertigte „Männerpolitik“, welche Männlichkeitsbilder und die Binärität der sozialen Geschlechterrollen festigt, anstatt sie zu öffnen und zu vervielfältigen, ab! Selbige würde auch das eigentliche Problem verschleiern. Unsere heutige Gesellschaft krankt mit Sicherheit nicht an der Unterprivilegierung von Männern. Ganz im Gegenteil, dort wo Männer angeblich benachteiligt werden, ergibt sich selbiges meist erst aus den Privilegien, die sie genießen. Deshalb fordern wir eine Gleichstellungspolitik, welche die tatsächlichen Problemlagen im Blick hat und auflöst. Um die Problemlagen zu erfassen, kann auf die statistischen Mittel und die administrativen und wissenschaftlichen Ressourcen des Gender Mainstreaming nicht verzichtet werden.

Ein weiteres Problem, welches sich mit Gender Mainstreaming in Zusammenhang bringen lässt, ist die Reproduktion der heteronormativen Matrix. Dort, wo Geschlechterverhältnisse nur in einem zweigeteilten Gegensatz gedacht werden, ist das System der Zwangsheterosexualität eine logische Folge. Die Heterosexualitätsnorm setzt den biologischen Geschlechterdualismus voraus und begründet ihn als gesellschaftliche Normalität, welcher das soziale Geschlecht zwingend bestimmt. Wenn

aber das soziale Geschlecht als Gruppenkonstruktion aufgehoben werden soll, müssen wir eine Zuordnung aufgrund des biologischen Geschlechts ablehnen.

Homosexualität wird in unserer Gesellschaft als abweichend von der heterosexuellen Norm erkannt und in breiten gesellschaftlichen Kreisen immer noch geächtet. Je nach Studie sind zwischen einem Drittel und der Hälfte aller Deutschen homophob. Wir Jusos fordern auch deshalb ein Gleichstellungskonzept, welches in der Lage ist, den Widerspruch zwischen Geschlecht und Sexualität aufzulösen. Ein nachhaltiges Gleichstellungskonzept kann sich allein mit der Gleichstellung der biologisch definierten Geschlechtergruppen nicht zufrieden geben, sondern muss die Akzeptanz eines jeden Individuums zum Ziel haben.

Gender Mainstreaming, Diversity Management und neuerdings sogar die Frauenquote werdend inzwischen von der freien Wirtschaft als Instrument zur besseren Ausbeutung des Humankapitals und damit zu Renditesteigerungen angesehen und eingesetzt. Für uns ist Jusos klar: Gleichstellung ist keine Frage, die sich letztendlich nur an der Rentabilität oder der ökonomischen Verwertbarkeit von Menschen orientieren darf. Vielmehr betrachten wir sie als Selbstverständlichkeit, die endlich vollends umgesetzt werden muss, um der Freiheit des Individuums und den Erfordernissen für eine gerechtere Gesellschaft näher zu kommen. Unser Anspruch ist die Transformation der bestehenden Verhältnisse sein. Die Emanzipation des Individuums ist unser höchster Anspruch. Diesen Anspruch müssen wir idealtypisch denken.

Für uns Jusos ist klar: Das Gender Mainstreaming Konzept ist unvollkommen und bedarf einer massiven Weiterentwicklung. Dafür gehört für uns, dass die Evaluationsinstrumente verfeinert werden und dass das Konzept vermehrt auf eine Dekonstruktion der Geschlechterrollen orientiert, anstatt ihrer unbewussten oder bewussten Reproduktion.

Gleichstellungsmaßnahmen müssen deshalb immer danach beurteilt werden, inwiefern sie der Auflösung sozialer Konstruktionsmechanismen nützen oder schaden. Dafür ist es wichtig, Gleichstellungskonzepte nicht nur im Rahmen von Erwerbsarbeitsprozessen zu betrachten. Geschlechterrollen entwickeln sich nicht erst im Erwerbsleben, sondern sind in einem hohen Maße auch ein Produkt der Erziehung und der Sozialisation vor der Erwerbsarbeitsphase. Aufgrund dieser Analyse bedarf es einer Gleichstellungsstrategie, die Gleichstellung tatsächlich als Querschnittspolitik betreibt und in alle gesellschaftlichen Prozesse eingreift.

Gleichstellungskonzepte für Unternehmen, Organisationen und Institutionen betrachten wir als Bausteine in einer zu entwickelnden Gesamtstrategie.

Wir sind der Meinung, dass Gleichstellungspolitik nicht damit endet, dass Männer und Frauen gleich viel verdienen oder die Arbeitszeiten gleich verteilt sind. Diese beiden Aspekte wären Indizien für eine Entwicklung in die richtige Richtung. Zusätzlich dazu muss das Ziel von umfassender Gleichstellungspolitik aber darin bestehen, dass Individuum in den Mittelpunkt zu rücken. Die Zielsetzung ist eine tatsächliche Selbstbestimmung des Individuums fernab seines biologischen oder sozialen Geschlechts. Wir wollen, dass Menschen keine Rollen spielen müssen, sondern sich ihren eigenen Vorstellungen entsprechend verwirklichen können. Erst dann sind eine freie Entfaltung der Persönlichkeit und die damit verbundene Umsetzung der eigenen Individualität möglich.

Das Ideal der Geschlechtergerechtigkeit ist nicht in einer binären Ordnung denkbar

Um diesen Prozess einleiten zu können, ist es zwar vorerst nicht möglich, auf die biologische Differenzierung zwischen den Geschlechtern zu verzichten, um die realen Ungleichheiten feststellen zu können. Dennoch geht es um die Macht und um die Verteilung der Machtmittel und der Arbeit. Darum wird dieser langwierige Prozess nur dann in die richtige Richtung und letztlich auch nachhaltig voran gehen, wenn er durch Politik und gesellschaftliche Gegenmacht forciert wird. Eine Gleichstellungspolitik, die auf die volle Freiwilligkeit von Unternehmensleitungen setzt, ist in ihrem Grundgedanken idealistisch – in der Annahme, dass die entscheidenden Gremien die Ungleichbehandlung erkennen und bekämpfen wollen – jedoch blendet sie die Realität wirtschaftlicher Rationalität aus, was zu ihrem Scheitern führen wird. Wenn Unternehmen Gleichstellungsprozesse umsetzen wollen – beispielhaft ist die Telekom, welche bis 2015 30Prozent ihrer Managementposten mit Frauen besetzen möchte – so geschieht dies vorrangig unter ökonomischen Gesichtspunkten. Die Veränderung der gesellschaftlichen Realität und der Bruch mit der sozialen Konstruktion sind nicht ihr Ziel, unter Umständen aber ein Nebenprodukt. Die Gleichstellungspolitik der aktuellen Regierung setzt auf diese Form von Freiwilligkeit und wird deshalb von uns abgelehnt. Gleichstellung ist für uns keine Frage von Gutdünken, sondern muss einen gesamtgesellschaftlichen Anspruch darstellen, welcher – sofern keine anderen GLAUBHAFTEN

Möglichkeiten bestehen – über Sanktionsmechanismen durchgesetzt werden muss.

Wir Jusos fordern daher, dass stattdessen Gleichstellungskonzepte für Unternehmen zur Pflicht erklärt werden müssen. Für die Vergabe öffentlicher Aufträge fordern wir, dass Unternehmen, welche nachweislich und nachhaltig die Gleichstellung der Geschlechter, sowohl was die Vereinbarkeit von Privatem und Beruflichem - auch für männliche Beschäftigte - als auch die Verteilung der Führungspositionen angeht, voran gebracht haben, begünstigt werden. Weiterhin müssen Quotenregelungen für Führungsgremien gesetzlich verankert werden, wie es beispielsweise schon in Norwegen der Fall ist. Daneben muss das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz an die aktuell bestehende Geschlechterordnung angepasst werden. Eine bloße Festschreibung der Gleichstellung der Geschlechter, unter Ausblendung der sozial konstruierten Rollenbilder und der damit verbundenen „geschlechtsspezifischen Verhaltensformen“, genügt dem Ziel, die Geschlechterdualität aufzulösen, nicht.

Gleichstellung ist nicht nur ein guter Vorsatz

Als feministischer Richtungsverband haben wir Jusos erkannt, dass Gleichstellung nicht ein bloßer Vorsatz sein darf. Um diesem Ziel näher zu kommen, müssen wir auf der innerverbandlichen Ebene konsequent sein. Daneben gilt es aber genauso, unsere guten Ansätze in die SPD hinein zu tragen, um auch in unserer Partei dem Ziel einer tatsächlichen Gleichstellung näher zu kommen und schließlich, um unsere Ansätze einer fortschrittlichen, konsequenten Gleichstellungspolitik in der Politik durchsetzen zu können. Wir bleiben der Meinung: tatsächliche Gleichstellung beginnt im eigenen Verband. Nur so sind zukünftig gesamtgesellschaftliche Veränderungen denkbar. Wir Jusos fordern die Abschaffung der Geschlechter. Zwei Geschlechter sind unendlich viel zu wenig!

INNERES & JUSTIZ

H1

KEINE KÖRPERSCANNER AN DEUTSCHEN FLUGHÄFEN!**Aktuelle Debatte**

Mit einer gewissen Regelmäßigkeit wird in Deutschland eine immer gleiche Debatte um so genannte Körperscanner geführt. Im öffentlichen Diskurs auch als Nacktscanner verunglimpft, werden diese Geräte immer dann ins Gespräch gebracht, wenn eine akute Bedrohungslage konstatiert wird. Bereits vor anderthalb Jahren gab es eine Debatte um dieses Thema, welche damals aber endete, weil sich das Lager der Unterstützer_innen nicht durchsetzen konnte.

Aktuell werden zwei Modelle von Körperscannern diskutiert. Die passiven Körperscanner nehmen die Wärmestrahlung des Körpers auf und messen Unterschiede auf der Körperoberfläche. Dabei wird versucht, Temperaturunterschiede zu erkennen, die entstehen, wenn Gegenstände Wärmestrahlung abhalten. Diese Modelle arbeiten sehr unzuverlässig, weshalb von den Unterstützer_innen vor allem die aktiven Körperscanner favorisiert werden. Diese arbeiten mit Strahlung im Terahertz-Bereich. Da diese Strahlung in der Lage ist, Kleidung zu durchdringen, ist es möglich, Körper nackt abzubilden. Die Funktionsweise von Nacktscannern nutzt die Eigenschaften der Terahertzstrahlung aus, welche von Wasser absorbiert wird und nicht in der Lage ist, massive Gegenstände, beispielsweise aus Metall, zu durchdringen. Dadurch soll es möglich sein, Gegenstände die am Körper mitgeführt werden, zu erkennen. Von Befürworter_innen wird dabei als Vorteil genannt, dass auch nichtmetallische Gegenstände sichtbar gemacht werden könnten. Dadurch soll das Mitführen gefährlicher Gegenstände, beispielsweise Keramikkmesser, verhindert werden.

In den Niederlanden werden Körperscanner bereits seit längerem getestet. Auch in Deutschland ist ein Testbetrieb dieser Geräte inzwischen Realität. So nutzt die Bundespolizei seit September 2010 auf dem Hamburger Flughafen zwei Körperscanner im Testbetrieb. Problematisch ist dabei unter anderem – wie die Kritik noch verdeutlichen wird –, dass die beiden Geräte von der US-amerikanischen Firma L3 Communications Security and Detection Systems beschafft wurden. Diese ist eine Tochterfirma von L3

Communications, welches das sechstgrößte Rüstungsunternehmen der USA ist. Pikanterweise produziert diese Firma als eine von nur 6 weiteren Firmen weltweit noch Streubomben. International sind diese Waffen zu recht geächtet, weil sie ein Gebiet, indem sie eingesetzt werden, dauerhaft kontaminieren, sodass ein Leben an der betroffenen Stelle mit permanenter Lebensgefahr verbunden ist. Die Bundespolizei macht sich aufs massivste unglaublich, wenn sie Unternehmen zu Rate zieht, die Sicherheit versprechen, aber für die dauerhafte Verunsicherung von Menschen verantwortlich zeichnen.

Die aktuelle Debatte dreht sich vor allem um den Einsatz von Körperscannern an Flughäfen, um dort angeblich vorhandene Sicherheitsrisiken zu bekämpfen. Dies mutet insbesondere deshalb befremdlich an, weil Flughäfen schon erhöhte Sicherheitsmaßnahmen aufweisen. Eine massive Durchsuchung der Fluggäste im Vorfeld des Fluges findet zum gegenwärtigen Zeitpunkt bereits statt. Es ist daher zu vermuten, dass Körperscanner in ein Gesamtsicherheitskonzept eingebettet werden sollen, in welchem neben Metalldetektoren und Passkontrollen die Nacktscanner gewährleisten sollen, dass sprichwörtlich der/die gläserne Bürger_in geschaffen wird.

Kritik

Es ist bekannt, dass es absolute Sicherheit nie geben wird. Dennoch wurden die Sicherheitsgesetze in den letzten Jahren stets ausgeweitet. Wer sich mit Sicherheitspolitik befasst, wird also meist vor einen Abwägungsprozess gestellt, der die Balance zwischen individueller Freiheit und zunehmender Kontrolle stets wahren soll.

Auch der Einsatz von Körperscannern erfordert diese Abwägung. Neben dem Freiheitsentzug mag es keinen schwereren Eingriff in die Persönlichkeitsrechte der/des Einzelnen geben, als das vollständige Entkleiden in aller Öffentlichkeit, vor fremden Menschen. Eben dies bedeutet nun aber der Gang durch einen sogenannten Nacktscanner.

Zwar wird derzeit an einer Software gearbeitet, die die Bilder des Körperscans weitgehend anonymisiert, jedoch ist kaum vorstellbar, wie dies funktionieren soll. Am Ort der Sicherheitskontrolle soll für das Personal nur ein Strichmännchen sichtbar sein, bei dem die Bereiche im Original dargestellt werden, an denen sich Gegenstände befinden, die der genaueren Überprüfung bedürfen. Da jeder Körper individuell ist, müsste auch die Software in der Lage sein, sich der Individualität der Bilder anzupassen. Dies ist für einen

Computer jedoch nur schwer möglich. Daher existiert die Befürchtung, dass die Originalaufnahmen letztlich doch von Menschen gesichtet werden, die dann, Abseits der eigentlichen Kontrolle, bedenkliche Bereiche für das Sicherheitspersonal vor Ort markieren und im Strichmännchen kenntlich machen.

Es ist letztlich ganz egal, ob Software oder Menschen die Nacktbilder der Passagiere analysieren. Ein Eingriff in die Persönlichkeitsrechte ist der Körperscanner allemal und bedarf einer besonderen Rechtfertigung. Die jedoch wurde bisher nicht angeführt. Vielmehr versuchen Befürworter_innen der Nacktscanner scheinbar, die Reichweite der Grundrechte selbst zu definieren.

Der versprochene Gewinn an Sicherheit ist zweifelhaft. Auch wenn der Körperscanner in ein Kontrollsystem eingebettet wird, ist er doch kein echter Zugewinn. Zwar wird zumindest bei Aktivscannern sichtbar, was die Passant_innen am Leibe tragen. Da die Strahlung aber durch Wasser absorbiert wird, kann weder unter die Haut noch durch feuchte Kleidung geschaut werden. Der Sprint zum Flugzeug verhindert also den Blick unters Hemd und auch sonst ist nicht mehr zu sehen die Körperoberfläche. Terrorist_innen, die zu allem bereit sind, werden sich kaum davon abschrecken lassen, Sprengstoff im eigenen Körper zu platzieren. Schon die Mundhöhle reicht als Versteck für kleinere Waffen aus. Auch der Vorsitzende der Gewerkschaft der Polizei erklärte gegenüber der Presse, man solle sich nicht zu viel von dem Einsatz der Geräte zu versprechen.

Der Eingriff in die Persönlichkeitsrechte kann für Träger_innen von Prothesen oder Implantaten zusätzlich diskriminierend sein. Weder das „Holzbein“ noch der künstliche Darmausgang absorbieren nämlich die Terahertzstrahlung der Nacktscanner, wären also als abnormale Gegenstände am Körper sichtbar. Unschön ist die folgende Untersuchung nicht nur gegenüber dem tastenden Sicherheitspersonal, sondern auch gegenüber den wartenden Passagieren, die bei der Begutachtung der Prothese zuschauen.

Nur der ungerechtfertigte Grundrechtseingriff verbietet den Einsatz von Körperscannern. Sie sind auch derart kostenintensiv, dass eine Anschaffung haushaltspolitisch unverantwortlich wäre. Neben den Anschaffungskosten in Höhe von etwa Euro 120.000 je Körperscanner kämen Kosten für den enormen Wartungsbedarf und hohen Stromverbrauch für diese Geräte hinzu. Derartige Kosten für einen zweifelhaften Nutzen zu verursachen, scheint alles andere als ausgewogen zu sein.

Im Test war zudem festgestellt worden, dass der Einsatz von Körperscannern etwa doppelt zu viel Zeit

bedarf wie die derzeitige Methode der Sicherheitskontrollen. Bei flächendeckendem Einsatz könnten sie daher auch zu einem echten Zeitproblem werden.

Im Ergebnis ist der Einsatz von Körperscannern nicht gerechtfertigt. Dem enormen Eingriff in die Persönlichkeitsrechte der Passagiere steht ein zweifelhafter Zugewinn an Sicherheit gegenüber, der teuer erkaufte werden müsste und für bestimmte Personengruppen Menschenwürde schlicht zur Marginalität dekadert. Im Endeffekt hebt die Einführung einer neuen Sicherheitstechnik im System der Rasterfahndung, des internationalen Datenaustauschs und des/der bisher nur virtuell gläsernen Bürger(s)In die Schwelle zum weitergehenden Sicherheitsfanatismus. Wer weiß, vielleicht wird schon bald der Stadionbesuch, der Gang ins Theater oder auf öffentliche Versammlungen und Demonstrationen, das nächtliche Vergnügen in der Disko oder der Parteitag zum Standardeinsatz von Körperscannern.

Forderungen

Statt sich auf unreflektierte Forderungen der Sicherheitsfanatiker einzulassen, denen „Grundrechte“ schon seit längerem ein Fremdwort zu sein scheint, sollte man sich besser Gedanken machen, wie ein Zugewinn von Sicherheit tatsächlich zu bewerkstelligen ist, ohne dafür zuerst in Persönlichkeitsrechte einzugreifen. Die wahnsinnige Informationsflut, die beim Sicherheitscheck am Terminal auf das Personal vor Ort zuströmt, ist schon heute in der Kürze der Zeit kaum zu leisten. Unterbezahltes Sicherheitspersonal mit hoher Fluktuation lässt sich für den Ernstfall kaum schulen. Schon die Zuordnung von Farben zu bestimmten Stoffen aus dem Gepäckscanner bedarf eines umfangreichen Kenntnisstands und höchster Konzentration. Hinzu kommt die unmittelbare Auseinandersetzung mit den Passagieren und Prüfung aller sicherheitsrelevanten Parameter. Gut geschultes Personal ohne den Hintergrund prekärer Beschäftigung wäre der erste richtige Schritt zum höheren Sicherheitsstandard.

Hinzu kommen Einsparungen bei der Polizei. Neu geschaffene Stellen bei den sogenannten „Sky-Marshalls“ sind bisher nur zur Hälfte besetzt. Auch am Boden fehlt Personal, weshalb die meisten Sicherheitskontrollen schon jetzt nur noch von privaten Sicherheitsfirmen durchgeführt werden können. Offene Stellen zu besetzen und neue zu schaffen, wo sie notwendig wären, muss deshalb ein weiterer Baustein im Sicherheitsapparat an deutschen

Flughäfen sein. Die Privatisierung der Inneren Sicherheit lehnen wir ab!

Es ist zudem zweifelhafte Praxis, Klagen und Kleinstwaffen am Sicherheitscheck aus dem Handgepäck zu nehmen und sie dann im Duty-free-Shop wieder zum Verkauf anzubieten. Außerdem können dort noch heute Substanzen erworben, die in entsprechender Kombination brennbar, teilweise auch explosiv sind. Allein die Kenntnisse über die korrekte Zusammensetzung müssten bei der Leibesvisitation geschmuggelt werden, doch da hilft auch der Nacktscanner wenig.

Daher gebietet sich eine ständige Überprüfung der in Duty-free-Shops angebotenen Waren und gegebenenfalls deren Beseitigung aus dem Sicherheitsbereich.

Bevor nicht alle Möglichkeiten ausgeschöpft sind, Sicherheit ohne Eingriff in die Persönlichkeitsrechte zu gewährleisten, gehören Körperscanner und andere zweifelhaften Innovationen abgelehnt. In der Balance zwischen Sicherheit und Freiheit ist die Sicherheit schon heute ein echtes Schwergewicht. Im Zweifel muss daher bei allen politischen Entscheidungen für die Freiheit und für die Grundrechte entschieden werden.

H2

STAATLICH AUSGRENZUNG ABSCHAFFEN

Die staatliche Ausgrenzung soll abgeschafft werden.

Im Bundesland Thüringen sind AsylbewerberInnen vielen Mitteln der staatlichen Repression ausgesetzt: Residenzpflicht, Lebensmittelgutscheine und katastrophale Unterbringungsmöglichkeiten.

Die Residenzpflicht schränkt die Bewegungsfreiheit von AsylbewerberInnen ein. Sie erscheint als eine bessere Isolationshaft und widerspricht der Menschenrechtscharta der UN. Die Schikane durch eindeutig rassistische Sonderregelungen in Thüringen muss sofort gestoppt werden. Denn: Werden AsylbewerberInnen ohne „Urlaubsschein“ außerhalb des Landkreises oder der Stadt angetroffen, in der sie gemeldet sind, werden Bußgelder oder Freiheitsstrafen verhängt. So werden aus AsylbewerberInnen scheinbar Kriminelle und Verbrecher. Dies widerspricht klar unserem Verständnis einer freien Gesellschaft.

Die Residenzpflicht verhindert außerdem die Teilnahme von AsylbewerberInnen am gesellschaftlichen und kulturellen Leben, genau wie der Zugang zu medizinischer Versorgung, denn nicht in allen Städten und Landkreisen ist das gesellschaftlich kulturelle und medizinische Angebot gegeben, um den Bedürfnissen der AsylbewerberInnen gerecht zu werden.

Prekär sind die Bedingungen der Unterbringung von AsylbewerberInnen in ehemaligen Schulgebäuden, Kasernen oder Jugendherbergen, die den Status baufällig zu Recht tragen. Kein Thüringer und keine Thüringerin würde ohne Heizung im Winter leben oder mit der ganzen Familie in einem Raum wohnen wollen, während im Zimmer nebenan weitere Familien wohnen. Wir fordern die dezentrale Unterbringung von AsylbewerberInnen.

Eine weitere ausgrenzende Maßnahme ist die Verteilung von Lebensmittelgutscheinen. Sie können nur an bestimmten Punkten in den jeweiligen Landkreisen und Städten eingelöst werden. Dazu müssen teilweise große Umwege in Kauf genommen werden, die dann von dem wenigen Bargeld, das AsylbewerberInnen zur Verfügung haben, abbezahlt werden müssen.

Wir Jusos setzen uns deshalb für ein weltoffenes Thüringen ein, fordern und fördern die dezentrale und menschliche Unterbringung, sowie die Abschaffung der Residenzpflicht und der Lebensmittelgutscheine. Wir unterstützen Kampagnen die dieses zum Ziel haben.

INTERNATIONALES

J2

NO NATION, NO BORDER

Die Jusos Thüringen lehnen Nationen ab und fordern eine Überwindung dieser.

Die Forderung nach einem unverkrampften Verhältnis „der Deutschen“ zu „ihrer“ Nation trat 2010 zur Fußballweltmeisterschaft der Männer nicht das erste Mal auf. Schon 2006 stand diese Forderung ganz offen im Fokus öffentlicher Debatten. In dieser Richtung hat sich auch viel getan. An allen Ecken und Enden wird mit schwarz-rot-gold (gelegentlich auch -geil) geworben: Die deutsche Nation ist zu einer modernen Ware geworden.

Die Gesellschaft bezieht sich jedoch schon seit langen auf „ihre“ Nation ohne sie kritisch zu hinterfragen. Auch in der SPD und Teilen der Jusos wird dies nicht getan. Doch zu was das unverkrampfte Verhältnis und ein „wenig“ Nationalstolz führen kann, hat sich direkt nach der Deutschen Einheit in Rostock-Lichtenhagen, Mölln oder Hoyerswerda mit militanten Taten und der Forderung „Deutschland den Deutschen“ gezeigt.

Uns Jusos ist es wichtig, auf die Gefahren des „harmlosen“ Nationalismus hinzuweisen und die Widersprüche von Nationen, in unserem Fall Deutschlands, aufzuzeigen.

Die Nation - ein Konstrukt

Das nationale Kartenhaus definiert sich selbst über verschiedene Kriterien wie z.B. die Sprache, Kultur, Territorium oder auch die gemeinsame Geschichte.

Territorium

Um sich als Nation zu definieren braucht der Nationalstaat eine territoriale Grenze, welche „deren“ und „unseren“ Raum voneinander abtrennen. Diese, von Menschen gemachte Grenze, dient einzig der Abschottung des „guten“ Inneren gegenüber des „bösen“ Äußeren. Auch wenn oft suggeriert wird, dass solche Grenzen ganz natürlich sind, zeigt schon ein Blick in die Geschichte, dass diese oft geändert wurden und somit frei konstruiert werden. Sie dienen nicht ihrem oft nachgesagten Nutzen.

Sprache

Die Sprache innerhalb der Nation zeigt auf sehr gute Art und Weiße die Lücken in der nationalen Logik auf.

Will man die Nation über die Sprache definieren, so tauchen schnell einige Zweifel auf. So werden Sorben als Deutsche definiert, obgleich sie Sorbisch sprechen. Die deutschsprachige Gemeinde in Belgien gilt ebenso wenig als deutsche wie die Tiroler in Österreich, obwohl sie Deutsch sprechen.

Geschichte

Damit sich eine Nation auch geschichtlich legitimieren kann, werden nationale Mythen gesponnen und propagiert. Das deutsche Volk ist ja bekannter Weise schon 2000 Jahre alt. Damals hatte Arminius, der Germanen-Held, die Römer in die Flucht geschlagen. Damals hatte er das „Deutsche“ gerettet. Heute machen es andere. Dabei ist die nationale Idee eigentlich eine recht junge, welche nach verschiedenen historischen Ereignissen, die auch anders hätten laufen können, im 19. Jahrhundert entstanden ist. Eng verbunden ist der Nationalstaat mit der Industrialisierung, also dem Kapitalismus und

dessen Auswüchse von Sklaverei, Kolonialismus und Krieg.

Kultur

Eine „deutsche“ Kultur gibt es nicht. Wenn man eine Definition der deutschen Kultur anfertigen wollte, so käme man auf keinen grünen Zweig. Es gibt dafür zu unterschiedliche Menschen in diesem Land.

Das Gefälle wie Nord-Süd, Ost-West, Arm-Reich ist viel zu groß. Wollte man eine Definition schaffen, so würden Teile „Deutschlands“ ausgeschlossen werden.

Volk und Nation

Die mit der deutschen Nation verknüpfte Vorstellung eines Volkes schafft eine Illusion von einer gleichartigen Gesellschaft. Diese, als Gemeinschaft bezeichnete Gruppe, soll ein „Wir“-Gefühl, also eine Zugehörigkeit entwickeln, die weder etwas notwendiges, noch etwas Selbstverständliches ist. In einer Gemeinschaft von 82 Millionen Menschen ist es unmöglich alle zu kennen, miteinander zu kommunizieren, es gibt unterschiedliche Interessen und keine übergreifende Solidarität. Darum muss dieses „Wir“-Gefühl und die Identität des „Volkes“ immer und immer wieder politisch erzeugt werden.

Homogene Gesellschaften oder Homogenisierung im Inneren

Mit der Vorstellung einer einheitlichen nationalen Gemeinschaft werden wichtige Unterschiede zwischen Menschen ignoriert und übergangen.

Wer von Nord nach Süd, Stadtteil zu Stadtteil oder Haustür zu Haustür zieht und sagt „DU! Bist Deutschland“, der hat es geschafft trotz individueller Menschen und Menschengruppen eine homogene Masse „Deutscher“ zu erschaffen. Diese haben natürlich auch die gleiche Identität (genau das wird damit gemeint: „identisch“). Dabei wird nicht berücksichtigt, welche Unterschiede es zwischen den Menschen gibt: Herrschaftsverhältnisse (z.B. Lehrer – Schüler, Arbeitgeber – Arbeitnehmer), Geschlechterverhältnisse, soziale Klassen und Schichten. Interessensgegensätze, wie z.B. zwischen Arbeiter und Kapitalist, werden damit übergangen und bilden den Grund, warum Personen bei sozialen Missständen nicht zuerst den kapitalistischen Verhältnissen, sondern „dem Fremden“ die Schuld geben.

Das Innere gegen das Äußere

Um die eigene Innere Gleichheit zu bestimmen wird in einer Nation auch immer ausgegrenzt. Die homogene Gruppe Deutscher definiert sich über den Ausschluss der anderen. Um zu bestimmen wer „wir“ sind muss

auch bestimmt werden, wer „die“ sind. So entsteht bei den Menschen die Vorstellung getrennter und geteilter Kulturen (ob völkisch oder republikanisch begründet) und lässt die „Völker“ gegenüberstehen. Die Vorstellung des Äußeren besteht auf einem Gegensatz und lässt ein oder mehrere Fremdenbilder entspringen. Dies kann durchaus positiv gemeint sein („Die Afrikaner haben den Rhythmus einfach im Blut“), oder auch negativ konnotiert sein („Die Polen klauen“). Immer wird die eigene Kultur als etwas Normales eingestuft.

Die Einstufung der anderen kann in der Praxis ganz harmlos sein, in dem eine Träne über das verlorene Deutschlandspiel vergossen wird, aber auch gewalttätige Züge wie die Stürmung italienischer Restaurants nach sich ziehen.

Wir Jusos lehnen Nationen, nationale Deutungen und Inszenierungen ab und fordern eine Welt, frei von Nationen und Herrschaftsverhältnissen.

SONSTIGES

K1

DEMOKRATISCHER SOZIALISMUS

Wir, die *Jungsozialistinnen und Jungsozialisten in der SPD Thüringen*, bekennen uns klar zum demokratischen Sozialismus.

In einer Zeit, in der jeder Mensch die Ausbeutung am eigenen Leib und in aller Deutlichkeit erfahren kann, zeigen wir den Menschen eine Alternative zu Benachteiligung, Ausbeutung und Entfremdung auf. Nach wie vor ist der Kapitalismus nicht humaner geworden und wirklicher Fortschritt ist nur begrenzt möglich.

Allseitige Emanzipation des Menschen, sowie der Traum von einer besseren Welt sind unser Antrieb, für eine Gesellschaft zu kämpfen, in der alle Bereiche abgeschafft werden, in denen der Mensch unterdrückt, ausgenutzt und ausgebeutet wird.

Wir wollen aber keine Gesellschaft die einer riesigen Fabrik gleicht. Schon gar keine zweite DDR oder eine bessere Regelung der Arbeit und Gerechtigkeit allein in der Verteilung der Produkte. JedeR soll sich das nehmen können, was er/sie braucht, egal wie viel sie/er gearbeitet oder geleistet hat. Wir wollen nicht um des Geldes willen arbeiten. Wir wollen, wenn überhaupt, nur dann arbeiten um *Mensch zu sein*.

Warum sollen wir nur dann frei sein, wenn wir unsere Bedürfnisse in Geld umsetzen können?

Wir wollen uns nicht mehr länger vom Kapital vorschreiben und diktieren lassen, was wir zum Leben brauchen, damit wir aktiv an dieser Gesellschaft teilnehmen können, wir wollen selbst entscheiden.

Einsparung und kürzere Arbeitszeit sollen nicht bedeuten am Ende mehr Kapital zu haben, wir wollen damit die konkrete Befreiung zur Praxis, zum *Leben* erreichen. Die Zeit die uns gegeben ist, lässt sich nicht in Geld angeben, denn „Zeit ist der Raum zu menschlicher Entwicklung“ (Karl Marx). Ebenso wollen wir keine Politik von Staatskapitalisten und Ewiggestrigen!

Wir fordern: die *Abschaffung* der Freiheit und Gleichheit vor dem Geld und fordern die freie Auslebung der Bedürfnisse, die die Überwindung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung zum Ziel hat.

Gleichheit ohne Gleichschaltung, Abschaffung der Diktatur über die Bedürfnisse und damit die Einführung der *Diktatur der Bedürfnisse* über die Produktion; eine Ökonomie der Zeit, gemessen konkret am Nutzen der geschaffenen Gebrauchswerte, kein unnötiger Luxus für Wenige.

„An die Stelle der alten bürgerlichen Gesellschaft mit ihren Klassen und Klassegegensätzen tritt eine Assoziation, worin die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist.“ (Marx/Engels)

Im Einvernehmen mit dem Arbeitsprogramm „Mit uns zieht die neue Zeit – Zukunft gerecht gestalten“ (LaKo 2009, Weimar) erarbeiten wir direkte Forderungen, die uns unserem historischen Ziel, dem demokratischen Sozialismus, näher bringen. Wir unterstützen gesellschaftliche Bündnisse und Bewegungen, die ebenfalls die bestehenden bürgerlich-kapitalistischen Zustände abzuschaffen suchen. Wir werden diese Absicht nicht für uns behalten. Wir sagen allen, dass wir *Jungsozialistinnen und Jungsozialisten* gegen Bürgertum und Kapitalismus kämpfen!

„Die Proletarier haben nichts in ihr zu verlieren als ihre Ketten. Sie haben eine Welt zu gewinnen.“